

## **Dritter Teil**

### **Kritik der Öffentlichkeit zwischen Struktur und Normativität**

## I. (Vorbemerkungen)

### 1. Eine Verbindung struktureller und normativer Diskursmerkmale

Eine Verbindung der Ansätze von Foucault und Habermas scheint nur sinnvoll zu sein, wenn man die kategorialen Differenzen auf der Ebene der Theoriebildung zunächst außen vor läßt. In dieser Hinsicht gibt es bekanntermaßen erhebliche Differenzen. Der Suche nach einem in den Gründen der Sprachverwendung verankerten normativen Maßstab für Gesellschaftstheorie bei Habermas steht die Foucaultsche Skepsis gegen solch umfassende Theoriebildung entgegen. Das stete Bemühen Habermas', im Begriff des kommunikativen Handelns ein universal verstandenes Sollen zu begründen, wird konterkariert durch Foucaults tiefsitzende Zweifel gegenüber allen Versuchen, irgend etwas, und sei es 'nur' die These, daß Verständigung möglich sei, als allgemein gültig oder unhintergebar anzuerkennen. Aus diesem Unterschied allein folgt schon ein sehr verschiedenes Verständnis gesellschaftlicher Abläufe. Während Habermas soziale Integration als einen der Logik kommunikativer Rationalisierung folgenden Vorgang konzeptualisiert, spricht Foucault von kontingenten Rationalitäten und seriellen Folgen von Geschichtlichkeit, deren Resultat auf jedesmal andere Weise Ausflüsse von Wissens- und Machtströmen sind. Diese und andere immer wieder diskutierte Streitpunkte zwischen den jeweils Schule machenden Denkansätzen von Foucault und Habermas führen zu den bekannten theoretischen Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Theorien der Differenz werden dabei in eindeutiger Opposition zu normativen Ansätzen im Rahmen eines 'unvollendeten' Projekts der Moderne situiert.

Bei der hier beabsichtigten Verschränkung der Ansätze von Foucault und Habermas liegt das Augenmerk jedoch nicht auf dem Aspekt der Theoriebildung, sondern auf dem zu beschreibenden Gegenstand Öffentlichkeit. Wenn man versucht, das Untersuchungsfeld 'Öffentlichkeit' in den Blick zu nehmen, ergeben sich zwei gleichursprüngliche oder gleichermaßen plausible Intuitionen. Schon bei einer allgemeinen Betrachtung öffentlicher Diskurse zeigt sich, daß dort mit einer strukturgebenden Produktivität einerseits sowie einer immer schon unterstellten Normativität andererseits zwei völlig verschiedene, aber gleichsam wirkende Kräfte in Bewegung sind. Öffentliche Diskurse scheinen einerseits gekennzeichnet von einer Vielfalt 'nicht-logischer' Strukturen aus prädiskursiven Wissens- und Machtdispositiven, die trotz institutioneller und organisatorischer Staffelung der Öffentlichkeit eine signifikante Entfaltung kommunikativen Handelns nicht erkennen lassen. Andererseits wäre die deliberative Form des demokratischen Prozesses mit rechtlich verbürgten Kommunikationsfreiheiten und der Möglichkeit allgemeiner demokratischer Teilhabe nicht zu erklären, wenn in der Öffentlichkeit alle Diskurse nach den Strukturmustern von Wissen und Macht im Foucaultschen Sinne verliefen. Offensichtlich gibt es in dem alltäglichen Dickicht der Diskurse einen fest etablierten normativen Sinn für die Geltungsebene öffentlicher Debatten, einen nicht abweisbaren Sinn für die der verwendeten Sprache entspringende Notwendigkeit einer Folgerichtigkeit der Rede. Dieser doppelten Intuition soll

mit einem beide Perspektiven integrierenden Begriff der Öffentlichkeit gefolgt werden. Während Foucault für die strukturelle Seite öffentlicher Diskurse Erklärungsansätze bietet, steht Habermas für die Rekonstruktion der normativen Aspekte.

Mit einer aus Foucaults Überlegungen resultierenden und strukturell orientierten Analytik der Öffentlichkeit wird sichtbar, wie die Mechanismen von Wissenserzeugung, Machtverhältnissen und Subjektkonstituierung eine Struktur bilden, die ereignishaft und kontingent diskursive Dispositionen etabliert und als wirkungsmächtige Voraussetzung weiterer Diskurse fungiert. Diese Phänomenebene ist etwas anderes als jene Normativität öffentlicher Diskurse, für die die Analytik der Öffentlichkeit unsensibel ist, weil sie diskursive Ereignisse als einmalige Figuren, als nominalistisch zu beschreibende Monumente ohne Muster begreift. Mit der von Habermas entwickelten normativen Theorie der Öffentlichkeit kann man erklären, inwiefern jedes mögliche Auftauchen öffentlicher Kommunikation immer schon das normative Potential von Verständigung mit sich führt. Aus diesem Potential beziehen öffentliche Diskurse ihre Dynamik. Es ist ein Potential, das sich mit der Thematisierung von Geltungsansprüchen aktualisiert und einen Erklärungsansatz für die Frage bildet, wie es unter modernen Bedingungen radikaler Verschiedenheit von Ausgangsdispositionen überhaupt zu Einigungen in Diskursen und damit zu sozialer Integration kommen kann. Foucault und Habermas werden also im Bezug auf den Beschreibungsgegenstand Öffentlichkeit zusammengedacht, weil sie jeweils gewichtige Beiträge zur Klärung des Verhältnisses von Struktur und Normativität in öffentlichen Diskursen liefern.

Die damit vorerst nur grob skizzierte Verwendung zweier vorderhand konträrer Ansätze dient der Konzeptualisierung eines Öffentlichkeitsbegriffs, der die zentralen Einsichten der Analytik Foucaults *und* der Kommunikationstheorie Habermas' in sich aufnimmt. Öffentlichkeit wäre demnach eine kontingente Diskursstruktur, die sich im normativen Rahmen von Verständigungsprozessen abzeichnet. Diese Bestimmung soll zu einer Beschreibung führen, mit der man einerseits die strukturelle Beschaffenheit von öffentlichen Diskursen erhellen und andererseits zeigen kann, daß Öffentlichkeit eine normative Gesellschaftsinstanz darstellt, die für aktuelle Diskurse einen formalen Rahmen bildet. Die Faktizität öffentlicher Diskurse in ihrer produktiven Wirkung könnte dann mit den Mitteln einer Foucaultschen Analytik der Habermasschen Verständigungsidealität entgegengesetzt werden. Zugleich stellt sich aber die normative Geltungsebene als ein Konstituens öffentlicher Diskurse dar, welches unhintergebar ist und kraft dessen alle Diskurse über ihre bloße Materialität hinausweisen.

Darüber hinaus muß verdeutlicht werden, inwiefern ein auf diese Weise gewonnener Begriff der Öffentlichkeit in der Perspektive einer Kritik zu verstehen ist. Weder bei Foucault noch bei Habermas finden sich hinreichend überzeugende Anhaltspunkte für eine Rekonstruktion gesellschaftlicher Diskursivität *als Kritik*. Die Perspektive einer Kritik der Gesellschaft wird bei Foucault nur außertheoretisch explizit, und zwar dort, wo er als Politiker aufgetreten ist.<sup>1</sup> In seinen politischen Interventionen

---

<sup>1</sup> Zur Schilderung des politischen Engagements Foucaults vgl. z. B. Didier Eribon. Michel Foucault. Eine Biographie. Frankfurt am Main 1993.

und Stellungnahmen ließ Foucault nie einen Zweifel daran, daß das Streben nach Akzeptanz des Anderen, nach der inklusiven Anerkennung von Identitätsansprüchen der unausgesprochene normative Kern seines Denkens war. Die Anlage seiner theoretischen Arbeiten ist aber so gewählt, daß eine Sozialtheorie entstanden ist, die – mit guten Gründen – eine stark ausgeprägte normative Bescheidenheit an den Tag legt. Daher bringen Foucaults Studien zwar zahlreiche überraschende und überzeugende sozialphilosophische Einsichten hervor, aber keine Klarheit über ihren gesellschaftstheoretischen Status.<sup>2</sup>

Bei Habermas liegt der Fall bekanntlich anders. Von Anfang an geht es hier um den Entwurf einer kritischen Gesellschaftstheorie, die in der Lage sein soll, ihren normativen Standpunkt auszuweisen. Was der Kritik dann aber die Spitze nimmt, ist die Habermassche Entscheidung zu einer Verbindung von Handlungs- und Systemperspektive als gesellschaftstheoretische Fundierung des Paradigmas der Kommunikation. Da er die gesellschaftliche Entwicklung paradigmatisch aus einer Logik kommunikativer Rationalisierung beschreibt, muß ihn sein Weg zu einem System-Lebenswelt-Konzept führen, in welchem für die Reichweite öffentlicher Diskurse nur noch ein relativ bescheidenes Areal in den zivilgesellschaftlichen Bereichen der Lebenswelt vorgesehen ist. Zwar sollen die Subsysteme der Wirtschaft und der staatlichen Administration, welche durch Ausdifferenzierung in die lebensweltliche Umwelt abgewandert sind, an die Perspektive kommunikativen Handelns gebunden bleiben. Aber ein Weg zur Thematisierung der Legitimität von 'Normativität produzierenden' Systemen, ein Weg zur fundamentalen Kritik funktionalistischer Zusammenhänge, die eben nur funktionalistisch gesehen 'effizient' sind, ist bei solchen theoretischen Prämissen abgeschnitten. Die zweifellos verselbständigten, aber dennoch hochgradig normativen Bereiche staatlicher Administration und materieller Reproduktion der Gesellschaft sind aus der Kritik entlassen.<sup>3</sup>

In Axel Honneths Ansatz zu einem kommunikationstheoretisch begründeten Konfliktmodell der Gesellschaft findet sich ein Weg, den aus den Elementen Foucaultscher und Habermasscher Überlegungen gewonnenen Begriff der Öffentlichkeit in den Rahmen einer Kritik zu rücken. In diesem Modell wird der soziale Integrationsprozeß als ein Vorgang aufgefaßt, „der sich solange in Form eines Kampfes der gesellschaftlichen Akteure um die Anerkennung ihrer Identität vollzieht, bis alle Gruppen und Individuen in gleichem Maße die Chancen einer Partizipation an der Organisation des Gemeinwesens besitzen“.<sup>4</sup> Wenn man auf diese Weise die *Theorie des kommunikativen Handelns* betrachtet, ist sie eine Beschreibung der gesellschaftlichen Entwicklung aus der Dynamik sozialer Kämpfe und nicht (primär) aus einer Logik der kommunikativen Rationalisierung. Eine Konzeption von Gesellschaft aus der Dynamik sozialer Kämpfe läßt zunächst die zentrale Einsicht Habermas' unberührt, „die kommunikative Alltagspraxis als ein intersubjektives Geschehen [aufzufassen], dessen

<sup>2</sup> Die sozialphilosophische Tragweite von Foucaults Arbeit wird sich wohl erst in dem Maße entfalten, wie die Edition seines Werkes gedeiht. Für den analytischen Einfallsreichtum vgl. zuletzt Michel Foucault. In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975-76). Frankfurt am Main 1999.

<sup>3</sup> Vgl. Axel Honneth. Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie. Frankfurt am Main 1989, 265ff.

<sup>4</sup> Vgl. Axel Honneth. Nachwort (1988). In: ders. Kritik der Macht. A. a. O., 380-406, hier: 385.

idealisierende Voraussetzungen von sich aus gewissermaßen eine moralische Entwicklung erzwingen“.<sup>5</sup> Allerdings ist die moralische Entwicklung jetzt nicht als Logik einer Rationalisierung zu begreifen, sondern als abhängig vom Stand der Anerkennungsverhältnisse, welcher das Resultat sozialer Kämpfe und damit stets fragil und reversibel ist. Der von Habermas häufig geäußerte Satz, wonach die Intaktheit der gesellschaftlichen Öffentlichkeit vom Zustand einer entgegenkommenden Zivilgesellschaft abhängig bleibt, wird nun zum Einfallstor für den Foucaultschen Blick. Vor dem Hintergrund der Annahme, daß sich Anerkennungsverhältnisse in einem öffentlichen Raum entwickeln, dringt die Analytik der Öffentlichkeit in nominalistischer Manier in die Mechanismen des intersubjektiven Geschehens der kommunikativen Alltagspraxis ein, um zu sehen, wie im Kampf um Anerkennung moralischer und ethischer Ansprüche Diskursordnungen und Machtverhältnisse Foucaultschen Typs das kommunikative Handeln durchgreifen. Es läßt sich mit dieser Betrachtungsweise zudem auch der umgekehrte Pfad verfolgen. Mit dem Begriff der Anerkennung ist beschreibbar, wie die Strukturen von Macht und Wissen dauerhaft einer kommunikativen Bearbeitung durch die Formulierung und Einklangung von ethischen und moralischen Ansprüchen ausgesetzt sind

Wenn es gelingt, die heterogenen Ansätze von Foucault und Habermas auf dieser Ebene zu verbinden, lassen sich mit Blick auf das letztlich soziologisch zu beschreibende Phänomen Öffentlichkeit die philosophischen Probleme vernachlässigen, die einer Liaison auf anderen Ebenen unausweichlich im Wege stünden. Zum einen wird Habermas' normative Theorie durch die Verbindung mit Foucaults Analytik dadurch bereichert, daß jetzt die Hindernisse für die Entfaltung kommunikativer Rationalität in der Mikroperspektive konkreter historischer Bedingungen beschrieben werden können. Die eigenartige Vermittlungslosigkeit, die bei Habermas zwischen der kontrafaktischen Unterstellung einer Verständigungsidealität und den bloß noch im Sinne der Kolonialisierungsthese beschreibbaren Pathologien der Lebenswelt besteht, kann damit überwunden werden.

Zum anderen kann die Foucaultsche Analytik mit der avisierten Verbindung auf zwanglose Weise mit einem normativen Maßstab zusammengebracht werden. Die implizite Normativität, die dem Foucaultschen Unternehmen eigen ist, wird jetzt explizit im Rahmen einer Kritik verstanden, welche die Schiefelage von Anerkennungsverhältnissen zum Thema hat. Die Theorie der Anerkennung, deren Aufklärung weiter unten umrissen werden wird, liefert den gesellschaftstheoretischen Rahmen für den vorgeschlagenen Begriff der Öffentlichkeit. Es soll verdeutlicht werden, daß es der Zustand der gesellschaftlichen Kommunikation in der Öffentlichkeit ist, welcher den Stand der Anerkennungsverhältnisse repräsentiert. In der Öffentlichkeit zeigt sich, inwiefern die jeweilige Mischung von strukturellen und normativen Diskursmerkmalen der emanzipatorischen Dynamik von Anerkennungskämpfen Vorschub leistet oder nicht. In der Perspektive einer Kritik der Art und Weise, wie mittels diskursiver und anonymer Strategien legitime Anerkennungsansprüche unter Bedingungen formaldemokratisch korrekter Prozeduren der Deliberation zurückgewiesen werden können, soll der hier vertretene Öffentlichkeitsbegriff expliziert werden.

---

<sup>5</sup> Ebd.

Das damit umrissene kleine Programm soll in drei Stufen durchgeführt werden. Einmal muß die theoretische Berührungsfläche der Ansätze von Foucault und Habermas näher bestimmt werden. Eine Verschränkung der drei Achsen Foucaults (Wissen, Macht und Subjekt) mit dem System der Geltungsansprüche (Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhaftigkeit) macht die bis dahin bloß behauptete Verbindung sichtbar (II. 1.). Zweitens wird mit dem Anschluß dieser Verbindung an eine Theorie der Anerkennung der gesellschaftstheoretische Bezug deutlich, auf den eine Kritik der Öffentlichkeit angewiesen ist (II. 2.). Schließlich läßt sich ein Konzept von Öffentlichkeit als einer Kommunikationsstruktur mit normativer Implikatur formulieren. Die Differenzen zwischen strukturell und normativ orientierter Theoriebildung, die als Streitpunkte hinlänglich bekannt sind, können in eine produktive Bahn gebracht werden (II. 3.). Was mit diesem Anlauf für die Kritik gewonnen ist, das kann sich erst und hier nur ansatzweise in einer Plausibilitätsprüfung erweisen (III.).

## 2. Diskursanalyse und Kommunikationstheorie im Wechselspiel

Bevor eine Verschränkung der Foucaultschen Achsen mit dem System der Geltungsansprüche erfolgen kann, sind noch einige systematische Vorbemerkungen erforderlich. Die hier vorgeschlagene Kritik versteht sich als Reflexion auf die Produktion von Diskursen einerseits und auf die normativen Grundlagen des öffentlichen Raumes, in den man sich mit seiner Rede begibt, andererseits. Das geschieht vor dem Hintergrund der Annahme, daß die kritischen Tendenzen der Gegenwart in Form sozialer und ökologischer Gefährdungen zu einem wesentlichen Anteil der Art und Weise gesellschaftlicher Kommunikation geschuldet sind. Diese wird hier verstanden als öffentliche, sprachliche Koordination der materiellen und symbolischen Reproduktion. Da die Kritik letztlich auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zielt, soll hier ein Versuch der Fortführung kritischer Theorie in praktischer Absicht vorgestellt werden.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß dieses Unternehmen in erster Linie auf einen Untersuchungsgegenstand – 'Öffentlichkeit' – zielt und weniger auf die philosophische Ebene der Frage nach der Vereinbarkeit von Theorien. Ganz so leicht wie zunächst behauptet sind diese Bereiche jedoch nicht zu trennen. Denn die inhaltliche Seite eines Erklärungsmodells ist ja den dabei verwendeten systematischen Gehalten keineswegs äußerlich. Die Komplementaritäten, die sich zwischen den Ansätzen Foucaults und Habermas' intuitiv und substantiell ergeben, müssen daher in eine gemeinsame Perspektive gerückt werden, damit eine theoretische Verbindung gelingen kann.

Wesentlich für die hier avisierte Verbindung ist das Problem der Perspektive.<sup>6</sup> Die Kommunikationstheorie von Habermas ist ein innovativer Vorschlag zur Weiterentwicklung der normativen Theo-

---

<sup>6</sup> Auf das im folgenden behandelte Problem von Teilnehmer- und Beobachterperspektive wurde ich von den Mitgliedern des Neuköllner Mittwochscolloquiums hingewiesen. Ich bedanke mich bei Bernd Ladwig, Bertolt Fessen, Mattias Iser, Arnd Pollmann, Martin Saar und David Strecker. Irrtümer bei der Bearbeitung des Problems verbleiben selbstverständlich in meiner Verantwortung.

rie, weil sie einen Wechsel von der Beobachter- zur Teilnehmerperspektive vornimmt. Das System der Geltungsansprüche als ein Zusammenhang unhintergebar normativer Unterstellungen in jeder Sprachsituation entwickelt Habermas aus der Perspektive von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Diskursen. Die Frage lautet, welche Unterstellungen *wir immer schon* machen, wenn wir zum Sprachgebrauch ansetzen. In dieser Perspektive gelangt die Theorie zu einem Konzept von Verständigung und damit auch zu einer normativen Meßlatte für tatsächliche Kommunikationssituationen. Man ist in der Lage, diskursive Verzerrungen als solche dadurch zu identifizieren, daß sie die Beteiligten daran hindern, im originären Sprachmodus kommunikativen Handelns zu Einverständnissen zu gelangen. Durch diese theoretische Umstellung werden objektivistische Maßstäbe zur Beurteilung von diskursiven Pathologien, welchen stets ein metaphysisches oder spekulatives Moment anhängt, überflüssig. Was jeweils als problematisch, verzerrt oder pathologisch in Diskursen empfunden wird, kann erkennbar nur aus der Perspektive von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an einem potentiell freien Diskurs ermittelt werden.

Auch Foucault enthält sich in seinen Studien bekanntlich allen metaphysischen oder spekulativen Impulsen zu einem normativen Maßstab. Allerdings kann die 'positivistische' Zurückhaltung und die damit einhergehende deskriptive Einstellung gegenüber den untersuchten Gegenstandsbereichen nicht über den objektivistischen Charakter seiner Sozialtheorie hinwegtäuschen. Foucault operiert erkennbar aus der Beobachterperspektive. Damit stellt sich unweigerlich die Frage nach dem Standpunkt des Beobachters, welche sogleich die viel diskutierten begrifflichen Konfusionen vor Augen führt, die mit der Beobachterperspektive einhergehen. Um nun diejenigen Elemente der Foucaultschen Sozialtheorie, die als Elemente einer Analytik der Öffentlichkeit herausgearbeitet wurden, mit der Formalpragmatik kompatibel zu machen, bedarf es einer Blickwinkelverlagerung. Es muß dargestellt werden, inwiefern die hier als Diskursanalyse bezeichnete Sprachtheorie Foucaults ebenfalls – wie bei Habermas – als eine Analyse aus der Teilnehmerperspektive verstanden werden kann.

Zunächst scheinen die Aufgaben zwischen Formalpragmatik und Diskursanalyse klar verteilt zu sein. Während die Formalpragmatik im vordiskursiven Möglichkeitsraum die normativen Unterstellungen beschreibt, die für jede Sprecherin und jeden Sprecher verbindlich sind, untersucht die Diskursanalyse im nachdiskursiven Raum tatsächlich realisierte Aussagen und befragt sie auf serielle Folgen, Brüche oder Diskontinuitäten hin. Diese Aufgabenteilung legt eine einfache Form des Zusammenspiels zwischen beiden sprachtheoretischen Ansätzen nahe. Demnach wäre die Diskursanalyse für die Beschreibung der diskursiven Topographie der Öffentlichkeit zuständig, während die Formalpragmatik die Diskurse nach dem Grad der Aktualisierung kommunikativen Potentials bewertet, das in ihnen zum Ausdruck gelangt. Auf diese Weise könnte man aber zum einen in kritischer Perspektive nicht viel mehr erkennen als das, was bei Habermas selbst bereits als diskursive Verzerrungen kommunikativer Alltagspraxis thematisiert wird. Dort bestand ja das Problem darin, daß eben jene Verzerrungen Foucaultschen Typs, die der hier vertretenen Überzeugung zufolge unter freiheitlichen Bedingungen die eigentlich problematischen Beschränkungen öffentlicher Diskurse bilden, nicht erfaßt wer-

den können. Mit der Richtschnur formalpragmatischer Idealisierungen können Diskursmerkmale, die sich nicht in Begriffen kommunikativen, strategischen (oder verdeckt strategischen) Handelns annonciieren lassen, nicht erfaßt werden. Zum anderen hätte man es bei einer solch einfachen Verbindung von Formalpragmatik und Diskursanalyse mit dem Problem einer Konfusion von Beobachter- und Teilnehmerperspektive zu tun. Die deskriptiven und objektivistisch motivierten Befunde über Wissensordnungen, Normativitätsverhältnisse und Subjektbezüge, welche die Diskursanalyse zur Verfügung stellt, ließen sich nicht als Folge oder Begleiterscheinung derjenigen Diskurse ausweisen, zu deren Beginn Teilnehmerinnen und Teilnehmer jeweils unhintergehbare normative Unterstellungen gemacht haben. Normativer Maßstab und materiale Befunde stünden sich einigermaßen unvermittelt gegenüber. Man wäre wiederum gezwungen, auf externe Faktoren der Diskursverzerrung wie Interessen, Geld, Macht im konventionellen oppressiven Sinn und so fort zur Erklärung zurückzugreifen. In diesem Fall wäre für die Untersuchung der Öffentlichkeit nicht viel gewonnen. Und letztlich bliebe unklar, warum man dann den Rekurs auf die Foucaultschen Achsen mit ihren vielfältigen Begriffsschwierigkeiten unternehmen sollte.

Mit einer komplexeren Verbindung können beide Schwierigkeiten in den Griff bekommen werden. Wenn man sich die Anlage der Foucaultschen Diskursanalyse unter systematischen Gesichtspunkten noch einmal anschaut, dann fällt auf, daß dort der geforderte Perspektivenwechsel bereits vorhanden ist. Indem Foucault in seinen sehr verschiedenen historischen Studien danach trachtet, die Brüche, Diskontinuitäten und seriellen Folgen realisierter und topographisch sedimentierter Diskurse freizulegen, gelangt er im Grunde zu jeweils doppeltem Befund. Zum einen entdeckt er von Fall zu Fall die historisch konkreten Präfigurationen, denen die Diskurse (der Medizin, der Humanwissenschaften, der Strafjustiz...) unterworfen sind und die ihrer Ereignishaftigkeit und Produktivität entspringen. Zum anderen präpariert Foucault damit aber auch die formale Seite dieser Präfigurationen heraus. Wenn es auch eine jedesmal verschiedene und von Fall zu Fall nur empirisch beschreibbare Faktizität der Diskurse gibt (hier wurzelt Foucaults 'Positivismus'), so kann man doch insofern generalisieren, als daß die untersuchten Präfigurationen immer in Form von Wissensanordnungen, Machtrelationen und damit korrespondierenden Selbstverhältnissen zu identifizieren sind. In konkreter Analyse lassen diese Dimensionen des Diskurses sich im Rahmen objektivistischer Sozialtheorie beschreiben (z. B. Wissensordnung in *Die Ordnung der Dinge*, Machtrelationen in *Überwachen und Strafen*, Selbstverhältnisse in *Die Sorge um sich*). In formaler Hinsicht decken sie jedoch genau jene drei Weltbezüge ab, welche für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Diskursen jeweils konstitutiv sind.

Der einfache Satz in Foucaults Vorlesung über *Die Ordnung des Diskurses*: „Man weiß, daß man nicht das Recht hat, alles zu sagen, daß man nicht bei jeder Gelegenheit von allem sprechen kann, daß schließlich nicht jeder beliebige über alles beliebige sprechen kann“ (ODis: 11), erscheint nunmehr in anderem Licht. Er besagt nämlich: *Wir wissen*, daß wir nicht das Recht haben, alles zu sagen, daß wir nicht bei jeder Gelegenheit von allem sprechen können, daß wir schließlich nicht als beliebige über alles Beliebige sprechen können. Offenbar ist der vordiskursive Möglichkeitsraum der Sprachverwen-

dung nicht allein ein Raum formalpragmatisch analysierbarer Präsuppositionen. In Sprachsituationen Involvierte erschließen aus ihrer Perspektive die diskursive Geltungsebene nicht nur dadurch, daß sie implizit um die Thematisierbarkeit von Geltungsansprüchen wissen. In gleicher Weise rechnen sie immer schon mit den normativ relevanten, aber in der produktiven Sphäre, in der Sphäre des Auftauchens 'versteckten' Dimensionen von Wissensordnungen, Machtrelationen und Selbstverhältnissen, welche als Präfigurationen die formalpragmatischen Voraussetzungen für Diskurse begleiten. Die Vernunft von sprachbegabten Individuen drückt sich nicht nur in der Fähigkeit zur normativen Unterstellung thematisierbarer Geltungsansprüche aus, sondern ebenso in einem impliziten Wissen um die normativ relevanten, aber 'nicht-logisch' strukturierten Präfigurationen von Diskursen. Ein Teil der kommunikativen Energie wird in jeder Sprachsituation darauf verwandt, diese Präfigurationen in ihrer aktuellen Ausprägung zu realisieren und damit zu verstehen, welches Sprachspiel in einer Situation jeweils relevant ist.<sup>7</sup> In welcher konkreten Gestalt präfigurative Elemente sich dann als Wegbegleiter im kommunikativen Handeln verkörpert haben werden, das ist eine Frage, die sich erst im nachdiskursiven Raum realisierter Aussagen oder Aussageformationen beantworten läßt.

Vor allem *Die Ordnung des Diskurses* und das Buch über die *Archäologie des Wissens* können als Versuche Foucaults gelesen werden, sich über diese Aufspaltung der Diskursanalyse in einen konkret-historischen und einen formal-systematischen Teil klar zu werden. Es wäre kaum verständlich, warum Foucault überhaupt solche methodologischen Überlegungen angestellt hätte, wenn man nicht davon ausginge, daß ihm so etwas wie die Generalisierbarkeit diskursiver Präfigurationen vorschwebte. Freilich standen ihm, um einen solchen Gedankengang konsequent zu Ende zu führen, seine 'situationistische' Emphase und der (in diesem Fall gegen sich selbst gerichtete) Verdacht totalisierender Theoriebildung im Wege. Aber noch das Bemühen um einen ordnenden Rückblick auf seine Denkstationen, wie es in der Einleitung von *Der Gebrauch der Lüste* zu erkennen ist, zeugt davon, daß Foucault nahe an den systematischen Kern seines Projekts einer Geschichte der Wahrheit herangerückt war. Erst aus der Teilnehmerperspektive erschließt sich die volle Bedeutung der Feststellung, daß alle Sozialverhältnisse und folglich auch alle Kommunikationsverhältnisse von jeweils drei zentralen Strukturelementen – einer diskursiven Ordnung des Wissens, stetig variierenden Machtverhältnissen und je verschiedenen Subjektkonstitutionen – durchprägt sind. Die materialen Befunde, die historische oder empirische Untersuchungen zu Tage fördern, können in diesen Rahmen sinnvoll eingebunden werden.

Jetzt kann man resümieren, auf welcher sachlichen Ebene die Verbindung von Formalpragmatik und Diskursanalyse anzusiedeln ist. Bei dieser Verbindung, die um den Gegenstand Öffentlichkeit zentriert ist, kommen sowohl der formalpragmatischen als auch der Diskursanalyse Aufgaben im vordiskursiven Möglichkeitsraum *und* im nachdiskursiven Raum tatsächlicher Aussagen zu. Im Raum des Vorher steuert die Diskursanalyse auf formale Weise diejenigen diskursiven Präfigurationen bei, wel-

---

<sup>7</sup> Die Gewichtung zwischen formalpragmatischen Präsuppositionen und strukturellen Präfigurationen ist sicherlich schwer zu beschreiben. In der vorliegenden Arbeit dominiert die Intuition, daß es die strukturellen Diskursmerkmale sind, welche die Situativität von Diskursen bestimmen. Dieser Eindruck ist dadurch dokumentiert, daß Foucault am Anfang der Arbeit steht.

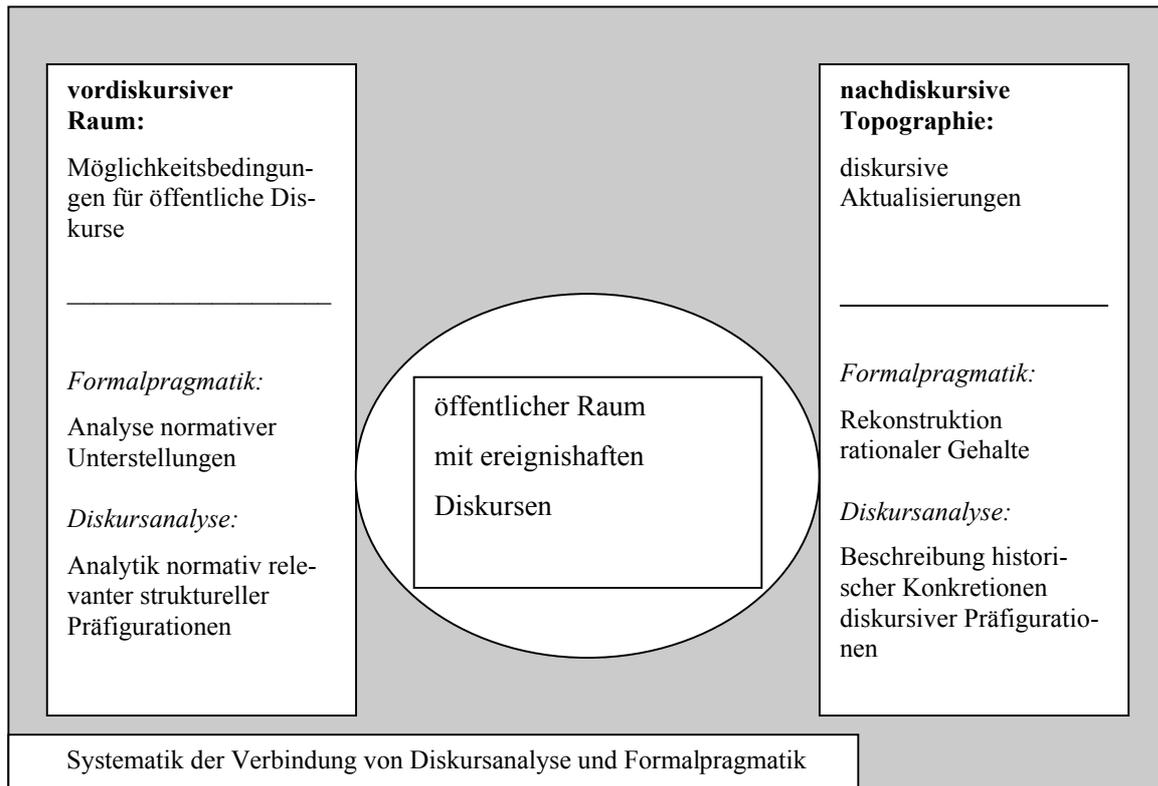
che die formalpragmatisch beschreibbaren Präsuppositionen auf der Geltungsebene begleiten. Daraus erwächst eine Bezugsgröße, auf die sich die materialen Befunde empirischer, historischer oder rekonstruktiver Untersuchungen im nachdiskursiven Raum beziehen lassen. Die Diskurse, in denen sich Individuen sprechend aktualisiert haben, entspringen – so verschieden sie sein mögen – verallgemeinerbaren und unhintergehbaren Voraussetzungen, welche aus der Teilnehmerperspektive als pragmatische Unterstellungen und strukturelle Präfigurationen in einem (unbestimmten) Zusammenspiel vorausgesetzt werden.

Im Raum des diskursiven Nachher trägt die Diskursanalyse zur Beschreibung der historischen Realisierung diskursiver Präfigurationen bei, also zur Beschreibung einer jeweils kontingenten Wissensordnung, einer Konstellation von Machtverhältnissen und einer damit einhergehenden zeitweiligen Beschaffenheit von Selbstverhältnissen. Mit Hilfe der formalpragmatischen Unterscheidungen kann komplementär dazu eine Rekonstruktion diskursiver Formationen unter dem Gesichtspunkt der darin geronnenen vernünftigen Gehalte vorgenommen werden. Diese Kombination würde beispielsweise für die Habermassche Diskurstheorie des Rechts bedeuten, neben der Darstellung der im Verfassungsstaat geronnenen Elemente kommunikativer Vernunft jene diskursiven Kräfte zu berücksichtigen, welche die legitimatorischen Grundlagen einer prozeduralen Demokratie in der Form unterlaufen, daß deren emanzipatorische Dynamik gebremst wird oder zum Erliegen kommt, ohne daß es dafür mit der Diskurstheorie selber erklärable Gründe geben würde. Eine kritisch orientierte Analyse könnte erklären, inwiefern die institutionalisierten Verfahren des demokratischen Rechtsstaats durch gesellschaftliche Entwicklungen derart in einen Zustand bloß noch formaler Demokratie gleiten können, daß ihr ursprünglicher normativer Sinn verloren geht oder von den Mitgliedern einer Gemeinschaft nicht mehr als solcher erkannt wird.<sup>8</sup>

Für die Analyse gegenwärtiger Öffentlichkeit bedeutet die Verbindung von Formalpragmatik und Diskursanalyse eine Möglichkeit, die diskursive Topographie des öffentlichen Raums zu beschreiben und für diese Beschreibung auf die Voraussetzungen zu rekurrieren, welche die Individuen immer schon unterstellen, wenn sie sich an Debatten aktiv oder rezeptiv beteiligen. Um dieses kombinierte Beschreibungsmodell in den Rahmen einer *Kritik* der Öffentlichkeit zu rücken, bedarf es der bereits angedeuteten Ergänzung durch einen Begriff der Anerkennung, welcher erst anzugeben vermag, *woraufhin* die öffentlichen Diskurse zu kritisieren sind. Zunächst muß aber die angezeigte Verbindung durch eine Verschränkung der Achsen Foucaults mit dem System der Geltungsansprüche konkretisiert werden.

---

<sup>8</sup> Ein Phänomen wie die mittlerweile grassierende Wahlmüdigkeit sogar bei Bundestagswahlen könnte als Indiz für eine solche diskursive Entwicklung gelten.



## II. Verschränkung zweier Theorieperspektiven

### 1. Foucaults Achsen und das System der Geltungsansprüche

Indem sie die präfigurativen und präsuppositionellen Bedingungen der Rede im vordiskursiven Raum aus der Teilnehmerperspektive beleuchten, beziehen sich Foucault und Habermas auf drei mögliche Aktor-Welt-Beziehungen: auf die Beziehung von handelnden Personen zur objektiven Welt der Dinge und Sachverhalte, zur sozialen Welt interpersonaler Verbindungen und zur subjektiven Welt einer privilegiert zugänglichen Innenperspektive.

Die erste der Foucaultschen Achsen erklärt im Rahmen einer Analytik der Öffentlichkeit, wie im Muster diskursiver Praktiken Dispositionen abgesteckt werden, in denen sich gesellschaftliches Wissen bezüglich der objektiven Welt der Dinge und Sachverhalte etablieren kann. Die Teilnahme an öffentlichen Diskursen erfordert die Berücksichtigung des Umstandes, daß man nicht in beliebiger Weise auf sachliche Gehalte Bezug nehmen kann, wenn man im 'Bereich des Wahren' verbleiben will. Wahr sind in dieser Hinsicht Themen und Thesen nicht, sofern sie einer diskursiven Prüfung ihrer Geltungsebene standhalten, sondern aufgrund ihrer Einbettung in diskursive Praxis. Wissen ist das Resultat diskursiver Anordnungen um Sätze, Texte, mediale Arrangements und kommunizierende Personen. Wahrheit ist in diesem Foucaultschen Sinne dispositional.

Solche Dispositionen werden in sozialen Erfahrungszusammenhängen entwickelt. Daher geht Foucault dazu über, in einer Achse der Macht die soziale Welt der interpersonellen Beziehungen zu thematisieren. Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Diskursen rechnen immer schon mit Kraftverhältnissen, die ihnen in Kommunikationssituationen begegnen. Diese Kraftverhältnisse drücken sich in Blicken, Stimmlagen und Körperlichkeit aus und stecken die Dimensionen des Sagbaren ab.<sup>9</sup> Machtverhältnisse schaffen im öffentlichen Raum komplexe strategische Situationen. In solchen Situationen können Argumente und Aussagen durch soziale Konstellationen mit Wahrheitswerten belegt werden.

Schließlich begründet Foucault die dritte Achse des Subjektiven. Mit Blick auf eine privilegiert dem Individuum vorbehaltene subjektive Welt der Wünsche, Bedürfnisse und Absichten gelangt er zum Konzept einer Ästhetik der Existenz. Sie thematisiert die Herausbildung von Selbstverhältnissen in Interaktionszusammenhängen. Für Individuen bedeutet die Einmischung in ein diskursives Geschehen notwendig eine Vermittlung zwischen den eigenen Präferenzen, Absichten und Stimmungen mit den vorgefundenen Wissens- und Machtkonstellationen. Immer schon bin ich es, der ich mit meiner

---

<sup>9</sup> Machtverhältnisse Foucaultschen Typs können vollständig nur erklärt werden, wenn man versteht, wie sie sich in die Körper der Individuen einschreiben. Die Macht wirkt immer dann, wenn man sich in einem nicht regressiven Sinn gewissermaßen physisch gezwungen sieht, etwas zu tun oder sich zu verhalten. Die schwierige Diskussion der leiblichen Einschreibung von Machtverhältnissen, die unter anderem Foucault initiiert hat und die z. B. im Rahmen einer Verbindung von normativer Theorie und phänomenologischer Analyse vorstellbar wäre, muß an dieser Stelle unterbleiben.

für mich einleuchtenden Welterperspektive und Lebensweise auf zugleich unverstandene und verständnislose objektive und soziale Umstände stoße.

Diese Dispositionen sind es, die als diskursive Präfigurationen denjenigen Weltbezügen hinzugeacht werden müssen, die bei Habermas unter dem Aspekt der Thematisierbarkeit von Geltungsansprüchen konstitutiv sind. Dort wird mit jeder Äußerung der Bezug zur objektiven, sozialen und subjektiven Welt durch die jeweils passenden Geltungsansprüche auf Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhaftigkeit aktualisiert. Sofern sowohl für Foucault als auch für Habermas diese dreistellige Weltbezüglichkeit konstitutiv für die Erschließung von Diskursivität ist, bahnt sich eine Verbindung zwischen beiden an. Die drei Achsen Foucaults gehen an dieser Stelle eine Verschränkung mit Habermas' System der Geltungsansprüche ein, die das Diskursfeld der Öffentlichkeit einer differenzierten Analyse zugänglich machen soll.

#### *a. Achse des Wissens – Geltungsanspruch auf Wahrheit*

Zunächst erscheint der öffentliche Diskurs als eine emergente Materialität. Er begegnet seinen aktiven oder passiven Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Texten, Redebeiträgen, Bildern, Statistiken, *statements*, Berichten, Büchern, Zeitschriften, auf Bildschirmen und Podien. Überall dort werden Aussagen hervorgebracht, die den Akteuren in einer medialen Materialität begegnen, welche die propositionalen Gehalte erst mit sich führt. Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Diskursen können nicht umhin, sich auf diese materiale Ebene zu beziehen. Immer schon rechnen sie implizit mit einer durch die bloße Diskursproduktion entstehenden Materialität. Sie wissen, daß öffentliche Diskurse Aussagefelder sind, die zusammen mit propositionalen Gehalten die Modalitäten einer diskursiven Praxis produzieren. In diesem Set diskursiver Modalitäten entstehen Wirklichkeitsbedingungen für die Zuschreibung von Wahrheit. Foucault nennt daher 'Wissen' eine Menge von Elementen, die in einer diskursiven Praxis regelmäßig gebildet werden. Die Pointe dieses Foucaultschen Beitrags zu einer Kritik der Öffentlichkeit besteht in der These, daß ein Wissen, welches aus der materialen Verdichtung regelmäßig gebildeter Aussagen zu Aussagefeldern mit bestimmter diskursiver Praxis resultiert, gegen rational motivierte diskursive Überprüfungen resistent sein kann. Denn die Überprüfung von Geltungsansprüchen ist ihrerseits einer diskursiven Praxis mit Formationsregeln für Aussagen verpflichtet.

Freilich ist damit nur die eine Hälfte des Sachverhalts berührt. Denn in ähnlicher Weise wie das 'Etwas' einer präfigurierenden Materialität unterstellen die Diskursteilnehmerinnen und -teilnehmer die normative Dimension einer kommunikativ motivierten Überprüfung von Geltungsansprüchen. Die Wirklichkeitsbedingungen, die aus der Dimension diskursiver Materialität Wahrheit zuschreiben, sind ja nicht rationaler, sondern 'nicht-logischer' Art. Daher haben sie keinen bleibenden Stellenwert, wie er rational zustande gekommenen und argumentativ nachvollziehbaren Gründen eigen ist. Es bleibt jederzeit möglich, einer bloß über Diskursanordnungen erzeugten Wahrheit auf der normativen Ebene der Geltung argumentativ zu begegnen und damit auf Wissensbestände rational motiviert einzuwirken. Allerdings setzt auch das Resultat einer diskursiven Prüfung von Geltungsansprüchen wiederum eine

Ordnung des Diskurses frei. Und es wäre eine weitergehende Frage, inwiefern auch für die Gültigkeit rational motivierter Einverständnisse der Rückenwind einer diskursiven Ordnung verantwortlich ist. In einem ersten Schritt könnte die Verschränkung der Foucaultschen Achse des Wissens mit dem Geltungsanspruch Wahrheit folgende Form annehmen.

Indem er eine Aussage macht, erhebt ein Sprecher den Geltungsanspruch auf Wahrheit. Er behauptet, daß die Akzeptabilitätsbedingungen seiner Aussage bezüglich der objektiven Welt der Dinge und Sachverhalte erfüllt sind. Die Existenzbedingungen eines mit der Rede nur erwähnten propositionalen Gehaltes seien tatsächlich gegeben. Ein Rezipient kann das bestreiten und den Proponenten zu einer Begründung seines Geltungsanspruches bewegen, indem er selber Gründe dagegen setzt. Die diskursive Prüfung des Geltungsanspruches, die idealiter zu einem Einverständnis bezüglich der strittigen Materie führen kann, ist jedoch, wie schon die Eingangsaussage, in eine je historische Ordnung des Diskurses eingebunden. Der Verständigungsidealität sind *immer schon* Grenzen gesetzt; einmal – schwächer – seitens eines historischen Dispositivs, das umgrenzt, was überhaupt sagbar ist und zum anderen – stärker – wegen der bloßen Produktivität des Diskurses, der mit jeder Äußerung Tatsachen schafft. Eine begrenzte Idealität ist zunächst ein Paradox. Die Grenze soll hier aber nur zählen, insofern alle Kommunikation Ordnung gebend ist und damit, auch idealtypisch betrachtet, an Dispositive (und sei es an die eigentümliche und träge Materialität der Sprache selber) gebunden bleibt. Die von Habermas geforderten Bedingungen für die Möglichkeit eines kommunikativen Einverständnisses, nämlich daß der Diskurs ohne Zwang und so lange wie nötig fortgeführt werden müßte, bleiben von dem Umstand, daß eine Diskursordnung ist und immer sein muß, unberührt. Eine diskursive Ordnung begleitet präfigurativ die formalpragmatischen Präsuppositionen verständigungsorientierter Rede.

Wenn man aus der Foucaultschen Perspektive blickt, äußert ein Sprecher eine Aussage aus dem Wirkungskreis eines Aussagefeldes, in welchem durch eine Diskursordnung Wirklichkeitsbedingungen für ein bestimmtes Wissen festgelegt wurden. Wissen ist hier eine Menge von in einer diskursiven Praxis regelmäßig gebildeten Elementen. Als akkumulierte Materialität des Redens kann das Wissen unabhängig von rationaler Gültigkeit bestehen. Das heißt, es kann unabhängig von Gültigkeitsbedingungen wirklich sein. Die Ordnung einer diskursiven Praxis verleiht dem Wissen unter Umständen kontrafaktische Plausibilität. Diskursordnungen, die ein Wissen decken und gegen Einwände schützen können, sind aber keine stabilen Größen. Ereignisse oder weitere Aussagen zum betreffenden Themenfeld können eine etablierte Diskursordnung ins Wanken bringen, indem man dazu übergeht, ihren Geltungsanspruch durch eine diskursive Prüfung zu hinterfragen, kurz: indem man mit Sprache hinter die Sprache geht.<sup>10</sup>

Die Zusammenziehung der beiden beschriebenen Prozesse einer diskursiven Prüfung des Geltungsanspruches Wahrheit und der Wissensproduktion mittels einer Ordnung des Diskurses kann man als

---

<sup>10</sup> Dieser Versuch, mit Sprache hinter die Sprache zu gehen, war wohl für Foucault das Faszinosum an der Vita Raymond Roussels. Das Scheitern, das dort vorherrscht, läßt sich in gegenläufiger Richtung aber auch als die Möglichkeit eines Durchbrechens von scheinbar zementierten Diskursanordnungen verstehen.

Kreislauf der Wissenserzeugung vorstellen. In diesem Kreislauf kommt es zu wirkungsmächtigen Interferenzen von Diskursordnung und diskursiver Prüfung. Ein Geltungsanspruch  $x$  kann in einer Argumentation diskursiv geprüft werden. Dabei sind jeweils nur Argumente zulässig, die im Rahmen etablierter Diskursstrukturen akzeptabel erscheinen. Dieser Rahmen ist bestimmt durch eine Ordnung des Diskurses, die akzeptable Argumente als solche jeweils historisch bereithält. Der im günstigsten Fall erzielte Konsens produziert zugleich wieder eine neue Ordnung des Diskurses, die als Grundlage für weitere Aussagen dient.<sup>11</sup>

Eine Analyse mit dem skizzierten Kreislauf als Betrachtungsmodell zeigt, wie Wissen produziert und einer diskursiven Prüfung unterzogen werden kann. Das ereignishaft Materiale an öffentlichen Diskursen wird dabei im gleichen Maß wie ihre formalpragmatischen Voraussetzungen berücksichtigt. Ein Wirkungskreislauf des Wissens sei am Beispiel des ökonomischen Diskurses provisorisch illustriert.

Ein Proponent (a), der in der gegenwärtigen historisch-ökonomischen Situation einen Lösungsansatz zur Reduzierung der massenhaften Arbeitslosigkeit durch Steuersenkungen für Unternehmen und vergleichbare andere Maßnahmen vorschlägt, befindet sich im Einklang mit einer neoklassisch geprägten diskursiven Praxis des Ökonomischen. In diesem Dispositiv wird der Verwertbarkeit von Kapital beziehungsweise der Umdefinition aller zur Verfügung stehenden gesellschaftlichen Kräfte in Kapitalfaktoren starke Betonung zuteil. Obschon der neoklassische Diskurs argumentativ stark unter Druck geraten müßte, sieht er sich in Übereinstimmung mit öffentlichem Wissen. Vorschläge wie Verlängerung oder Flexibilisierung der Arbeitszeit, fiskalische Begünstigungen von Unternehmen in der Hoffnung auf gesteigerte Investitionstätigkeit, Verknappung von Sozialleistungen etc. befinden sich in einem Bereich wirklichen öffentlichen Wissens, das weniger durch diskursive Überprüfung von Geltungsansprüchen auf Wahrheit verifiziert als vielmehr durch mannigfaltige Wiederholungen in einer diskursiven Praxis materialisiert wurde.

Ein Opponent (b) verweist darauf, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen schon seit längerer Zeit erprobt wurden und bislang zu keinem Resultat außer der Vergrößerung von Einkommensdisparitäten sowie der Forcierung ökologischer Dysbalancen geführt haben. Er schlägt, indem er seine Gründe gegen (a) erläutert, vor, die durch den Produktivitätsfortschritt möglich gewordene Verbesserung von Lebensqualität zu realisieren, indem man die noch vorhandene gesellschaftliche Arbeit auf alle potentiellen Arbeitnehmer verteilt. Das zöge eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich nach sich. Zudem plädiert er für eine nachhaltige Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie, indem er den Empfehlungen des *Club of Rome* folgen und das Bruttosozialprodukt durch ein Ökosozialprodukt ersetzt wissen will.

Unabhängig von ihren eigenen Argumenten und Positionen leuchtet möglichen Teilnehmern und Teilnehmerinnen unmittelbar ein, daß (b) sich mit seiner Rede nicht im Wahren befindet. Implizit ist

---

<sup>11</sup> Auch für Habermas verhält es sich so, daß mit der durch Verständigung erzielten Situationsdefinition eine Ordnung etabliert wird, mit deren Hilfe Handlungssituationen übersichtlich gemacht werden können bzw. welche Einlaß in eine immer schon vorinterpretierte Lebenswelt der Beteiligten finden kann (vgl. TdkH II: 150).

ihnen bewußt, daß die diskursive Prüfung seines erhobenen Geltungsanspruchs auf Wahrheit so stark von der etablierten diskursiven Praxis überlagert ist, daß das Resultat des Diskurses sich gewissermaßen vorgängig in das Gewebe öffentlicher Meinung einschreibt. Das gesellschaftlich aktuelle Wissen ist Resultat eines Argumentationszusammenhanges, der seinerseits eine diskursive Praxis zum Ausdruck bringt. Zwar findet eine Diskussion unter freiheitlichen Bedingungen statt, aber die Gründe, die der Erörterung des Geltungsanspruches dienen, sind den Wirklichkeitsbedingungen einer etablierten diskursiven Praxis verpflichtet. Proponent und Opponent kommen in einen Begründungszusammenhang, der entsprechend einer aktuellen Diskursordnung strukturell überlagert ist, weil (a) die gesellschaftliche Erfahrung der Verifikation seiner Argumente durch bloße und vielfache Äußerung hinter sich weiß. Seine Gründe können, wenigstens für die Dauer der Stabilität einer aktuellen Ordnung des Diskurses, kontrafaktisch Plausibilität beanspruchen.

Was (a) evident ist, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als bloß historisch gefestigte Kontingenz und weniger als begrifflich konsistentes Wissen. Dennoch kann (b) nicht einfach (a) von der fehlenden Berechtigung seines Geltungsanspruches überzeugen. Bis in Begrifflichkeiten, Betonungen und Redewendungen hinein sieht er sich mit dem historischen Dispositiv einer Ordnung des Diskurses konfrontiert, der er als Mitglied einer Sprachgemeinschaft selber auch angehört.

Diskursordnungen sind sehr fragile und komplexe Strukturen, die steten Neuordnungen ausgesetzt sind. Ihre Dynamik oder Veränderlichkeit resultiert aus der Möglichkeit der Kritisierbarkeit von Geltungsansprüchen. Sie können nie total sein und werden latent von anderen Ordnungen überlagert, bedroht oder unterstützt. So kann es, durch den Umstand, daß der öffentliche Diskurs kontinuierlich ist und stets aufs Neue Aussagen entstehen, zu einer Abfolge von historischen Konjunkturen von Wissensstrukturen kommen. Was Foucault vor allem in *Die Ordnung der Dinge* gezeigt hat, läßt sich auch in der historischen Mikroperspektive eines jeweiligen öffentlichen Diskurses erkennen. Die Modalitäten und Bereiche des Wissens sind variabel und verlaufen nicht in einer Linearität von Fortschrittserwartungen, sondern gemäß einem je aktuellen Muster von Diskursmaterialitäten und Formen kommunikativer Rationalität.

Beim angenommenen Disput zwischen (a) und (b) spielt beispielsweise eine stark empiristische Auffassung von Wirklichkeit eine konstitutive Rolle. Heute ist keine ökonomische Diskussion ohne Zahlen denkbar.<sup>12</sup> Proponent (a) wird (b) mit mannigfaltigem Zahlenwerk über Konjunkturverläufe und –prognosen zu überzeugen trachten und sich, wenn überhaupt eines Tages, von (b) nur durch eine ähnlich starke Empirizität bewegen lassen, über alternative Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit nachzudenken. Die Verständigungsschwierigkeiten würden sich multiplizieren, wenn (b) Zahlen und Statistiken als solche für untauglich zur Beschreibung der ökonomischen Lage deklarieren sollte, etwa weil ihm der Impuls ethisch-moralischer Fragestellungen entscheidender für die beschreibende Konstruktion einer Wirklichkeit erscheint. Dann würde (a) den Geltungsanspruch zurückwei-

---

<sup>12</sup> Zur Bedeutung von Zahlen und Statistiken für Wissensdispositionen vgl. z. B. Nikolas Rose. Powers of Freedom. Reframing political thought. Cambridge 1999, 197-232.

sen, weil (b) sich mit seiner Rede nicht im Horizont einer als gültig gewußten Ordnung des Diskurses bewegt. Es wäre verkürzt zu sagen, daß (a) lediglich eine instrumentell-strategisch vereinseitigte Vorstellung von Vernunft an anderen Einsichten hindere. Viel stärker dafür verantwortlich ist vielmehr eine etablierte diskursive Struktur, die den öffentlichen Raum dominiert. Diese Struktur verlängert sich habituell bis in die Einstellungen von Individuen hinein. Es ist diese Verinnerlichung von erwartbaren Diskursstrukturen, welche ein Wissen in 'nicht-logischer' Weise plausibel machen können.

Zunächst erscheint der Diskurs der Öffentlichkeit dem Einzelnen als ein Erfahrungsgewebe, das die Wirklichkeitsbedingungen für Wissen festlegt. Der Disput zwischen (a) und (b), die sich nach wie vor unversöhnt gegenüberstehen, ist von diesem Erfahrungsgewebe beeinflusst, welches die Argumente hüben wie drüben generiert und das die Beteiligten als faktische Voraussetzung beziehungsweise diskursive Grundlage unterstellen. Erfahrung erzeugt hier Normalität. Normal ist ein Wissen, das gesellschaftsweit zirkuliert, indem es häufig zu Aussagen im öffentlichen Raum geformt wird. Normalität prägt als Strukturprinzip die habituell verankerten Einstellungen und damit auch die Wahrnehmung von Individuen. Die Kopplung der Wahrnehmung mit der Normalisierung von Wissen durch bloße und gehäufte Faktizität bildet schließlich den Übergang zum Zusammenhang von Wissen und Macht. Denn das Normale kann kategorial nur intersubjektiv begriffen werden. Das normalisierte Wissen von der objektiven Welt der Dinge und Sachverhalte entsteht in sozialen Konstellationen, welche mit dem Foucaultschen Begriff der Macht erfaßt werden können.

Nach dieser Verbindung der Achse des Wissens mit dem Geltungsanspruch Wahrheit könnte man einwenden, daß die Foucaultschen Termini nicht erforderlich wären, wenn man ausschließlich mit Habermas' Begriffen operieren und den Streit zwischen (a) und (b) als Unversöhnlichkeit von strategisch Handelnden betrachten würde. Die These, die hier stark gemacht werden soll, besagt jedoch, daß (a) und (b) ihre Verständigungsschwierigkeiten auch dann hätten, wenn sie beide mit ihrem Kommunikationsverhalten vorbehaltlos illokutionäre Ziele verfolgten. Die Umstände, daß immer eine Ordnung in Diskursen existiert, daß *etwas* normal sein muß und daß dem Diskurs durch seine bloße Präsenz eine Materialität eigen ist, sind ebenso grundlegende Faktoren wie die formalpragmatisch analysierbaren Präsuppositionen der Rede. Der interne Zusammenhang von Gültigkeit, Geltungsanspruch und argumentativer Einlösung des Geltungsanspruchs sorgt zwar bei verständigungsorientierter Einstellung für eine rationale Motivation des Hörers durch den Sprecher. Zugleich zeigen sich aber die von einer jeweiligen Ordnung des Diskurses geprägten Strukturen in den jeweiligen Äußerungen. Aus der Perspektive von Teilnehmern erfahren (a) und (b) Widerstände, die eine 'nicht-logische' Wissensanordnung ihren Verständigungsversuchen entgegensetzt. Umgekehrt wissen sie aber implizit auch, daß eine der Sprache eigene Verständigungsidealität unaufhörlich an der Beseitigung der strukturellen Hindernisse von Diskursordnungen arbeitet. Da sich in modernen Gesellschaften Publizität als Prinzip

verstetigt hat, wird durch den steten Fluß der öffentlichen Rede die Zementierung von Diskursordnungen unmöglich. Darin liegt der Antrieb, sich überhaupt auf sprachliche Kontroversen einzulassen.<sup>13</sup>

*b. Achse der Macht – Geltungsanspruch auf Richtigkeit*

Die Materialität des öffentlichen Diskurses, welche einem Wissen Wirklichkeitseffekte verleihen kann, ist von lückenhafter Struktur. Die Produktion von Aussagen im öffentlichen Raum hinterläßt Lücken und Absenzen. Die Diskurse können beliebig weiterwuchern, ohne daß jemals alles gesagt wäre. Wegen dieser Absenzen und Schnitte und weil sich im diskursiven Raum Individuen mit Absichten, Wünschen und Neigungen begegnen, die als Mitglieder einer Sprachgemeinschaft Positionen in einem Gefüge von Anerkennungsverhältnissen einnehmen, kommt Foucault zu der These, daß der Diskurs 'von Natur aus' Gegenstand eines sozialen Kampfes ist. Er ist ein Feld von Machtverhältnissen, welche auf nicht-repressive Weise Einstellungen und Präferenzen beeinflussen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen um diese Kraftverhältnisse. Sie setzen implizit voraus, daß es nicht gleichgültig ist, *wem gegenüber* man Aussagen bildet oder sich kommunikativ verhält. Soziale Dispositive erzeugen, indem sie symbolische Reproduktion durch Sprache betreiben, normativ relevante Wirkungsmächtigkeiten. Über die Verwendung bestimmter Vokabularien, über Verhaltensweisen, Blicke und Körperbewegungen nehmen Individuen in Dispositiven Aktualisierungen der sozialen Umwelt vor.<sup>14</sup> Damit etabliert sich eine ubiquitäre Struktur, die einem steten Wandel unterworfen ist. Einstellungen und Äußerungen zu moralisch-praktischen Fragen können nicht losgelöst von solchen Kraftverhältnissen betrachtet werden. Das Besondere an dieser Foucaultschen Charakterisierung besteht darin, daß Machtverhältnisse eine diskursive Thematisierung von Geltungsansprüchen auf Richtigkeit nicht unterdrücken, sondern durchgreifen. Sie legen in einem nur schwer spezifizierbaren Sinn das Möglichkeitsspektrum moralisch-praktischer Einstellungen fest.

Dennoch gilt auch hier in umgekehrter Richtung, daß aus der Teilnehmerperspektive stets die Möglichkeit einer diskursiven Prüfung des Geltungsanspruchs Richtigkeit unterstellt wird. Die Möglichkeitsbedingungen für die Beurteilung sozialer Richtigkeit, welche den Machtverhältnissen Foucaultschen Typs entspringen, sind, da sie nicht im Licht von nachvollziehbaren Gründen stehen, kommunikationstheoretisch gesehen illegitim. Auf sie kann man sich nicht berufen. Und so beobachtet man in öffentlichen Diskursen Sprachspiele, die darauf abzielen, sich der argumentativen Last des moralisch-praktischen Diskurses zu entziehen. Der rationale Diskurs bedeutet eine Gefahr für die von

---

<sup>13</sup> Darin liegt auch ein Unterschied zwischen öffentlichen und privaten Interaktionszusammenhängen. Das Prinzip Publizität sorgt für die Instabilität von Diskursordnungen. Dem Prozeß der Öffentlichkeit wohnt ein stetes Verflüssigen von immer nur vorläufigen Wissensbeständen inne. Demgegenüber können sich im Bereich privater Kommunikationsbeziehungen zwischen wenigen Personen relativ stabile und kaum thematisierbare Diskursordnungen verfestigen.

<sup>14</sup> Um die Weisen der Objektivierung, durch die sich Machtverhältnisse aufbauen, zu erklären, müßte man auf phänomenologische Analysen zurückgreifen, wie sie etwa Jean-Paul Sartre vorgelegt hat. Die Objektivierung des Anderen über den Blick beispielsweise müßte jedoch ohne jenen negativistischen Subjektivismus rekonstruiert werden, der diesen Gedankengang bei Sartre von jedem Anschluß an intersubjektivistische Kommunikationsmodelle abschneidet. Vgl. Jean-Paul Sartre. *Das Sein und das Nichts. Versuch einer phänomenologischen Ontologie*. Reinbek 1993, 457-538. Zu dem Sartreschen Negativismus bezüglich möglicher Intersubjektivität vgl. auch: Axel Honneth. *Kampf um Anerkennung. Zu Sartres Theorie der Intersubjektivität*. In: ders. *Die zerrissene Welt des Sozialen*. Frankfurt am Main 1990, 144-155.

Foucault beschriebenen Machtnetze. Allerdings gilt auch beim Geltungsanspruch Richtigkeit, daß jedes Resultat einer argumentativen Überprüfung zwar eine Verschiebung in den Machtverhältnissen nach sich zieht, diese an sich aber nicht überwunden werden können. Um das zu verdeutlichen, hat der späte Foucault Differenzierungen in seinem Machtbegriff vorgenommen, die eine Verbindung wie die hier beabsichtigte nahelegen. Er unterscheidet nun zwischen 'Machtverhältnissen' und 'Kommunikationsbeziehungen'.<sup>15</sup> Während jene die immerwährende Einbindung des Individuums in effektive Machtnetze repräsentieren, stellen diese die Möglichkeit einer anderen als durch fortwährende Objektivierung gekennzeichneten Sozialbeziehung dar. Beide Elemente müssen in eine umfassende Analyse der Öffentlichkeit Einlaß finden. Die Machteffekte, die verständigungsorientierte Interaktion begleiten, sind von anderem Charakter als beispielsweise Machtstrategien, die Diskurse als solche unterdrücken sollen. Und umgekehrt sind geglückte Konsense, die durch kommunikatives Handeln erzielt werden konnten, keine Glücksgaranten, die plötzlich alle Machtbeziehungen von den Individuen abziehen könnten. In einem zweiten Schritt gestaltet sich die Verschränkung der Foucaultschen Achse der Macht mit dem Geltungsanspruch Richtigkeit wie folgt.

Mit jeder Rede erhebt ein Sprecher den Geltungsanspruch auf Richtigkeit. Er behauptet, daß die Akzeptabilitätsbedingungen seiner Aussage bezüglich der sozialen Welt der interpersonalen Beziehungen erfüllt sind. Der normative Kontext der Sprechhandlung selbst sei legitim. Ein Hörer kann dies bestreiten und den Proponenten zu einer Begründung seines Geltungsanspruchs bewegen, indem er selber Gründe dagegen setzt. Die diskursive Überprüfung des Geltungsanspruchs, die auf Grund der illokutionären Bindungskräfte von Sprechakten zu einem Einverständnis führen kann, ist jedoch, gleich der Eingangsrede, in ein Dispositiv sozialer Machtverhältnisse eingebunden. Machtverhältnisse zeigen sich hier als ein strukturelles Geflecht, welches die Verständigungsidealität durchzieht. Wie schon beim Weltbezug des Wissens erscheint das Paradox einer begrenzten Idealität. Die Sprache durchziehen, wie mit *Raymond Rousset* exemplarisch gezeigt wurde, genügend Unklarheiten, in denen über Redeweisen und Situativität Machtrelationen Prominenz gegenüber dem Austausch 'reiner' Argumente erlangen können. Noch der Konsens, welcher nur möglich ist, wo die Streitenden in etwa eine diskursive Balance erzielen, schafft bereits wieder Verschiebungen im Gefüge der Machtverhältnisse. Auch hier bleiben die von Habermas geforderten Bedingungen – zwangloser Diskurs, der beliebig lange geführt werden kann – von der Existenz von Machtdispositiven unberührt. Denn die Machtverhältnisse Foucaultschen Typs funktionieren jenseits oppressiver Konnotationen. Sie sind produktiv, indem sie Verhaltensweisen und soziale Beziehungen diskursiv erschaffen.

Beginnt man die Betrachtung mit Foucault, so stellt sich die Situation hier wie folgt dar. Ein Sprecher äußert einen Redebeitrag, welcher unabhängig von seiner Richtigkeit in Abhängigkeit von der Eingebundenheit in ein Netz von sozialen Machtverhältnissen steht. Produktive Machtverhältnisse

---

<sup>15</sup> Zum folgenden vgl. Michel Foucault. Das Subjekt und die Macht. In: Herbert L. Dreyfus, Paul Rabinow. Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. A. a. O., 241-261.

legen die sozialen Modalitäten fest, in denen die moralisch-praktischen Komponenten von Diskursen behandelt werden. Das heißt, ein Geltungsanspruch auf Richtigkeit kann unabhängig von den verallgemeinerungsfähigen Bedingungen seiner Akzeptabilität bestehen, weil ein soziales Dispositiv ihm Plausibilität verleiht. Machtverhältnisse sind jedoch nicht stabil. Durch weitere Rede im öffentlichen Diskurs können mit Hilfe der sprachlichen Verständigungsidealität scheinbar legitime Ansprüche als durch soziale Machtrelationen bloß verdeckte Illegitimitäten freigelegt werden, wobei zugleich neue Kräfteverhältnisse entstehen.

Die beiden beschriebenen Prozesse einer diskursiven Prüfung des Geltungsanspruchs Richtigkeit und der Wirkung von Machtverhältnissen in Argumentationen ergeben zusammen einen Kreislauf der Normativität. In diesem Kreislauf kommt es zu wirkungsmächtigen Interferenzen von Machtverhältnissen und diskursiver Prüfung. Ein Geltungsanspruch  $y$  kann in einer Argumentation diskursiv geprüft werden. Dabei sind aber stillschweigend nur Argumente zulässig, die im Horizont einer gegebenen Sozialität akzeptanzfähig sind. Dieser Horizont ist von je variierenden Machtverhältnissen gezogen, über welche Einfluß auf die Bedeutungsvarianzen der Sprache, das heißt, die Interpretationshorizonte propositionaler Gehalte, genommen werden kann.

Eine Analyse mit dem skizzierten Kreismodell zeigt diesmal, wie Machtverhältnisse auf die moralisch-praktischen Gehalte öffentlicher Diskurse durchgreifen. Zugleich bleiben diese Diskurse, wegen ihrer immer schon vorhandenen Normativität, gegenüber einer diskursiven Prüfung von Geltungsansprüchen offen. Die Existenz produktiver Machtverhältnisse wird dabei im gleichen Maße wie formalpragmatische Präsuppositionen als diskursive Voraussetzung berücksichtigt. Das Beispiel des ökonomischen Diskurses soll hier erneut zur Illustration des Kreislaufs dienen.

Mit der Vorstellung, daß Machtverhältnisse bestimmte Diskursstrukturen positiv erzeugen, kann man zu (a) und (b) zurückkehren. Der Opponent (b) hatte sich mit seinem Vorschlag der Modifikation des ökonomischen Diskurses zugunsten alternativer Modelle aus der Sicht von (a) ins Unwahre begeben. Die Wahrheitsparameter von (b) bewegten sich außerhalb einer allgemein akzeptierten und unter Umständen kontrafaktisch wirksamen Ordnung des Diskurses. Man konnte sehen, wie die diskursive Prüfung des Geltungsanspruchs auf objektive Wahrheit von einer vorgängigen Diskursordnung überlagert wurde. Dennoch konnte (b) die Überprüfung seines Geltungsanspruches dadurch anstoßen, daß er seine Gründe erläuterte. Eine je aktuelle Ordnung des Diskurses hat sich immer neuen Materialitäten auszusetzen.

Zugleich erheben aber (a) und (b) jeweils unterschiedliche Ansprüche auf soziale Richtigkeit des von ihnen Gesagten. Sie befinden sich, indem sie über ihre Sache streiten,  *nolens volens*  in einem Disput um moralisch-praktische Zusammenhänge. Die strittigen Geltungsansprüche zentrieren sich im vorliegenden Beispiel um das Thema soziale Gerechtigkeit. Während (a) dem privaten Besitz gesellschaftlicher Produktionsmittel über egozentrische Nutzenkalküle hinaus ein gewisses moralisches Interesse an der Verteilung produzierten Wohlstands zutraut, zeigt sich (b) dieser Haltung gegenüber

skeptisch. Er baut, nachdem er bereits in der ersten Runde die Wahrheit des von (a) unterstellten Zusammenhangs zwischen Vergünstigungen für die Kapitaleseite und Verbesserung der Arbeitsmarktlage bestritten hatte, vielmehr auf die Richtigkeit einer stärkeren Beteiligung der lohnabhängig Beschäftigten am erwirtschafteten Wohlstand und begründet dies damit, daß sie die eigentlichen Produzentinnen und Produzenten dieses Wohlstandes seien.

Wenn es richtig ist, daß die diskursive Prüfung beider Geltungsansprüche über Argumente in ihrer Struktur von produktiven Machtverhältnissen erzeugt wird, ist der Disput zwischen (a) und (b) *in diesem Sinne* nicht frei. Indem die Macht produktiv ist, entsteht Wirkliches. Sie produziert Gegenstandsbereiche und Wahrheitsrituale. Schon die sachliche Ebene, auf der sich Proponent und Opponent begegnen, ist von sozialen Dispositionen umgrenzt. In solchen sozialen Anordnungen wird unspektakulär und zunächst kaum thematisierbar definiert, welche Topoi des Moralisch-Praktischen überhaupt zur Debatte zugelassen sind. Die zwischen (a) und (b) sich anbahnende grundlegende Diskussion über die gesellschaftliche Verteilung von Wohlstand darf kaum darauf hoffen, auch nur halbwegs über Argumente geführt zu werden. Das soziohistorische Dispositiv, in dem der moralisch-praktische Diskurs stattfindet, schreibt sich als soziales Kraftfeld in die Kommunikationssituation und die daran teilhabenden Individuen ein. Sie wissen immer schon um diese diskursive Dispositionalität und richten vor allem die Form ihrer Rede danach aus. Vor diesem Hintergrund kann Foucault sagen, daß die Macht individuelle Erkenntnis produziert. Machtgenerierte Dispositionalität darf aber nicht statisch, sondern nur als 'bebender Sockel' von Kraftverhältnissen vorgestellt werden, die durch ihre Ungleichheit stetig neue Machtzustände erzeugen. Unaufhörliche diskursive Kämpfe und Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum sorgen für diese Kraftverhältnisse, die ein soziales Dispositiv redender Individuen hervorbringen.

Proponent (a) und sein Widerpart (b) sind in dieser Weise in soziale Dispositive eingebunden. Den propositionalen Gehalt ihrer Argumente beziehen sie aus ihren Überlegungen zur strittigen Sache. Das, was ihre Beiträge aber erst zu wirkungsmächtigen Argumenten in einer diskursiven Begegnung macht, entstammt jenen Dispositiven, in denen sich Machtverhältnisse zum Ausdruck bringen. Die Statements von (a) und (b) sind nicht bloß Argumente, sondern spezifische Objekte, die in einer Ordnung der Kämpfe und Infragestellungen stehen. Die Diskursanalyse gehört für Foucault zur Gesellschaftsanalyse, weil der Diskurs nichts dem gesellschaftlichen Handeln Äußerliches ist. Er hängt mit sozialen Kämpfen zusammen. Soziale Kämpfe finden heute im Medium von Öffentlichkeiten statt. Indem durch sie der Modus gesellschaftlich adäquaten Handelns diskursiv geprägt wird, durchziehen sie in geronnener Form als Machtverhältnisse die öffentlichen Diskurse. Das, was dort gesagt wird, ist, wenn das 'richtige' Machtdispositiv dahinter steht, mit einer Aura des Richtigen umgeben. So ist es vielleicht zu erklären, daß die Aufklärung über 'objektiv' beschreibbare, strukturelle soziale Ungerechtigkeiten und ökologische Dysbalancen in gewisser Hinsicht zum Stillstand gekommen ist – ein Zustand, der in der Regel als Verlust des Utopischen umschrieben wird. Was aber Reformvorschlägen und gesellschaftlichen Alternativen die Plausibilität genommen hat, ist nicht deren inhaltliche Er-

schöpfung (die 'Inhalte' harren nach wie vor der Erfüllung), sondern die Verschiebung von Machtdispositiven zugunsten von Positionen, wie sie im hiesigen Beispiel durch (a) vertreten werden.

Der öffentliche Diskurs repräsentiert auf diese Weise das Spektrum gesellschaftlicher Kraftverhältnisse. Die Macht zeigt sich hier als komplexe strategische Diskursituation. In dieser Situation werden Dispositive sichtbar, in denen man Absichten und Logiken erkennt, aber kaum Autorschaften. Nicht die Manifestation von Interessen, sondern ein durch Diktion, Begrifflichkeit und Sprachduktus verkörpertes 'Gesamtdispositiv' von Machtrelationen generiert das Spektrum äußerbarer oder akzeptabler Argumente, wenn sie in einen Wettbewerb um Geltungsansprüche eintreten. Das wissen intuitiv auch (a) und (b), die diese diskursiven Präfigurationen durch Machtverhältnisse ebenso beachten müssen wie die bereits beschriebene Faktizität einer Diskursordnung. Sprecher (a) wähnt sich, obschon ihm argumentativ von (b) bereits einiges entgegengesetzt wurde, im Einklang mit einer klassisch-ökonomistischen Diskursstruktur, die in sachlichem Gestus höchst normativ verfährt. Durch die dauerhafte Präsenz von strategischen Einflüssen, Begrifflichkeiten, Ausdrucks- und damit Denkweisen des neoliberalen Dispositivs wird die semantische Ebene im Diskurs normativ aufgeladen und affiziert dadurch eben auch die pragmatische Ebene des Sprechakts. Historische Umstände, die mit der jeweils strittigen Sache nicht oder nur sehr vermittelt zusammenhängen, im hiesigen Beispiel etwa der Zusammenbruch des bürokratischen Sozialismus und seine weltwirtschaftlichen Folgen, werden zu Fakten der Argumentation und lassen die bis dahin etablierten Machtstrukturen des sozialstaatlichen Dispositivs erodieren. Neue Kraftlinien erzeugen Hegemonieeffekte, die Ausdruck eines dichten Gewebes von sich dadurch neu austarierenden diskursiven Kräfteverhältnissen sind und die im skizzierten Beispiel den Standpunkt von (a) mit normativ relevanter Stärke ausstatten.

Die durchgreifende Ökonomie der Diskursivität in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit zeigt sich vornehmlich mikrophysisch. Aus der Haltung, die (a) gegenüber (b) einnimmt, läßt sich ersehen, wie Machtverhältnisse Diskurse generieren. Jedoch kann (a) seine Position gegenüber (b) auch nicht zweifelsfrei durchsetzen. Da (b) als Opponent seinen sozialen Geltungsanspruch argumentativ immer wieder plausibel zu machen trachtet, muß (a) ihm mit Argumenten begegnen. Die günstige historische Situation und der Rückenwind von Machtverhältnissen können nur für eine gewisse Zeit die Gewähr dafür übernehmen, daß illegitime (= unbegründbare) normative Ansprüche gültig bleiben. Genau das erweist sich als Antrieb für (b), sich überhaupt argumentativ an der Position von (a) abzarbeiten. Und letztlich hofft auch (a), die besseren Argumente (und nicht nur Kraftverhältnisse) auf sich vereinigen zu können. Das Prinzip der Publizität treibt die Streitenden permanent über jeweils bestehende Situationen hinaus. Es muß konstitutiv bleiben, solange Mißverständnis, Strategie und der falsche Dissens des nicht Explizierten existieren. Der Modus der Verständigung als primäre Sprachfunktion bestimmt die Diskursivität des öffentlichen Raumes noch dort, wo Verständigung faktisch am wenigsten erzielt wird.

Die Verbindung der Geltungsansprüche Wahrheit und Richtigkeit mit den Achsen des Wissens und der Macht erklärt Strukturbedingungen öffentlicher Kommunikation. Im massenmedialen Diskursgewitter einer vielschichtigen und kleinteilig ausdifferenzierten Öffentlichkeit sind es Wissensordnungen und Machtverhältnisse, welche mit der diskursiven Prüfung von Geltungsansprüchen in Wechselwirkungen treten. Blicke man bei diesem Befund stehen, liefe man Gefahr, den Faktor des Individuellen als treibende normative Kraft auch in komplexen gesellschaftlichen Zusammenhängen zu vernachlässigen. Bei dem Eingebettetsein kommunikativen Handelns in Diskursordnungen und Machtverhältnisse müssen Spielräume der individuellen Gestaltung im Auge behalten werden. Die Eigenständigkeit des Individuellen und die daraus resultierenden Gestaltungsmöglichkeiten für Selbstverhältnisse lassen diese Spielräume in öffentlichen Diskursen entstehen.

*c. Achse des Subjekts – Geltungsanspruch auf Wahrhaftigkeit*

Es wurde gezeigt, daß Teilnehmerinnen und Teilnehmern der öffentliche Diskurs als eine emergente Materialität begegnet, in welche die Machtverhältnisse eines sozialen Dispositivs eingeschrieben sind. Die normative Unterstellung, daß in der Öffentlichkeit eine diskursive Prüfung von Geltungsansprüchen möglich ist, wird begleitet von den Wirkungen einer 'nicht-logischen' Struktur aus Wissensordnungen und Machtverhältnissen.

Eine Beschreibung der diskursiven Beschaffenheit des öffentlichen Raums muß jedoch solange unvollständig bleiben, wie man nicht den für sprachliche Interaktion konstitutiven dritten Weltbezug des Subjektiven einbezieht. Untersuchungen über Öffentlichkeit gleich welchen Typs berücksichtigen kaum je diese Perspektive. Das liegt wohl daran, daß hier zunächst wenig generalisierbare Aussagen möglich sind. So gerät die Öffentlichkeit im allgemeinen zu einer entvölkerten Welt, in der man, wie zum Beispiel bei den Rekonstruktionen von Habermas, lediglich 'zurechnungsfähigen Individuen' begegnet, denen verfassungsförmig verbürgte kommunikative Teilhaberechte zukommen. Soziologisch oder demokratietheoretisch motivierte Studien beschäftigen sich heute, wenn sie nicht ohnehin funktionalistisch angelegt sind, mit den Bedingungen und Strukturen, unter denen öffentliche Kommunikation stattfindet. Diese Perspektive schließt die Frage, was die Individuen mit den vorgefundenen Strukturen machen, nicht ein. In einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft mit individualisierten Möglichkeiten der Lebensführung muß man diese Vielfalt des Individuellen auf der Ebene öffentlicher Diskurse jedoch besonders berücksichtigen.

In dem Maße, in dem sich Lebensentwürfe gesellschaftsweit pluralisieren, wird der Foucaultsche Begriff der Lebensweise bedeutsam. Foucault hat am Ende seines Lebens Grundzüge einer Ästhetik der Existenz herausgearbeitet, in welcher das Individuelle der Stoff für die Herausbildung einer je besonderen, an ästhetischen Kriterien der Wahrnehmung und ethischen Gesichtspunkten des guten Lebens ausgerichteten Lebensweise ist. Der Umstand, daß Lebensentwürfe sich in der posttraditionalen Gesellschaft tendenziell immer stärker voneinander unterscheiden, dient häufig einem skeptischen Werterelativismus, demzufolge es heute keine moralischen Gemeinsamkeiten mit universalem An-

spruch mehr geben könne. Aus der Sicht einer Ästhetik der Existenz ist ein konsequenter Pluralismus individueller Lebensgestaltung überhaupt erst die Voraussetzung dafür, daß das Individuum sich von metaphysischen Restbeständen traditionaler substantieller Ordnung zu lösen vermag. Ein zunächst selbstbezogener Egoismus muß konsequent zu Ende gedacht werden, was bedeutet, die unausweichliche Reziprozität von Lebensentwürfen zu erkennen.<sup>16</sup>

Für Sprecherinnen und Sprecher bedeutet die Teilnahme an öffentlichen Diskursen, mit den auf moralische und ethische Überzeugungen zurückgehenden Lebensweisen anderer konfrontiert zu werden. Immer schon unterstellt man dabei die Verschiedenheit von Subjektkonstitutionen, und alles Äußern und Diskutieren ist ein Abtasten anderer Positionen. Die diskursive Positionalität des Anderen ist jedoch nicht frei flottierend, sondern mit dem normativen Geltungsanspruch Wahrhaftigkeit verbunden. Diese subjektive Geltungsebene, die nur in der außerdiskursiven Sphäre des Handelns geprüft werden kann, übernimmt gewissermaßen die normative Gewähr dafür, daß individuelle Lebensentwürfe als authentisch akzeptiert und diskursiv ernstgenommen werden. Die Wahlversprechen der Politik, die Debattenbeiträge in Büchern und Periodika etc. sind an dieses Gemisch von individuellen Einstellungspräferenzen und der Erhebung von Wahrhaftigkeitsansprüchen gebunden. Freilich ist diese subjektive Dimension der Öffentlichkeit stark überlagert von organisatorischen und institutionellen Arrangements, in denen weniger individuelle Präferenzen als Strukturzwänge Verhalten erzeugen. Die zynische und pragmatische Aushöhlung normativer Vereinbarungen (Entpolitisierung der Politik, Steuerzahlungs- und Wahlmüdigkeit...) zeigt jedoch *ex negativo*, welche Bedeutung dem subjektiven Weltbezug in Zusammenhängen öffentlicher Diskurse zukommt. Offenbar ist es in letzter Instanz die innere Einstellung von Individuen, welche die Tragfähigkeit von institutionellen Vereinbarungen ausmacht. Der dritte Schritt der Verschränkung sieht eine Verbindung der Foucaultschen Achse der Subjektkonstitution mit dem Geltungsanspruch Wahrhaftigkeit vor.

Mit jedem Beitrag erheben Sprecherinnen und Sprecher den Geltungsanspruch auf Wahrhaftigkeit. Sie behaupten, daß ihre Aussage mit der nur ihnen zugänglichen Welt der Wünsche, Absichten und Empfindungen in Einklang steht. Die manifeste Sprecherintention sei so gemeint, wie sie geäußert wurde. Ein Rezipient kann auch diesen Geltungsanspruch zurückweisen und Wahrhaftigkeit bestreiten. Für sein Mißtrauen kann er jedoch keine Gründe angeben oder wenn doch, dann nur in dem schwachen Sinn allgemeiner Zurückhaltung gegenüber dem Anderen oder historischer Verweise auf frühere Verfehlungen. Andererseits kann auch der Geltungsanspruch nicht diskursiv, sondern nur durch die Integrität von Handlungen untermauert werden.

---

<sup>16</sup> Wilhelm Schmid hat, wie im ersten Teil bereits erwähnt, die Foucaultschen Intuitionen aufgenommen und in eine umfassende Philosophie der Lebenskunst integriert. Diese Lebensphilosophie zeigt nicht nur Wege zu einem nicht dem Zufall überlassenen individuellen Gelingen der Lebensführung auf, sondern auch, daß es für uns, die wir nicht mehr fraglos auf Traditionen rekurrieren können, keine andere Möglichkeit als den bewußten Weg einer Wahl der eigenen Lebensführung gibt. Solche Wahl ist aber nur denkbar in einem intersubjektiven Zusammenhang anderer Wählender. Die egoistische Perspektive, die das erste Thema jeder Reflektion auf eine Lebensweise ist, stößt zwangsläufig auf das Thema der Intersubjektivität. Vgl. Wilhelm Schmid. Philosophie der Lebenskunst. A. a. O.

Die nicht-diskursive Prüfung des Anspruchs auf Wahrhaftigkeit besteht jedoch nicht einfach in einem formalen Abgleich zwischen Äußerungen und den darauf folgenden Handlungen oder Verhaltensweisen. Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß die Art und Weise des Handelns, die Weise der Selbstsituierung des Handelnden in den Kontext einer Sprachgemeinschaft eine zentrale Rolle für seine Integrität spielt. Eine Lebensweise als allgemein sichtbarer Modus, wie man sich zu sich selbst und zu anderen in Beziehung setzt, ist dasjenige Element, welches erst Wahrhaftigkeit begründet. Die komplexe und in ästhetischen und ethischen Begriffen zu behandelnde Kategorie der 'Lebensweise' ist für die Einlösung des Geltungsanspruchs Wahrhaftigkeit ebenso konstitutiv wie das formale Kriterium der Integrität von Handlungen.

Aus der Foucaultschen Perspektive zeigt sich die Situation so, daß Sprecherinnen und Sprecher in Lebensweisen eingebunden sind, welche ihr Reden und Verhalten zu anderen Individuen bestimmen. Für jedes Individuum läßt sich behaupten, daß es sich in irgendeiner Weise ethisch und ästhetisch zu seiner Umwelt in Beziehung setzen muß. Die jeweilige Lebensgeschichte ist konstitutiv für ein Selbstbewußtsein, das in diskursiven Auseinandersetzungen Wahrhaftigkeit für sich beansprucht. Eine bestimmte Lebensweise ist der Kanal, durch den Individuen ihre nur ihnen selbst zugängliche subjektive Welt der Wünsche, Absichten und Neigungen in diskursive Zusammenhänge transportieren. Lebensweisen können aber nicht monadisch gedacht werden, sondern sind immer nur in einem sozialen Zusammenhang denkbar. Die Sozialität von Lebensweisen sorgt dafür, daß ihre Ausgestaltung nicht bloß den Wünschen und Neigungen des Individuums anheimgestellt ist, sondern mit dem Anspruch auf Wahrhaftigkeit zusammengedacht werden muß. Die Integrität von Handlungen und Verhaltensweisen innerhalb eines sozialen Horizonts von anderen Individuen ist ein Erfordernis, welches eine Lebensweise normativ an Gesellschaftlichkeit rückkoppelt.

Die Zusammenziehung der beiden Prozesse einer handlungsbezogenen Prüfung des Geltungsanspruchs Wahrhaftigkeit und der ethisch-ästhetischen Selbstsituierung in einer Lebensweise ergibt einen Kreislauf der Subjektkonstitution. In diesem Kreislauf kommt es zu steten Interferenzen von Lebensweisen und der Integrität von Handlungen und Verhaltensweisen. Ein Geltungsanspruch  $z$  kann durch entsprechendes Verhalten oder Handeln untermauert werden. Dabei ist aber nicht nur die formale Übereinstimmung von Ankündigung und Verhalten entscheidend, sondern die Einbindung des Redners in ethisch-ästhetische Kategorien eines Selbstverhältnisses, das von anderen Individuen als Lebensweise wahrgenommen wird. Argumentativ erzeugte und rational nachvollziehbare Diskursresultate verdanken ihre Tragfähigkeit einer Ebene der Subjektivität, auf der sich die Plausibilität von Wahrhaftigkeitsansprüchen mit den ethisch-ästhetischen Merkmalen von Lebensweisen überschneiden.<sup>17</sup>

---

<sup>17</sup> Mit dieser These sind relativ hohe Beweislasten verbunden, weil man genau zeigen müßte, wie die Individuen einer Sprachgemeinschaft sich bei der Zuschreibung von Wahrhaftigkeit auf das Strukturelement authentischer Lebensweisen beziehen. Im Rahmen dieser Arbeit soll vorerst nur verdeutlicht werden, daß der subjektive Weltbezug für öffentliche Diskurse konstitutiv ist.

Eine Analyse mit dem beschriebenen diskursiven Kreislauf zeigt, wie sich in öffentlichen Diskursen individuelle Lebenskonzepte mit dem Geltungsanspruch Wahrhaftigkeit verbinden. Die Ästhetik der Existenz wird dabei in gleichem Maß wie die formal ermittelbare Integrität von Handlungen berücksichtigt. Zur Illustration des Kreislaufs soll das Beispiel eines ökonomischen Diskurses noch einmal aufgegriffen werden.

Opponent (b) konnte plausible Argumente dafür finden, daß die von Proponent (a) geäußerten Vorschläge zur Überwindung des strukturellen Problems der Massenarbeitslosigkeit einer diskursiven Überprüfung nicht standhalten. Zugleich begründete er mit seinen Alternativen – Umverteilung der Arbeitszeit und Einführung eines Ökosozialproduktes zur Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie – seinen Geltungsanspruch auf soziale Richtigkeit. Sprecher (a) wußte dagegen die Diskursordnung einer neoklassischen Ökonomie sowie ein Gefüge von Machtdispositionen hinter sich.

Schließlich begegnen sich (a) und (b) auf der Ebene der dritten Welterpektive des Subjektiven. Sie sind als Individuen in eine Lebenswelt verstrickt, die von Wahrhaftigkeitsansprüchen und Lebensweisen nicht gelöst gedacht werden kann. Sofern der öffentliche Diskurs als eine Formation von individuellen Einstellungen und Äußerungen aufgefaßt werden kann, stellt sich die Frage nach der Konstitutionsweise des Subjektiven. Aus der Analyse der Wissensproduktion und der Normativitätsverhältnisse ergab sich bereits, daß man die sprechenden Individuen nicht umstandslos als souveräne Erkenntnis- und Handlungssubjekte in einem transzendentalen Sinn begreifen kann. Aus den Argumentationen von (a) und (b) läßt sich ersehen, wie die Struktur des diskursiven Geflechts der Öffentlichkeit ein Konstituens individueller Rede sein kann. Die konkrete Weise der Subjektivierung in Diskursen ist ein kontingentes Resultat des Einflusses von Wissensanordnungen und Normativitätsverhältnissen, welche auch die ethisch-ästhetischen Merkmale von Selbstverhältnissen beeinflussen.

Die prinzipiell anonymen diskursiven Formationen der Öffentlichkeit überformen die individuelle Rede in einer Weise, die sich letztlich habituell niederschlägt. Der Umstand, daß (a) sich mit einer etablierten Wissensformation und etablierten Machtverhältnissen in Einklang weiß, bestimmt wesentlich seine Einstellung als Teilnehmer eines Diskurses. Er vermag sich von (b) deshalb nicht überzeugen zu lassen, weil er sich letztlich habituell daran gehindert sieht. Um dieser Spur noch eine Weile zu folgen, sei noch einmal zur Perspektive von Sprecher (b) gewechselt. Dieser hatte sich mit seiner ökonomischen Außenseiterposition gegen herrschende Diskursordnungen und Machtdispositive gewendet – freilich nicht ohne seinerseits in andere Ordnungen und Dispositive eingebunden zu sein. Opponent (b) verkörpert darüber hinaus aber auch die Möglichkeiten des Individuums, sich von dominanten Diskursformationen der Öffentlichkeit zu lösen. Eine Präfigurierung subjektiver Einstellungen durch vorgängige Dispositive der Öffentlichkeit besteht zwar insofern, als sie Wahrheits- und Normativitätsverhältnisse unumgebar durchformen. Andererseits ist dieser Zusammenhang aber nicht deterministisch, weil es aus der Perspektive von Individuen stets möglich bleibt, sich zu herrschenden Diskursdispositionen alterierend zu verhalten.

Sprecher (b) besitzt die Möglichkeit, sich selber im Rahmen einer Lebensweise zu konstituieren. Die Selbstpositionierung in einem Diskurs der vielen ist die praktische Aufgabe einer Lebensweise in posttraditionalen Verhältnissen. In dieser zwar 'bescheidenen', aber wirkungsmächtigen Form können sich die Implikationen, die mit ethisch und ästhetisch motivierten Existenzentwürfen verbunden sind, auf die zunächst unüberwindlich scheinenden Diskursordnungen und Machtdispositive auswirken.

Zusammenfassend läßt sich für (a) wie für (b) die Annahme formulieren, daß es die jeweilige Ausgestaltung ihrer Lebensweise ist, die in Form einer kaum entzifferbaren Mischung aus Rationalitäten und einem habituell verfestigten Gewebe individueller Erfahrungen die Wahrhaftigkeitsebene ihres Diskurses affiziert. Die Ausprägung der Individualität erweist sich damit neben den überindividuellen Wissensstrukturen und Machtdispositionen als drittes konstitutives Merkmal für Debatten im öffentlichen Raum.

Die Verbindung der Foucaultschen Achsen mit dem System der Geltungsansprüche hat zu einem Zwischenresultat geführt. Sie hat gezeigt, daß man die Wissenserzeugung im öffentlichen Raum als Mischung der diskursiven Überprüfung des Geltungsanspruchs Wahrheit mit je vorhandenen Diskursordnungen untersuchen kann. Sie hat den Weg gewiesen, wie man die Normativitätsverhältnisse, die sich öffentlich zeigen, als Resultat einer Vermengung der diskursiven Überprüfung des Geltungsanspruchs Richtigkeit mit durchgreifenden Machtdispositiven beschreiben kann. Und sie hat schließlich ein Konzept skizziert, mit dem man die Ebene der Subjektkonstitution als Verbindung der Ausgestaltung von Lebensweisen mit dem Geltungsanspruch Wahrhaftigkeit betrachten kann.

Bevor die Elemente der Verschränkung in einen entsprechenden Begriff der Öffentlichkeit einmünden können, bedarf es eines Ausblicks auf die gesellschaftstheoretische Situierung dieser Konstruktion. Die Chiffre 'Anerkennung' soll dabei in eine zentrale Position gerückt werden. Mit Hilfe eines formalen Konzepts der Sittlichkeit gelangt man zu einer normativen Perspektive, um die Öffentlichkeit als eine die Gesellschaft umspannende Kommunikationsstruktur beschreiben zu können.

## **2. Theorie der Anerkennung als gesellschaftstheoretischer Hintergrund für Kritik**

Einer kritischen Gesellschaftstheorie kann heute nicht mehr die Aufgabe zufallen, geschichtsphilosophische Entwürfe zu entwickeln. Die Vorstellung einer auf ein Telos gerichteten geschichtlichen Entwicklungslogik menschlicher Gesellschaft ist heute unplausibel und zudem durch die sozialpolitischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts gründlich desavouiert. Bekanntlich hat diese Situation vielerorts dazu veranlaßt, die Kritik als solche für obsolet zu erklären. Dabei sind wichtige Unterscheidungen stillschweigend unter den Tisch gefallen. Zwar ist es richtig, daß jede politische Theorie, die den Versuch unternimmt, einen konkreten Gesellschaftsentwurf auszubuchstabieren, an dem die Gegenwart

sich zu orientieren habe, unweigerlich totalitäre Elemente haben muß. Das bedeutet aber nicht, daß es keine Kriterien für die Beurteilung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse geben kann.

Eine normative Kritik der Gesellschaft kann sich nämlich auf diejenigen moralischen Erfahrungsgelände beziehen, welche in der gegenwärtigen Situation bereits vorhanden sind und über sie hinausweisen.<sup>18</sup> Wenn dem Habermasschen Diktum vom unvollendeten Projekt der Moderne eine Wahrheit zukommt, dann liegt sie darin, daß sich in der Moderne allgemeine Grundvorstellungen über die Bedingungen menschlichen Lebens und Zusammenlebens herausgebildet haben, die solange als Triebfeder der Problematisierung wirken müssen, wie sie nicht auch empirisch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit verallgemeinert sind. Kann man auch begrifflich dieses Thema mit endloser Akribie zerlegen, ausdifferenzieren und bis zur Unkenntlichkeit verfeinern, so bleibt doch in sozialer Hinsicht alles beim alten. Offensichtlich *gibt* es illegitime starke soziale Disparitäten und existentielle Zerstörungen der natürlichen Lebensgrundlagen, also unharmonische Verhältnisse des Menschen zu seiner sozialen und natürlichen Umwelt. Solange nicht allen Individuen Bedingungen zuerkannt werden, unter denen sie ihr Leben friedlich und in Freiheit selber ausgestalten können, werden die normativen Vorgaben, die die moderne Welt selber hervorgebracht und welche fester Bestandteil dieser Welt geworden sind, immer wieder Thema sozialer Auseinandersetzungen sein. Das heißt nicht, daß es einen Zustand der vollständigen Erfüllung moderner Postulate jemals auch nur näherungsweise geben muß. Damit ist lediglich gesagt, daß die moderne Situation normativ über sich selbst hinausweist – und dies unumgänglich in emanzipatorischer Hinsicht.

Denn erstens sind die vormodernen Traditionsbestände hierarchischer Gesellschaften unwiederbringlich zerfallen. Und zweitens gibt es keinerlei verbindliche metaphysische Weltgewißheit mehr. Drittens verbleibt in dieser Situation der Kontingenz einzig das Medium der Sprache, um den Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion zu gestalten. Aus diesen nüchternen Grundtatsachen folgt unweigerlich ein Sollen, unabhängig davon, wie tatsächlich gehandelt wird. Hierarchien und Abhängigkeitsverhältnisse sind zwar nach wie vor manifest, aber sie lassen sich heute nicht mehr allgemeingültig begründen. Sie sind unweigerlich illegitim. Das Postulat der Freiheit hat absolute Bedeutung, insofern hierarchisch motivierte vertikale Beschränkungen nicht legitimierbar sind. Es ist kein Zufall, daß überall dort, wo Hierarchien gefährdet sind, zunächst versucht wird, den Diskurs zu unterbinden oder – wie im komplexen Diskursgeflecht westlicher Gesellschaften – Legitimationsfragen über strategische Interventionen zu verschleiern oder unklar zu machen. Mit dem Problem der Freiheit tritt das Problem der Gesellschaft auf den Plan. Denn relativ muß die menschliche Freiheit insofern bleiben, als sie durch die Anwesenheit anderer Freiheitssubjekte horizontale Beschränkungen erfährt. Die Problematik des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft, die damit berührt ist, führt komplexe philosophische und wahrscheinlich immer offene Diskussionen mit sich, die hier nicht weiter verfolgt

---

<sup>18</sup> Vgl. dazu Axel Honneth. Die soziale Dynamik von Mißachtung. Zur Ortsbestimmung kritischer Gesellschaftstheorie. In: Leviathan, Nr. 1/1994, 78-93.

werden sollen. Im Zusammenhang dieser Untersuchung sind lediglich einige Umstände von Belang, die der Fundierung einer Kritik der Öffentlichkeit dienen.

Zur normativen Orientierung der Kritik muß eine Perspektive gefunden werden, in der erkennbar ist, wie man unter posttraditionalen Bedingungen die Freiheit der Individuen mit ihren jeweils ethisch motivierten Lebensvorstellungen mit der moralischen Sphäre einer nach Gerechtigkeitskriterien konstituierten Gesellschaft verbinden kann.<sup>19</sup> Denn diese Problematik der Balance moralischer und ethischer Gehalte macht im Kern das Thema öffentlicher Diskurse aus. Die materielle und symbolische Reproduktion ist deswegen prekär, weil man bislang keinen Weg zu einer tragfähigen und dauerhaften Balance gefunden hat. *Daß* moralische und ethische Prinzipien zusammengedacht werden müssen, ergibt sich aus ihrer Reziprozität. „Die verschiedenen Einstellungen, die zusammengenommen den moralischen Standpunkt ausmachen sollen, werden [...] mit Bezug auf einen Zustand eingeführt, der als wünschenswert gilt, weil er dem menschlichen Wohlergehen dient; insofern ist es [...] eine ethische Auffassung des Guten, woran sich Sinn und Umfang des moralisch Richtigen bemessen.“<sup>20</sup> Die Verbindung von moralischer und ethischer Perspektive kann dann als gelungen bezeichnet werden, wenn der kommunikative Mechanismus der Gemeinschaftsbildung selber universalistischen Normen unterliegt. Das zieht einen konsequenten Bezug auf Reflexivität nach sich. Nur über den Weg einer mittels sprachlicher Verständigung ablaufenden individuellen und kollektiven Selbstvergewisserung ist eine zwanglose Vergesellschaftung heute normativ noch denkbar.

Aus diesem nur um den Preis performativen Widerspruchs abweisbaren Umstand resultiert das Interesse, das hier der gesellschaftlichen Öffentlichkeit zuteil wird. Wenn man die normativen Postulate einer weitergehenden Demokratisierung und fortzusetzender Emanzipation heute noch ernst nimmt, muß aus der Perspektive von Teilnehmerinnen und Teilnehmern analysiert werden, wie sich der öffentliche Raum, welcher die Szene für eine reflexive Auseinandersetzung mit den Problemen der Vermittlung von Individuum und Gesellschaft bildet, als Kommunikationssphäre präsentiert. Dazu wurde vorbereitend bereits einiges gesagt. Eine adäquate Beschreibung öffentlicher Diskurse muß dort ansetzen, wo bereits in den Voraussetzungen sprachlicher Interaktion strukturelle Elemente vorhanden sind, die auf der Ebene theoretischer und praktischer Diskurse gesellschaftlich wirkungsmächtig sind und normativ relevant kommunikatives Handeln begleiten. Obschon diese Strukturelemente aus der Perspektive von Teilnehmerinnen und Teilnehmern implizit schon *als solche* gewußt werden, sind sie in ihrer Wirkung eher sublim und häufig im Diskurs selber nur schwer thematisierbar. Indem man bei der kritischen Rekonstruktion diskursiver Objektivationen im öffentlichen Raum Vermischungen kommunikativen Handelns mit strukturellen Präfigurationen berücksichtigt, mag es gelingen, Strategien der Verschleierung sachlicher Aufklärung und normativer Zusammenhänge aufzuzeigen. Das scheint nötig, weil die diskursiven Verzerrungen in der Gegenwart moderner Gesellschaften typischerweise nicht oppressiven Charakters sind. In einer Art Ideologisierung ohne Ideologie hat sich das

---

<sup>19</sup> Vgl. zum folgenden: Axel Honneth, Posttraditionale Gemeinschaften. Ein konzeptueller Vorschlag. In: Micha Brumlik, Hauke Brunkhorst (Hrsg.), *Gemeinschaft und Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main 1993, 260-270.

<sup>20</sup> Ders. Anerkennung und moralische Verpflichtung. In: *Zeitschr. für philosophische Forschung*, Nr. 1/1997, 25-41; hier: 35.

Falsche in die Sprachlichkeit der Diskurse selber zurückgezogen und wirkt um so effektiver, als es sich im alltäglichen Disput der Thematisierung zu entziehen vermag. Wenn man heute noch eine Form der Ideologiekritik im Auge behalten will, muß sie sich auf jene Tiefenschichten des öffentlichen Diskurses konzentrieren, in denen gesellschaftliche Themen in scheinbar vernünftiger Weise so kanalisiert werden, daß Emanzipation und Demokratisierung zum Stillstand kommen.

Was der Konstruktion bislang noch fehlt, ist ein geeigneter gesellschaftstheoretischer Maßstab, mit dem angegeben werden kann, woraufhin öffentliche Diskurse kritisiert werden können. Öffentlichkeit als einem Konstituens demokratischer Gesellschaft muß ein Platz in einem normativen Entwurf eingeräumt werden, der die Utopie einer Verwirklichung der normativen Postulate der Moderne in sich aufnimmt. Die gesellschaftliche Öffentlichkeit soll als eine 'soziale Realität' beschrieben werden, in der „ein Moment innerweltlicher Transzendenz sichtbar wird“.<sup>21</sup> Im täglichen Kleinklein öffentlicher Diskurse und durch die organisatorischen und institutionellen Staffelungen hindurch werden die normativ relevanten Modalitäten verhandelt, unter denen sich die materielle und symbolische Reproduktion der Gesellschaft vollzieht.

Mit Hilfe der *Theorie des kommunikativen Handelns* und dem daraus resultierenden Begriff der Öffentlichkeit kann in diesem Zusammenhang gezeigt werden, „daß das gefährdete Potential des Menschen seine Fähigkeit zur kommunikativen Verständigung ist“.<sup>22</sup> Die Ergänzung dieser Analyse durch die strukturellen Präfigurationen öffentlicher Kommunikation führt zu einem Begriff der Öffentlichkeit, der die Verzerrungen und 'schiefen Verläufe' öffentlicher Diskurse ohne reduktionistische Kurzschlüsse (Interessen, Einfluß, Geld, Kulturindustrie...) einer Phänomenbeschreibung zugänglich macht. Um diese Beschreibung adäquat als kritischen Beitrag verstehen zu können, bedarf es eines Rahmens, welcher der Öffentlichkeit ihre normative Funktion zuweist und zugleich die empirischen Gegebenheiten, die mit Hilfe der vorgeschlagenen Verschränkung beschrieben werden können, in den Horizont einer Kritik zu rücken vermag.

Einen in dieser Hinsicht angemessenen gesellschaftstheoretischen Entwurf stellt, wie bereits angedeutet, das formale Konzept der Sittlichkeit dar, welches Axel Honneth im Rahmen einer Theorie der Anerkennung vorgestellt hat.<sup>23</sup> Die Implikationen, die aus dem Foucaultschen und Habermasschen Werk in den Begriff der Öffentlichkeit eingeflossen sind, bekommen auf diesem Weg eine gesellschaftstheoretische Grundlage. Die Diskurse der Öffentlichkeit, in denen durch Diskursordnungen, Machtverhältnisse und Subjektkonstitutionen hindurch kommunikatives Handeln stattfindet und welche die Art und Weise der symbolischen und materiellen Reproduktion der Gesellschaft unter modernen Bedingungen bestimmen, sollen am fiktiven Entwurf einer Gesellschaft gemessen werden, in der über die Ausbalancierung der Anerkennungsverhältnisse die Dimensionen der Gerechtigkeit und der Freiheit zwanglos in einem befriedeten Verhältnis zueinander stehen.

---

<sup>21</sup> Ders. Die soziale Dynamik von Mißachtung. A. a. O., 81.

<sup>22</sup> Ebd., 83.

<sup>23</sup> Ders. Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt am Main 1992.

Der Begriff der Anerkennung verweist zunächst darauf, daß in jedem sozialen Zusammenhang Individuen existentiell auf wechselseitige Akzeptanz ihrer Person angewiesen sind. Bereits diese einfache und alltagsbekannte Bedeutung von Anerkennung zeigt den sozialontologischen Rang dieses intersubjektiven Moments aller Sozialbeziehungen an. Die Vermutung, daß Anerkennung eine für einen normativen Begriff von Öffentlichkeit zentrale Kategorie darstellt, gilt es näher zu prüfen. Honneths Theorie verfolgt den systematischen Anspruch „einer kritischen Gesellschaftstheorie [...], in der Prozesse des gesellschaftlichen Wandels mit Bezugnahme auf die normativen Ansprüche erklärt werden sollen, die in der Beziehung der wechselseitigen Anerkennung strukturell angelegt sind“.<sup>24</sup> Aus diesem Anspruch wird ein „anererkennungstheoretisches Konzept der Sittlichkeit“<sup>25</sup> entwickelt, welches einer Beschreibung der „moralische[n] Logik sozialer Konflikte“<sup>26</sup> dienen soll. Als Grundlage für dieses Konzept verwendet Honneth die mit Hilfe der Sozialpsychologie George Herbert Meads metaphysisch bereinigte Anerkennungstheorie des frühen Hegel. Dieser geht in Abgrenzung von den Robinsonaden des neuzeitlichen Naturrechts Hobbesscher und Machiavellischer Provenienz von der Annahme aus, daß der Kampf der Individuen um wechselseitige soziale Anerkennung konstitutiv für gesellschaftliche Integration und Entwicklung ist. Hegel schwebt dabei von Anfang an ein In-Eins-Denken von Individuierung und Vergesellschaftung vor. Seine Aufgabe sieht er in der Lösung der Frage, wie „die kategorialen Mittel beschaffen sein [müssen], mit deren Hilfe sich die Herausbildung einer Organisation von Gesellschaft philosophisch erklären läßt, die in der solidarischen Anerkennung der individuellen Freiheit aller Bürger ihren sittlichen Zusammenhang fände“.<sup>27</sup>

Die Bearbeitung dieser Frage führt Hegel zu einem dreistufigen Konzept der Anerkennung. Auf der Ebene privater Beziehungen ist es die Anerkennungsform der ‚Liebe‘, die die Individuen überhaupt zu einer selbstbewußten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben befähigt. Auf der Ebene der bürgerlichen Gesellschaft ist es die Anerkennungsform des Rechts, welche die Individuen zu gleichberechtigten Trägern verbürgter Rechte macht. Schließlich ist es auf der Ebene des Staates die Anerkennungsform der Solidarität, welche die Staatsbürger in ihren konkreten Eigenschaften zu Mitgliedern eines sozialen Verbandes macht. Dieses Konzept bleibt aber in Hegels Gesamtwerk marginal. Zudem ist es bereits von den metaphysischen Prämissen einer Philosophie des Geistes ‚belastet‘.<sup>28</sup>

Erst die Sozialpsychologie Meads konkretisiert das Hegelsche Konzept, indem sie mit Hilfe der Unterscheidung von ‚I‘ und ‚Me‘ zeigt, wie Individuierung nur wechselseitig mit Vergesellschaftung und im Medium der Anerkennung gedacht werden kann.<sup>29</sup> Honneth kann nun sein Konzept der Anerkennung aus dem Hegel und Mead gemeinsamen gesellschaftstheoretischen Grundsatz gewinnen: „die Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens vollzieht sich unter dem Imperativ einer reziproken Aner-

---

<sup>24</sup> Ebd., 8.

<sup>25</sup> Ebd., 9.

<sup>26</sup> Ebd., 8.

<sup>27</sup> Ebd., 25.

<sup>28</sup> Vgl. ebd., 107ff.

<sup>29</sup> Vgl. ebd., 114ff.; vgl. dazu auch: Jürgen Habermas. Individuierung durch Vergesellschaftung. Zu George Herbert Meads Theorie der Subjektivität. In: ders. Nachmetaphysisches Denken. Frankfurt am Main 1992, 187-241.

kennung, weil die Subjekte zu einem praktischen Selbstverhältnis nur gelangen können, wenn sie sich aus der normativen Perspektive ihrer Interaktionspartner als deren soziale Adressaten zu begreifen lernen.<sup>30</sup> Der erwähnte Imperativ wirkt als ein normativer Zwang, der die Individuen dazu nötigt, sich über die Legitimität ihrer Anerkennungsansprüche kommunikativ miteinander ins Benehmen zu setzen. Ob das, wie Honneth sagt, praktisch zu einer „normativ gerichtete[n] Veränderung von Gesellschaften“<sup>31</sup> führen muß (was ja einer schwachen geschichtsphilosophischen Intention gleichkäme), kann vorerst dahingestellt bleiben. Klar wird, daß soziale Kämpfe durch das Konzept der Anerkennung in ihrer strukturgebenden Kraft für die gesellschaftliche Entwicklung beschrieben werden müssen.

Wie Hegel, Mead und andere sozialphilosophische Konzeptionen (Max Scheler, Helmuth Plessner) gelangt auch Honneth zu einem dreistufigen Konzept der Anerkennung, da es unmittelbar einleuchtet, „Formen der sozialen Integration danach zu unterscheiden, ob sie auf dem Weg emotionaler Bindungen, der Zuerkennung von Rechten oder der gemeinsamen Orientierung an Werten“<sup>32</sup> zustande kommen.

Das Anerkennungsverhältnis der *'Liebe'*<sup>33</sup> geht den anderen Formen der Anerkennung voraus, da hier die psychischen Voraussetzungen für alle Sozialbeziehungen geschaffen werden. Die Liebe als ein „Seinselftsein in einem Fremden“<sup>34</sup> schafft die Grundlagen des Selbstvertrauens. Das *Rechtsverhältnis* bildet die zweite Stufe wechselseitiger Anerkennung.<sup>35</sup> Daß ein Individuum als Träger von Rechten gilt, ist Anzeichen dafür, daß es „als Mitglied eines Gemeinwesens gesellschaftlich anerkannt ist“.<sup>36</sup> Mit der Erfahrung rechtlicher Anerkennung vermag sich ein Individuum „als eine Person zu betrachten [...], die mit allen anderen Mitgliedern seines Gemeinwesens die Eigenschaften teilt, die zur Teilnahme an einer diskursiven Willensbildung befähigen“.<sup>37</sup> Durch das Anerkennungsverhältnis Recht erlangen die Individuen die zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben nötige Selbstachtung. Die dritte Stufe wechselseitiger Anerkennung ist die der *'sozialen Wertschätzung'*.<sup>38</sup> Das ist die Sphäre, in der sich die Individuen in ihren konkreten Eigenschaften wechselseitig anerkennen können. Dabei gibt ein je intersubjektiv geteiltes kulturelles Vorverständnis einen Orientierungsrahmen für den Grad der sozialen Wertschätzung. In historischer Auseinandersetzung verändern sich die Verhältnisse sozialer Wertschätzung stetig. Sie zeigen sich dabei vor allem am Zustand der ökonomischen Verhältnisse einer Gesellschaft und lassen sich positiv im Begriff der *'Solidarität'*<sup>39</sup> beschreiben. Durch das

---

<sup>30</sup> Axel Honneth. Kampf um Anerkennung. A. a. O., 148.

<sup>31</sup> Ebd., 149.

<sup>32</sup> Ebd., 152.

<sup>33</sup> Unter „Liebesverhältnissen sollen hier alle Primärbeziehungen verstanden werden, soweit sie nach dem Muster von erotischen Zweierbeziehungen, Freundschaften und Eltern-Kind-Beziehungen aus starken Gefühlsbindungen zwischen wenigen Personen bestehen“ (Ebd., 153.).

<sup>34</sup> Hegel zit. bei Honneth, ebd., 154.

<sup>35</sup> Vgl. ebd., 174ff.

<sup>36</sup> Ebd., 176.

<sup>37</sup> Ebd., 195.

<sup>38</sup> Vgl. ebd., 196ff.

<sup>39</sup> Unter „Solidarität“ läßt sich [...] eine Art von Interaktionsverhältnis verstehen, in dem die Subjekte wechselseitig an ihren unterschiedlichen Lebenswegen Anteil nehmen, weil sie sich untereinander auf symmetrische Weise wertschätzen“ (Ebd., 208.).

Anerkennungsverhältnis der sozialen Wertschätzung erlangen die Individuen die zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben notwendige 'Selbstschätzung'.<sup>40</sup>

Über den Weg der Beschreibung der den jeweiligen Anerkennungsstufen entsprechenden Mißachtungsformen (*Liebe*: Mißhandlung; *Recht*: Entrechtung, Ausschließung; *Solidarität*: Entwürdigung, Beleidigung) gelangt Honneth zu dem Schluß, daß es die mit der Mißachtung verbundenen Gefühlsreaktionen (Scham, Gekränktsein) sind, die die betroffenen Individuen zu einem sozialen Kampf um Anerkennung führen können. Denn die negative Gefühlsreaktion, „die mit der Erfahrung einer Mißachtung von Anerkennungsansprüchen einhergeht, enthält in sich wieder die Möglichkeit, daß sich dem betroffenen Subjekt das ihm zugefügte Unrecht kognitiv erschließt und zum Motiv des politischen Widerstands wird“.<sup>41</sup>

Honneth hält nun die Mittel in der Hand, um hinter die lange Zeit üblichen utilitaristischen Verkürzungen einer Sozialphilosophie zurückzugehen, die soziale Kämpfe aus dem Horizont von Interessen zu erklären sucht.<sup>42</sup> Theorien, die 'Interessen' als Antriebskräfte für soziale Kämpfe *die* zentrale Stellung zuweisen, verkennen den Umstand, daß die Artikulation von Interessen nichts Ursprüngliches darstellt. Vorgängig ist die Erfahrung der Mißachtung oder Verkennung von politischen oder sozialen Rechten. Eine vollständige Beschreibung von sozialen Kämpfen besteht in der Kombination utilitaristischer Aspekte mit der moralischen Grammatik dieser Kämpfe.

Honneths Überlegungen zur Anerkennungsproblematik münden in ein formales Konzept posttraditionaler Sittlichkeit.<sup>43</sup> Mit Sittlichkeit ist nunmehr „das Insgesamt an intersubjektiven Bedingungen gemeint, von denen sich nachweisen läßt, daß sie der individuellen Selbstverwirklichung als notwendige Voraussetzungen dienen“.<sup>44</sup> Damit verbinden sich die formalen Bestimmungen individueller Autonomie mit den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen für Selbstverwirklichung. In den drei Anerkennungsstufen der Liebe, des Rechts und der sozialen Wertschätzung (Solidarität) zeigen sich die normativen Kategorien, mit denen man den konkreten Zustand von Gesellschaften beschreiben kann, ohne sich in substantialistischen Fallstricken zu verfangen. „Einerseits sind die drei verschiedenen Anerkennungsmuster, die nunmehr als ebenso viele Voraussetzungen einer gelingenden Selbstverwirklichung gelten sollen, ihrer Bestimmung nach abstrakt oder formal genug, um nicht den Verdacht der Verkörperung bestimmter Lebensideale zu wecken; andererseits ist die Darlegung dieser drei Bedingungen unter inhaltlichen Gesichtspunkten auch wiederum reichhaltig genug, um mehr über die allgemeinen Strukturen eines gelingenden Lebens auszusagen, als in dem bloßen Hinweis auf individuelle Selbstbestimmung enthalten ist.“<sup>45</sup>

Mit den nunmehr gewonnenen Begriffen kann jetzt in einem Zusammenhang eine soziale Gemeinschaft in bezug auf Gerechtigkeit und in bezug auf die ethische Perspektive der Einzelnen daraufhin

---

<sup>40</sup> Vgl. ebd., 209.

<sup>41</sup> Ebd., 224.

<sup>42</sup> Vgl. ebd., 256ff.

<sup>43</sup> Vgl. ebd., 274ff.

<sup>44</sup> Ebd., 277.

<sup>45</sup> Ebd., 279.

befragt werden, welche Bedingungen sie zur Verfügung stellt, um private Autonomie und soziale Solidarität in Einklang miteinander zu bringen. Der Begriff der Anerkennung erweist sich somit als eine normative Basis, welche die Voraussetzungen für soziale Integration transparent macht.

Für den hier angezielten Begriff von Öffentlichkeit bietet das Konzept der Anerkennung eine geeignete gesellschaftstheoretische Grundlage. Ein normativer Öffentlichkeitsbegriff, dem die Dimension der Anerkennung inhärent ist, läßt sich mit Hilfe dieses Konzepts im Rahmen einer Kritik explizieren.

In der Anerkennungsstufe privater und intimer Beziehungen wird die Grundlage für das Selbstvertrauen der Individuen und damit für ihre selbstbewußte Teilnahme am öffentlichen Leben gebildet. Ausbalancierte Anerkennungsverhältnisse auf der Stufe 'Liebe' sorgen für das notwendige Selbstvertrauen zur Teilnahme am öffentlichen Leben. Mittelbar wirken sich auch auf dieser privaten Ebene die gesellschaftlich etablierten Dispositive aus. Unmittelbar erscheint es aber beinahe schicksalhaft, unter welchen lebensweltlichen Voraussetzungen das einzelne Individuum seinen Kampf um Anerkennung persönlicher Bedürfnisse und Präferenzen aufnehmen kann.

Bezüglich der Anerkennungsstufe der Rechtsverhältnisse finden in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit Diskurse über rechtliche Gleichheit statt. Öffentliche Forderungen nach rechtlicher Inklusion, die Individuen oder Gruppen aufgrund der Erfahrung von Ausschließung und Entrechtung erheben können, sind ein kommunikatives Handeln unter den Bedingungen struktureller diskursiver Präfigurationen. In dem Maße, wie in einem öffentlichen Diskurs vernunftlogisch rekonstruierbare rechtliche Inklusionsansprüche aufgrund der strukturellen Merkmale einer diskursiven Praxis zurückgewiesen werden, kann man von einer kritischen Blockade legitimer emanzipatorischer Ansprüche reden, weil die Wege zu der mit rechtlicher Inklusion verbundenen Selbstachtung der Betroffenen verstellt sind.

In der Anerkennungsstufe Solidarität schließlich finden in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit Diskurse über Gerechtigkeit bezüglich der Chancen zur Realisierung einer autonomen Existenz statt. Auch hier läßt sich mit Hilfe der Anerkennungskonzeption sehen, wie das Verhältnis von kommunikativem Handeln und diskursiven Präfigurationen interpretiert werden kann. Vor dem Hintergrund der Frage, inwiefern die konkreten sittlichen Verhältnisse kultureller und materieller Reproduktion die Chancen zur Realisierung eines selbstbestimmten Lebens gerecht oder ungerecht verteilen, lassen sich auch hier öffentliche Diskurse auf ihren emanzipatorischen Gehalt hin untersuchen. Durch die öffentliche Artikulation der Erfahrung von Entwürdigung oder Beleidigung kommt es zu Diskursen über die konkrete gesellschaftliche Stellung von Individuen. In dem Maße, wie legitime Ansprüche auf Anerkennung verallgemeinerbarer materieller oder kultureller Integrationsansprüche durch strukturelle Bedingungen einer diskursiven Praxis zurückgewiesen werden, kann man auch hier von einer kritischen Blockade emanzipatorischer Bewegung reden, weil die mit der sozialen Wertschätzung verbundene Selbstschätzung den Betroffenen verwehrt bleibt.

Aus der grammatischen Analyse des sozialen Kampfes um Anerkennung läßt sich ein tragfähiges begriffliches Fundament für den normativen Maßstab einer kritischen Gesellschaftstheorie ableiten.

Insofern die gesellschaftliche Öffentlichkeit die soziale Szene ist, auf welcher sich der Kampf um Anerkennung täglich abspielt beziehungsweise auf welcher sich der historische Stand solcher Kämpfe ablesen läßt, kommt ihr in einer kritischen Perspektive besondere Aufmerksamkeit zu. In der Öffentlichkeit werden Rechte reklamiert, bestritten und zuerkannt, hier werden Identitäten und kulturelle Ansprüche behauptet, anerkannt oder zurückgewiesen, und hier werden soziale Schieflagen festgestellt, zementiert oder behoben. Die diskursiven Verzerrungen, die sich in der Öffentlichkeit abbilden, können als solche nur erkannt werden, wenn sie als Dysbalancen der Anerkennung artikuliert und identifiziert werden. Ökonomische Interessen sind dabei nur *eine* Quelle für Schieflagen und Asymmetrien. Die Ursachen für den Zustand einer jeweiligen Öffentlichkeit liegen tiefer, nämlich im Stand der Anerkennungsverhältnisse verborgen.

### 3. Öffentlichkeit – Kommunikationsstruktur mit normativer Implikatur

Öffentlichkeit ist eine kontingente Diskursstruktur, die sich im normativen Rahmen von Verständigungsprozessen abzeichnet. Diese Struktur hat zunächst eine institutionelle Seite, welche auf vielfältige Weise beschrieben worden ist.<sup>46</sup> Es gibt politische, kulturelle, wirtschaftliche, wissenschaftliche und andere Öffentlichkeiten, welche jeweils eigenen Mechanismen unterworfen und darüber hinaus vielfältig ausdifferenziert sind. Die Ausdifferenzierung in Mikrosegmente und Fachsprachen ist sehr weitreichend. Und doch existiert auch *die eine* Öffentlichkeit, in der die jeweiligen Spezialisierungen durch Rückübersetzungen in die Alltagssprache wieder potentiell allen Interessierten zugänglich gemacht werden. Es ist nicht ohne weiteres möglich, als Laie den Debatten einer Parlamentssitzung (oder Ausschußprotokollen), einer Ausstellung für moderne Kunst (oder dem kunsthistorischen Diskurs), einer Aktionärsversammlung (oder den Börsennotierungen) oder einem Doktorandencolloquium (oder wissenschaftlichen Disputationen) auf der Höhe voller Sachkenntnis zu folgen. Dennoch lassen sich über generalisierende Massenmedien in der Regel die verschiedensten Zusammenhänge nachvollziehen und in einem alltagsrelevanten Sinn verstehen.

Diese diskursiven Brücken, welche die Übergänge zwischen verschiedenen öffentlichen Sphären im Medium einer allgemeinen Öffentlichkeit möglich machen, sorgen für eine zweite Seite von Struktur. Struktur in öffentlichen Diskursen hat neben der institutionellen eine diskursive Seite der Produktion. Als Struktur in diesem zweiten Sinn sind kontingente Muster gesellschaftlicher Kommunikation zu verstehen, mit denen bestimmte Ausdrucks-, Umgangs- und Aufttrittsweisen, bestimmte ökonomistische und kulturalistische Standards etc. Prominenz erlangen. Die verschiedenen diskursiven Formationen und Praktiken stehen nicht für sich, sondern bilden ein Insgesamt von Interpositivitäten, indem sie sich gegenseitig strukturell affizieren. In dieser Hinsicht ist es nicht hilfreich, die unter

---

<sup>46</sup> Für die soziale Staffelung der 'Instanz' Öffentlichkeit vgl. ansatzweise Jürgen Habermas (FuG: 451ff.), für die funktionalistischen Aspekte immer noch exemplarisch Niklas Luhmann. Öffentliche Meinung. In: ders. Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung. Opladen 1971, 9-34.

den Aspekten Funktion und Staffelung sinnvolle Unterteilung zwischen politischen, wissenschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Diskursen aufrecht zu erhalten. Wenn eine Kritik der Öffentlichkeit problematische Entwicklungen thematisieren will, darf sie nicht jenen Unterteilungen folgen, die das Normative in funktionalistischer Manier und gewissermaßen vorgängig zurückdrängen. Der politische Diskurs nimmt heute beispielsweise, obschon normativ *per se*, eine ethisch-moralische Reinigung von Problemstellungen vor und versucht, unter Zeitdruck systemadäquate Entscheidungen zu produzieren. Der wissenschaftliche Diskurs operiert, obschon seine Fragestellungen eigentlich nicht von moralisch-praktischen Grundunterscheidungen getrennt werden können, 'lediglich' nach professionellen Kriterien szientifischer Rationalität. Der ökonomische Diskurs, obschon in ihm die stark moralisch problematischen Grundlagen der materiellen Reproduktion der Gesellschaft täglich vollzogen werden, ist nach zweckrationalen Effizienzkriterien organisiert. Schließlich trägt sogar der kulturelle Diskurs, welcher mit der symbolischen Reproduktion der Gesellschaft einen stark ästhetisch-moralisch konnotierten Komplex bildet, in weiten Teilen die charakteristischen Züge des 'Betriebs'.

Die in allen öffentlichen Diskursen hinter ihrer Funktionalität und Staffelung sich verbergende inhärente, aber normativ relevante Wirkung einer Struktur ist es, die mit dem hier vorgeschlagenen Öffentlichkeitsbegriff thematisiert werden soll. Die Problemlagen, die *durch* die Organisation gegenwärtiger Gesellschaft entstehen, müßten zunächst normativ diskutiert werden. Erscheinungen wie soziale Ungerechtigkeit, Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts und ethnische Konfrontationen sind kritikwürdige Phänomene. Sie sind Resultat der Funktionsweise jener verschiedenen diskursiven Teilbereiche, die durch ihre Segmentierung und Ausdifferenzierung Normativität verdecken. Der Umstand, daß der 'Zeitgeist' heute, im Unterschied noch zu den 80er Jahren, grundsätzliche normative Erwägungen bezüglich des Ganzen der Gesellschaft nur noch müde und medial gesättigt zur Kenntnis nimmt, wäre beispielsweise Gegenstand einer Kritik der Öffentlichkeit als Kritik ihrer diskursiven Struktur. Der denkwürdig anmutende Zustand, daß zentrale gesellschaftliche Gefahren und Bedrohungen trotz hinreichender Beschreibung und trotz zahlreicher Lösungsvorschläge und Handlungsalternativen offensichtlich nicht adäquat und handlungsfolgenrelevant öffentlich diskutiert werden können, soll mit Hilfe der Frage untersucht werden, wie die jeweiligen Zusammenhänge diskursiv in der Öffentlichkeit bearbeitet werden. Die spezifische Produktion von Diskursen, so die Vermutung, begleitet normativ relevant öffentliche Diskurse in einer Weise, daß unter den freiheitlichen Bedingungen einer deliberativen Demokratie keine vernunftlogisch begründbaren Konsense hinsichtlich existentieller Problemlagen, deren Folgen ubiquitär sind, erzielt werden können.

Vor diesem Hintergrund soll der Begriff der Öffentlichkeit resümiert werden. Der öffentliche Raum ist diejenige gesellschaftliche Sphäre, in der die Universalie Anerkennung in besonderer Weise struktu-

rierend wirkt.<sup>47</sup> Der Zusammenhang von Individuierung und Vergesellschaftung einerseits sowie die Verbindung der Perspektiven Gerechtigkeit und Freiheit andererseits, die der öffentlichen Debatte als solcher implizit sind, machen den öffentlichen Raum zu einem Raum von Anerkennungsverhältnissen, welche analytisch dreigliedrig gestaffelt werden können.

Die Anerkennungsform der Liebe ist nur zum Teil von öffentlichem Belang. Prägende Phasen der Individuierung beziehungsweise Sozialisation spielen sich im engen Kreis der Familie oder doch wenigstens in der Beziehung zwischen Mutter und Kind ab.<sup>48</sup> In diesem Vorhof des Öffentlichen bilden sich aber jene Merkmale persönlichen Selbstvertrauens aus, mit denen die Individuen später mehr oder weniger aktiv an der Öffentlichkeit partizipieren. Ästhetische Dispositionen, persönliche Selbstdarstellung und die Beziehung des Ich zu seiner sozialen Umwelt hängen stark von individuellen Eigenschaften und Fähigkeiten ab, die in privaten oder intimen Anerkennungsbeziehungen erworben und in Beziehungen zwischen Erwachsenen stetig reproduziert werden. In Form von Verhaltensweisen und Kommunikationsgepflogenheiten tauchen diese Elemente in den gesellschaftlichen Anerkennungsstufen Recht und Solidarität wieder auf. Wie man sich in Fragen rechtlicher Zugehörigkeit oder sozialer Gerechtigkeit äußert, hängt – in freilich kaum bestimmbarer Weise – von persönlichen Dispositionen ab, die das Resultat privater und intimer Anerkennungsverhältnisse sind. Umgekehrt beeinflussen die sittlichen Verhältnisse der Gesellschaft, die in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gelangen, auch individuelle Verhaltensweisen etwa bei der Kindererziehung oder in Liebesbeziehungen.

Auf der Stufe der Liebe entwickelt sich also ein Pool von Individualität, in dem für die Öffentlichkeit Formen des Ich als ästhetisches 'Rohmaterial' der Gestaltung von Diskursivität entwickelt werden. Phänomene einer zunehmenden Ästhetisierung der Öffentlichkeit, wie sie heute beispielsweise in Inszenierungsstrategien des Politischen beobachtet werden können, lassen vor dem Hintergrund des Anerkennungsbegriffs Möglichkeiten einer Analyse sichtbar werden, die sich mit dem Zusammentreffen individueller Dispositionen und ästhetisierter öffentlicher Diskursen auseinandersetzt. Unter freizeitlichen Bedingungen bedeutet das aber auch eine Vervielfältigung von 'Lebensweisen', die sich je historisch entwickeln und zu etablierten gesellschaftlichen Standards in Bezug setzen können. Wie sich im je individuellen (und für die Öffentlichkeit nur teilweise relevanten) Kampf um Anerkennung kommunikatives Handeln mit Machtverhältnissen, Diskursordnungen und Existenzentwürfen vermischt, läßt sich für die Anerkennungsstufe der Liebe aber letztlich nur empirisch klären.

---

<sup>47</sup> Daß die Kategorie der Anerkennung eine universale Prämisse darstellt, bestreitet Klaus Roth mit dem Hinweis, das Anerkennungsstreben sei eine Eigenschaft des *bürgerlichen* Individuums, die in der emanzipierten Gesellschaft überwunden werden könnte. Weil Anerkennungskämpfe nicht nur in den positiven Kategorien der Wertschätzung konzipiert werden können, sondern sich auch in Haß, Niedertracht, Lüge, Betrug und Verrat negativ äußerten, brauche eine Theorie der Anerkennung immer einen Begriff von Staat als 'kasernierte Gewalt', welche die Grundkonflikte einhegte. So aber, also in den Kategorien des Staates, könne ein emanzipatorischer Zustand der Vergesellschaftung nicht erreicht werden. Der kritische Impuls Roths, daß man trotz aller zeitgeschichtlich bedingten Defensivität die Gesellschaftskritik nicht von der Kritik der Herrschafts- und Produktionsverhältnisse wegführen dürfe, ist zweifellos ernstzunehmen. Daß aber die Problematik der Anerkennung in einer emanzipierten Gesellschaft obsolet würde, scheint bereits angesichts der Anerkennungsstufe der 'Liebe', in der es ein stetes Beginnen gibt, höchst fraglich. 'Anerkennung' läßt sich, wenn schon nicht anthropologisch, so doch sozialontologisch ohne weiteres in den Rang einer Universalie menschlicher Vergesellschaftung heben. Vgl. Klaus Roth. Neue Entwicklungen der kritischen Theorie. In: Leviathan, Nr. 2/1994, 422-445.

<sup>48</sup> Vgl. Axel Honneth. Kampf um Anerkennung. A. a. O., 153ff.

In der Anerkennungsstufe des Rechts geht es um die Sicherung der privaten Autonomie durch rechtliche Gleichheit sowie die damit verbundene Selbstachtung von Individuen. Die Themen, an denen sich der Kampf um Anerkennung rechtlicher Gleichheit zeigt, haben etwa positive Teilhaberechte sozialer Grundsicherung, ökologische Rechte zur Bewahrung natürlicher Lebensgrundlagen oder Rechte zur Gleichstellung von Geschlechtern, Ethnien und Glaubensgemeinschaften zum Inhalt. Wie schon, allerdings dort nur teilweise in bezug auf Öffentlichkeit, bei der Anerkennungsform der Liebe kommt es auch hier zu einem dauerhaften Diskurs über Geltungsansprüche auf Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhaftigkeit. Es geht um die Wahrheit von Situationsbeschreibungen, um die Richtigkeit von Situationsbewertungen und um die Wahrhaftigkeit von Positionen bezüglich einer integralen Verantwortung für die Gesellschaft beziehungsweise den jeweiligen Gegenstand der Auseinandersetzung.

Wie gesehen ist die diskursive Prüfung von Geltungsansprüchen dauerhaft und unausweichlich affiziert von vorgängigen strukturellen Präfigurationen, welche in ihren konkreten Ausprägungen Dysbalancen der Anerkennung darstellen können und damit auf den Kern solcher Auseinandersetzungen hinweisen: der Andere in seinem rechtlichen Status und als ebenbürtiger Träger von Rechten. Als ein normatives Maß läßt sich daher formulieren, daß das Verhältnis von kommunikativem Handeln und strukturellen Einflüssen solange als problematisch gilt, wie Anerkennungsverhältnisse rational oder argumentativ 'nicht-logische' Schief lagen bezüglich rechtlicher Inklusion nach sich ziehen.

In der Anerkennungsstufe der Solidarität geht es um gemeinsame Werte einer konkreten sittlichen Gemeinschaft sowie um soziale Gerechtigkeit, die dann gegeben ist, wenn jedes Individuum als Eigentümer von konkreten Fähigkeiten und Eigenschaften anerkannt ist und dementsprechende Anteile am materiellen Produktionsprozeß erhält beziehungsweise selbstbestimmt eine Position im gesellschaftlichen Leben einnimmt. Die Diskursgegenstände, an denen sich der Kampf um Anerkennung sittlicher Ansprüche zeigt, sind kulturelle Hegemonien, ökonomische Ausbeutung oder sozial verursachte Ungleichheit von Zugangsvoraussetzungen zu Bildung und einem wie auch immer definierten Lebensstandard. Auch hier ist es wieder jene eigentümliche Verbindung der Prüfung von Geltungsansprüchen mit den strukturellen Merkmalen der Kommunikation, welche Anerkennungsdefizite zum Ausdruck bringen kann. Auch hier kann wieder gelten, daß die öffentliche Kommunikation über sittliche Problemstellungen so lange als problematisch gelten muß, wie sich falsche (ungleiche) Anerkennungsverhältnisse durch die Vermischung struktureller Elemente mit kommunikativem Handeln verstetigen und zementieren können.

Die Öffentlichkeit ist ein Amalgam aus Anerkennungskämpfen in drei Stufen. Strukturelle Präfigurationen, die den generativen Verständigungskräften des kommunikativen Handelns stets eine produktive und materielle, gewissermaßen unspezifische Substanz entgegensetzen, können für diskursive Engführungen sorgen, die durch konkrete Sittlichkeit und gegebene Rechtsverhältnisse, welche eine durch Gewohnheit entstandene gesellschaftliche 'Natur' ausmachen, verstärkt werden.

Als gesellschaftstheoretische Folie zur Beschreibung eines so strukturierten öffentlichen Raums dient ein kontrafaktischer Entwurf ausbalancierter Anerkennungsverhältnisse. Ein solcher Zustand impliziert die zwanglose Vereinigung moralischer Vorstellungen gerechter gesellschaftlicher Organisation mit der ethischen Idee freier individueller Entfaltung. Wenn der Umstand, daß Individuierung nur durch Vergesellschaftung erreicht wird, ernstgenommen werden soll, ist normativ gesehen unter modernen Bedingungen keine andere Option als ein solcher kontrafaktischer Entwurf denkbar, wenn man nicht die problematische Alternative 'Gerechtigkeit *oder* Freiheit' als konstitutiv für den Aufbau einer Gesellschaft ansehen möchte. Freilich muß der avisierte Zustand vollständig ausbalancierter Anerkennungsverhältnisse wegen der bereits in das kommunikative Handeln selber eingebauten Strukturen notwendig kontrafaktisch bleiben. Aber in diesem auch von allen Beteiligten nur kontrafaktisch gemeinten Verlangen nach Anerkennung liegt genau der Antrieb verborgen, unter freiheitlichen Bedingungen den gesellschaftlichen Diskurs immer weiter zu führen.

Eine Kritik der Öffentlichkeit, die gesellschaftstheoretisch in der beschriebenen Weise eingebettet ist, kann potentiell an allen öffentlichen Diskursen vorgenommen werden. Es entsteht die Beschreibung eines öffentlichen Raums, der als Raum der Anerkennung alle Konflikte um soziale Gerechtigkeit, rechtliche Gleichheit und ästhetische Qualitäten beherbergt. Diese Konflikte müssen dann nicht mehr vordergründig im Rekurs auf ökonomische Interessen, elitistische Definitionsmacht bestimmter Gruppen oder kulturindustriellen Niveauabfall erklärt werden. Vielmehr gelangt man zu einer Kritik, welche ökonomische Ausbeutung, rechtliche Exklusion und kulturelle 'Niveauperluste' als Phänomene und nicht als Ursachen von Konflikten beschreibt.<sup>49</sup> Die Etablierung ungerechter Prinzipien der Vergesellschaftung oder rechtlicher Exklusion ist unter freiheitlichen Bedingungen einer diskursiven Engführung zuzuschreiben, welche in der Asymmetrie von Anerkennungsverhältnissen ihren Ausgang nimmt.

Die Foucaultschen und Habermasschen Theorieelemente, die in ihrer Verschränkung zum Beschreibungsmuster für öffentliche Diskurse geworden sind, ergeben durch die Einbindung in den gesellschaftstheoretischen Rahmen einer Theorie der Anerkennung einen normativen Maßstab, mit dessen Hilfe die Öffentlichkeit einer Kritik zugänglich wird. Allerdings versteht sich diese Kritik nicht von selbst, so wie sich etwa aus den normativen Maßstäben marxistischer Provenienz die Kritik des Kapitalismus gleichsam von selbst ergab. Vielmehr muß in einer qualitativen Beschreibung von öffentlichen Diskursen jedesmal neu überprüft werden, welche Kritik sich plausibel machen läßt – und welche nicht. Das Erbe Foucaults besteht vor allem in der Einsicht, daß nicht Gesetzmäßigkeiten, sondern historische Kontingenzen das menschliche Sozialgeschehen bestimmen. In einer abschließenden Plausibilitätsprüfung soll zumindest provisorisch darauf hingewiesen werden, wie Beschreibungen solcher Kontingenzen aussehen könnten.

---

<sup>49</sup> Unter Umständen ist ja Entfremdung kein genuin kapitalistisches Phänomen. Vielleicht sind es die unter modernen Bedingungen immer schon umkämpften und ungeklärten Anerkennungsverhältnisse, denen kapitalistisches Denken als lebensweltliches Resultat entfremdeter Lebensweisen entspringt.

### III. Perspektiven einer Kritik der Öffentlichkeit

Die Öffentlichkeit ist die Sphäre der diskursiven Bearbeitung gesellschaftlichen Handelns und seiner Folgen. Unter modernen Bedingungen ist jedes relevante Handeln in Wirtschaft, Politik, Kultur, Verwaltung und Alltagswelt immer schon ein Thema für öffentliche Diskurse. In der Form von 'Themen' gerät gesellschaftliches Handeln in legitimationsbezogene Kommunikationszusammenhänge von Publizität. Sogar Versuche, politische Entscheidungen oder die Ausübung sozialer Macht abseits des Rampenlichts öffentlicher Beobachtung manipulativ und arkan zu beeinflussen, sind noch vom Wissen um die legitimationsheischende Wirkung der Öffentlichkeit motiviert. Da Arkanpolitik angesichts einer stark ausdifferenzierten, stets nach neuen Nachrichten suchenden und bis in feine Verästelungen vordringenden Präsenz von Massenmedien heute immer unwahrscheinlicher wird, hat sich die autorlose Strategie gesellschaftlichen Kommunizierens verändert. Die Elemente des Geheimhaltens, der illegitimen (= unbegründeten) Durchsetzung von nicht verallgemeinerungsfähigen Geltungsansprüchen zeigen sich auf der öffentlichen Szene selber. Es sind dort Diskursordnungen, Normativitätsverhältnisse sowie die Selbstwahrnehmung und -beschreibung von Individuen und Gruppen, welche die diskursive Prüfung von Geltungsansprüchen strukturell durchkreuzen. In der Öffentlichkeit als gesellschaftlichem Raum der Anerkennung besteht eine dauerhafte Spannung zwischen der Materialität ihrer Diskurse und der normativen Ebene von Geltungsansprüchen. Zwischen der Materialität und Produktivität der Diskurse als Elemente einer öffentlichen Topographie von sozialen Erfahrungszusammenhängen und der normativen Geltung von Wahrheits-, Richtigkeits- und Wahrhaftigkeitsansprüchen ist es eine jeweils empirische Frage, wie stark das Prinzip der Publizität Legitimations- oder Emanzipationsansprüche zu befriedigen vermag.

Der vorgestellte theoretische Ansatz zur Beschaffenheit öffentlicher Diskurse bedarf in diesem Sinne einer empirischen Kontrolle. Da jedoch eine umfassende qualitative Beschreibung öffentlicher Diskurse in auch nur einem Feld der vielen Teilöffentlichkeiten oder zu einem Themenkomplex schon umfangreicher Gegenstand einer eigenständigen Untersuchung wäre, soll hier nur provisorisch im Rahmen einer kursorischen Plausibilitätsprüfung der Weg vorgezeichnet werden, den eine empirisch orientierte und gleichwohl normativ fundierte Kritik der Öffentlichkeit zu gehen hätte. Dabei gilt die Öffentlichkeit als Sphäre der Sittlichkeit, verstanden als kommunikativer Ausdruck der Gesamtheit an intersubjektiven Bedingungen, die der individuellen Selbstverwirklichung als notwendige Voraussetzung dienen. In diesem Anerkennungsraum werden dauerhaft individuelle und gruppenspezifische Geltungsansprüche auf soziale, rechtliche und kulturelle Integration artikuliert und in vielfältigen Abstufungen einer diskursiven Behandlung zugänglich gemacht. In Kreisläufen der Wissenserzeugung und der Normativitätsverhältnisse wirkt die Materialität der Diskurse ebenso wie die Geltungsebene von Wahrheits- und Richtigkeitsansprüchen. Im Kreislauf der Subjektconstitution zeigt sich das Individuum sowohl als Effekt von Machtverhältnissen und Diskursordnungen als auch in der Rolle einer

diskurserzeugenden Instanz des Verhaltens gegenüber vorherrschenden Dispositiven. Vor dem Hintergrund eines kontrafaktischen Entwurfs ausbalancierter Anerkennungsverhältnisse kann man den öffentlichen Diskurs dann als pathologisch oder verzerrt bezeichnen, wenn

- auf der Ebene der Anerkennungsstufe 'Liebe' gesellschaftlich induzierte Sozialisationsmuster eine solche Überhöhung des Individuellen hervorrufen, daß egozentrische oder narzißtisch geprägte Verkehrsformen zu strukturgebenden Elementen öffentlicher Diskurse werden können,
- auf der Ebene der Anerkennungsstufe 'Recht' Exklusion und Entrechtung mittels etablierter Diskursordnungen und Normativitätstypen strukturell unterstützt statt durch den Diskurs wirksam delegitimiert werden,
- auf der Anerkennungsstufe 'Solidarität' substantielle Ungerechtigkeit durch ökonomische Ausbeutung oder kulturelle Hegemonie ebenfalls durch Diskursanordnungen und Machtverhältnisse Foucaultschen Typs strukturell gestützt statt handlungsfolgenrelevant delegitimiert wird.

Die These von verzerrten, falschen, schiefen oder pathologischen Diskursen der Öffentlichkeit kann auf dieser begrifflichen Basis entwickelt werden. Dabei lassen sich zwei grundlegende Probleme der Kritik vermeiden. Zum einen kommt der Maßstab für die Diagnose nicht von einem utopischen Außenraum antizipierter Hoffnungen. Er resultiert vielmehr aus der Kombination von aus dem Inneren der Alltagskommunikation herrührenden strukturellen Präfigurationen und formalen Präsuppositionen mit den Implikationen einer der Vergesellschaftung intrinsischen Kategorie der Anerkennung. Das erspart der Analyse den problematischen Rückgriff auf substantialistische Argumente zur Fundierung eines normativen Kritikmaßstabs. Zum anderen ist die Kritik der Öffentlichkeit ein prinzipiell offenes Unternehmen. Es ist nicht mehr von vornherein klar, daß es sich dabei um eine Kritik des Kapitalismus, der Kulturindustrie oder der Herrschaftsverhältnisse handelt. Als eine Kritik der Kommunikationsverhältnisse beinhaltet die Öffentlichkeitsanalyse zwar die Felder ökonomischer, kultureller und politischer Diskurse. Aber dabei muß sie sich nicht mehr an den zahnlosen, weil nicht (oder nicht mehr) adäquaten Maßstäben einer Kritik der politischen Ökonomie, einer Kritik der Kulturindustrie oder einer Kritik repressiver Herrschaft orientieren. Ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, die heute noch relevanten Kerne dieser ehemals bahnbrechenden Ansätze aufzubewahren und in eine Kritik der Öffentlichkeit als Beitrag zu einer aktuellen, den empirischen Verhältnissen Rechnung tragenden Theorie der Gesellschaft zu integrieren.

### **1. Strukturmerkmale öffentlicher Diskurse**

(Ökonomisierung, Entpolitisierung, Ästhetisierung, Privatisierung, Sexualisierung)

Um nun einige Schneisen in das Dickicht öffentlicher Diskurse zu schlagen, empfiehlt sich zunächst ein Blick auf häufig beobachtete Phänomene aktueller Öffentlichkeiten. Die bislang mehr oder weniger abstrakt gebliebenen strukturellen Präfigurationen, die in öffentlichen Diskursen kommunikatives

Handeln begleiten, müssen als empirisch beschreibbare Objektivationen sichtbar gemacht werden. Im Zusammenhang dieser Arbeit kann das nur in der Form einer provisorischen Plausibilitätsprüfung geschehen.

Die dominante diskursive Struktur der Gegenwart ist zweifellos eine ökonomistische. Nach dem Zusammenbruch des bürokratischen Sozialismus hat sich die kapitalistische Marktwirtschaft als alleiniges Modell für eine effiziente Gestaltung der materiellen Reproduktion der Gesellschaft durchsetzen können. In den Jahren nach 1989 hat dies zu einer bis dahin kaum für möglich gehaltenen Entfesselung der Marktkräfte geführt. Abgesehen davon, daß es heute kaum noch eine grundlegende Debatte über alternative Wege der Wohlstandsproduktion gibt, hat diese Entwicklung für eine Wahrheitseffekte setzende Ökonomisierung der Öffentlichkeit gesorgt. Diese Ökonomisierung, die sich im Einbruch ökonomistischer Gehalte in Sinnbereiche mit konstitutiv anderen, also etwa moralisch-praktischen oder ästhetischen Gehalten bemerkbar macht, ist ein zentrales Merkmal, welches beim kritischen Blick auf Öffentlichkeiten heute ins Auge fällt.

Die ökonomistische Entwicklung nach dem Wegfall der Systemalternativen führt zu einem weiteren Phänomen, das man als Entpolitisierung der Öffentlichkeit charakterisieren kann. Eine von der schiereren Not angetriebene Politik, welche die einschneidenden sozialen und ökologischen Folgen einer hemmungslosen Kapitalisierung der Welt nicht einmal ansatzweise mehr beherrscht, stellt sich dauerhaft auf ihre Machtlosigkeit ein und flüchtet in einen apolitischen Pragmatismus vorausseilender Sachzwangsverwaltung. Die Stillstellung zentraler explizit politischer Auseinandersetzungen mittels eines Vernünftigkeit bloß behauptenden Realismus läßt die nur normativ begreifbaren Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der materiellen Reproduktion gleichsam zu Randerscheinungen in einem zunehmend 'naturalisierten' Prozeß werden.

In diesen Zusammenhang gehört ferner das Phänomen einer Ästhetisierung öffentlicher Diskurse. Durch Mittel der Inszenierung werden propositionale Gehalte gewissermaßen abgefedert und ihres kontroversen und bedrohlichen Potentials beraubt. Schließlich lassen sich Erscheinungen von Privatisierung und Sexualisierung der Öffentlichkeit beschreiben. Die Personalisierung von Sachfragen im Zusammenhang eines 'Starsystems' ist dabei nur das konsequente Resultat einer Entwicklung, bei der eine extreme Betonung der Sexualität zum strukturgebenden Merkmal öffentlicher Diskurse wird.

Diese Aufzählung struktureller Muster, die heute öffentliche Diskurse kennzeichnen, ist nicht vollständig und zunächst wohl auch über die Maßen grob gezeichnet. Zudem haftet ihr vielleicht etwas Spekulatives an. Vor dem Hintergrund der hier vorgestellten grundsätzlichen Überlegungen soll dennoch für die Plausibilität des vermuteten Begründungszusammenhangs geworben werden.

*Ökonomisierung der Öffentlichkeit.* Irgendwann tauchte irgendwo die Rede vom 'Kulturstandort Deutschland' auf. Mit dieser diskursiven Materialität wurde ein ökonomischer Terminus in ein bis dahin nicht wesentlich ökonomisch verstandenes Diskursfeld importiert. Das Beispiel ist symptomatisch für eine Entwicklung, in deren Verlauf kulturelle, politische, technische, ethische und moralische

Fragen zunehmend nach den Vorgaben eines ökonomistischen Dispositivs bearbeitet werden. Die Materialität eines vorherrschenden, über Erfahrung eingeübten Verwertungsdiskurses erzeugt eine Gemengelage, in welcher die diskursive Überprüfung von Geltungsansprüchen durch ein ökonomistisches Dispositiv auf bestimmte Weise produziert wird. Fundamentale Gerechtigkeitsansprüche wie etwa eine gesellschaftliche Umverteilung von Arbeit werden nicht so sehr von ökonomischen Interessengruppen als vielmehr von einer anonymisierten ökonomistischen Diskursordnung zurückgewiesen. Dafür spricht, daß nicht nur die Protagonisten und Gewinner einer auf potentiell alle Lebensbereiche ausgeweiteten Kapitalverwertung sich ökonomistisch auszudrücken pflegen, sondern dieser Diskurs gerade von seinen Kritikerinnen und Kritikern bemüht werden muß, weil er heute eine strukturelle (nicht-restriktive) 'Teilnahmebedingung' für Öffentlichkeit überhaupt bildet. Diese 'Teilnahmebedingung' durchsetzt auf ökonomischem Gebiet die diskursive Überprüfung von Geltungsansprüchen auf Wahrheit (Wie ist die materielle Reproduktion der Gesellschaft beschaffen?) und Richtigkeit (Ist die materielle Reproduktion in ihrer Art legitim?). Sie wirkt als Dispositiv aber eben auch auf genuin nicht-ökonomische Schichten des öffentlichen Diskurses, indem sie sie mit einer strukturell ökonomistischen Substanz von Diskursivität affiziert. Der Kampf um Anerkennung von Wohlfahrtsansprüchen und Gruppenidentitäten, welchem ursprünglich eine kommunikativ beschaffene moralische Semantik eigen ist, gerät zu einem Wettlauf um die effizienteste Ausrichtung an ökonomisierten Diskursprinzipien. Wegen der herausragenden Bedeutung soll weiter unten noch einmal auf den Aspekt einer Ökonomisierung öffentlicher Diskurse eingegangen sowie der Zusammenhang mit dem anderen Strukturmerkmal der Ästhetisierung aufgezeigt werden.

*Entpolitisierung der Öffentlichkeit.* Unter der Chiffre 'Entpolitisierung' wäre zu überprüfen, inwiefern normative Grundfragen vom Typus 'Wie wollen wir miteinander leben?' oder 'Was ist gerecht?', die in den jeweils aktuellen Diskursthemen stets mitschwingen, an Sachfragen assimiliert beziehungsweise als solche aufgelöst werden. Durch die Art und Weise, wie politische Akteure ihre Anliegen in der Öffentlichkeit vertreten, ist heute eine Materialität und Produktivität entstanden, die den politischen Gehalt moralisch-praktischer Fragen in den Hintergrund treten lassen. Nach dem Ende der sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre beziehungsweise ihrer Assimilation an die Zirkel staatlicher Entscheidungsprozesse existieren heute diskursiv erzeugte Normativitätsverhältnisse, die, unterstützt von professionalisierter und normativ bereinigter Politik, bereits die Formulierung von bestimmten emanzipatorisch orientierten Geltungsansprüchen auf Richtigkeit latent in eine Art 'Mikrophysik des Außenseitertums' abdrängen. Im Zusammenspiel mit der Erfahrung der Statik des politischen Systems entsteht daraus eine Situation des Rückzugs aus politischen Prozessen. Die politische und theoretische Linke, die noch bis in die achtziger Jahre die normativen Grundlagen der materiellen Reproduktion der Gesellschaft einer moralischen und ethischen Kritik unterzog, hat sich aus diesen Diskursthemen weitgehend zurückgezogen. Vom Kampf um Anerkennung solidarisch motivierter Gerechtigkeitsansprüche ist man ausgewichen auf das Feld ethnischer und kultureller Konflikte. Zu

stark scheint seit 1989 der diskursive Gegenwind geworden zu sein, der allen alternativen ideologie- oder ökonomiekritischen Schlagworten vor jeder begrifflichen Auseinandersetzung entgegenweht. In Form von diffus historischen und pejorativ verwendeten Hinweisen auf andere Schlagworte wie 'Sozialismus', 'DDR', 'Plan', 'Mißwirtschaft' usw. fächert sich eine strukturelle Matrix auf, die gesellschaftlichen Alternativen *a priori* die Kraft zur Erzeugung kommunikativer Gegenmacht zu etablierten Modellen entzieht.

Der Rückzug in Probleme des Multikulturalismus und (zweifellos bedeutsame) Analysen der Lage von marginalisierten Gesellschaftsgruppen sorgt zudem für eine Fragmentarisierung und Partikularisierung von Konflikten. Die diskursive Bescheidenheit bezüglich universalistisch orientierter Projekte bereitet den Boden für eine Diskurskultur der Nischen, welche zwar auf der Anerkennungsstufe 'Recht' Erfolge zeitigen konnte (Gleichstellungspolitiken, Minderheitenrechte). Zugleich aber schneidet ein diskursiv erzeugter Partikularismus die Wege zu notwendigen Auseinandersetzungen um die materielle Reproduktion der Gesellschaft als ganzer ab.<sup>50</sup> In der politischen Alltagskultur kommen diese diskursiven Bewegungen dann als *political correctness* zu ihrem Ende. Solcher sinnleerer Begriffstotalitarismus kann schließlich problemlos in die vorherrschenden Diskurs- und Normativitätsdispositive integriert werden.<sup>51</sup> Diese Formen einer diskursiven Entpolitisierung der Öffentlichkeit finden ihren Widerhall erst recht bei der breiten Mehrheit der Bevölkerung. In Form von Wahlenthaltungen und politischem Desinteresse ziehen sich die Einzelnen zurück aus einer Sphäre, die auch ihren Protagonisten nicht mehr primär als politische, sondern nur noch pragmatische gesellschaftliche Handlungsebene gilt. Die schwelenden Anerkennungskämpfe in moralischen und ethischen Fragen bleiben unter diesen Umständen in der Schwebe, das heißt, ihr desintegrierendes Potential zeigt sich durch Privatismus und Konsumorientierung auf der einen oder Resignation und Defaitismus auf der anderen Seite.<sup>52</sup>

*Ästhetisierung der Öffentlichkeit.* Die Öffentlichkeit als normativer Kommunikationsraum ist heute von zahlreichen Formen der Inszenierung besetzt. Argumentative Anstöße müssen vor allem auf eine ästhetische Form, auf Stilkriterien hin ausgerichtet sein, um Aufmerksamkeit zu erregen. Es ist auf

---

<sup>50</sup> Vgl. exemplarisch für dieses Argument Slavoj Žižek. Wie funktioniert Bill Gates? In: DIE ZEIT, Nr. 10, 16.02.1998.

<sup>51</sup> Zu *political correctness* vgl. Diedrich Diederichsen. Politische Korrekturen. Köln 1996. Hier wird das Phänomen aus seiner Entstehung als konservative Verteidigungsstrategie gegen emanzipatorische Politik erklärt, die man, statt sich argumentativ damit auseinanderzusetzen, pauschal als politisch korrekten 'Tugendterror' abtut. Dieter E. Zimmer dagegen beleuchtet die sprachlich sichtbare Entpolitisierung von Emanzipationspolitik, die als *political correctness* in den Zustand der Erstarrung gefallen ist. Vgl. Dieter E. Zimmer. Leuchtbojen auf einem Ozean der Gutwilligkeit. Wie die deutsche Sprache unter die Betroffenen fiel. In: DIE ZEIT; Nr. 9, 23.02.1996. Die Angleichung der politischen Linken an einen 'Totalitarismus der Mitte' diagnostiziert schließlich Michael Bonder, der eine durch *political correctness* 'formatierte Öffentlichkeit' als Grund für die Entpolitisierung öffentlicher Diskurse ansieht. Vgl. Michael Bonder. Ein Gespenst geht um die Welt: Political Correctness. Frankfurt am Main 1995.

<sup>52</sup> Weder privatistisch noch konsumistisch oder defaitistisch kann man allerdings die Reaktionen einer neuen Jugendkultur im Zeichen von Technomusik und Cyberspace bezeichnen. Die virtualisierten Selbstentwürfe, die sich im Horizont einer spielerischen Kultur abzeichnen, sind vielmehr eine radikale und konsequente Antwort auf die Entpolitisierung der Öffentlichkeit, in deren Sphäre sich eine Generation nach Konstitution der Grünen Partei keine rechte Möglichkeit des politischen Engagements mehr abzeichnet. Vgl. dazu Natascha Adamowsky. Spielfiguren in virtuellen Welten. Frankfurt am Main/New York 2000.

diese Weise ein Dispositiv entstanden, welches den Kern der politischen und kulturellen Auseinandersetzung aufweicht. Die 'harten' Topoi der materiellen und kulturellen Reproduktion werden zu Stilfragen, deren ästhetisches Design eine argumentative Überprüfung von Geltungsansprüchen auf Wahrheit und Richtigkeit gewissermaßen in Watte packen. Entstanden aus der sehr alten rhetorischen Erkenntnis, daß die Form der Rede über den Inhalt zu obsiegen vermag, konnte sich unter den Bedingungen massenmedialer Öffentlichkeit mit ubiquitärer Bilderpräsenz ein kollektiver 'Diskurs der Eitelkeit' etablieren.<sup>53</sup> Dem daraus resultierenden Zwang zur Inszenierung sind strukturell alle öffentlichen Äußerungen verpflichtet, seien es die PR-Kampagnen von Umweltorganisationen und Protestgruppen, kommerzielle Reklamefeldzüge, die Dramaturgie von Wahlkämpfen oder die Legitimierung von Regierungshandeln. Weiterhin geht es auch in einer solcherart mediatisierten Öffentlichkeit um propositionale Gehalte, denn alle Inszenierungen dienen ja gerade dem Ziel, die Anliegen der Protestgruppen, die kommerziellen Produkte der Anbieter auf einem Markt oder eine jeweilige Politik akzeptanzfähig zu machen. Der Kampf um Aufmerksamkeit verläuft jedoch hier über den falschen Weg der Umgehung von Argumentationslasten. Kurzweil, Buntheit, Einfachheit und Eingängigkeit sind diskursive Materialitäten und Produktionsformen, die einer in diesem Sinn unattraktiven Kritik von Geltungsansprüchen die Existenz erschweren. Sie fördern vielmehr eine Situation, in der die Attribute der Inszenierung zum Argument selber werden und damit potentiell den kritischen Diskurs stillstellen können.

*Privatisierung/Intimisierung der Öffentlichkeit.* Vor allem im politischen Diskurs ist heute eine Privatisierung von öffentlich relevanten Fragen zu beobachten, die noch einmal anders als die angedeutete Ästhetisierung für eine bestimmte Diskurssituation sorgt. Richard Sennett findet für dieses Phänomen den Begriff 'Star-System'. Die *promotion* von einzelnen Personen als *stars* mit einer bestimmten Persönlichkeit verdrängt die Bedeutung von nichtpersonalem Handeln in der Öffentlichkeit.<sup>54</sup> Politische Fragen werden in einem Mechanismus professionalisierter Aufmerksamkeitserzeugung an Personen und deren private und bisweilen sogar intime Perspektiven gekoppelt. Eine Psychologisierung der in der Öffentlichkeit handelnden 'Stars' durch Fernsehportraits, einen Biographienmarkt und die Dramaturgie der *talk shows* und Parteitage sind in dieser Perspektive ein Diskursdispositiv, das die Überprüfung von Geltungsansprüchen durch kommunikatives Handeln begleitet. Zwischen 1982 und 1998 verkörperte – wenigstens in Deutschland – niemand diese Privatisierung oder Intimisierung der Öffentlichkeit so charakteristisch wie Helmut Kohl. Was sich heute als 'System Kohl' in den Zeitungen als Begriff etabliert hat, ist nicht so sehr ein Sachverhalt von Korruption und *old men networks*. Das Charakteristische daran ist vielmehr die konsequente Verwandlung von Sach- in Loyalitätsfragen, in:

---

<sup>53</sup> Sighard Neckel sieht gesellschaftsweit einen umfassenden Zusammenhang von 'Bluffen, Täuschen und Verstellen' am Werk. Nicht persönliche Eigenschaften und Konkretionen oder eben: Argumente in der Debatte bestimmen das soziale Gefüge und soziales Handeln, sondern die Inszenierung eines Scheins. Als Strukturmerkmal des Sozialen schlägt sich der 'Bluff' in den Materialitäten des öffentlichen Diskurses nieder. Vgl. Sighard Neckel. Bluffen, Täuschen und Verstellen. Bemerkungen zu einer Variante des Leistungsprinzips. In: ders. Die Macht der Unterscheidung. Beutezüge durch den modernen Alltag. Frankfurt am Main 1993, 103-110.

<sup>54</sup> Vgl. Richard Sennett. Verfall und Ende öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität. Frankfurt am Main 1986, 363ff.

*personality*. Als diskursive Materialität produziert eine privatisierte Öffentlichkeit den Diskurs als eine 'Mikrophysik des Intimen'. Persönlichkeitsattribute wie Sympathie oder Charisma prägen Normativitätsverhältnisse und wirken einem universalisierenden Diskurs der Öffentlichkeit entgegen.

Dieses Dispositiv bietet starke Anreize, auf der öffentlichen Bühne Personen mit Persönlichkeitsmerkmalen zu entwerfen statt mit argumentativ strukturierten Meinungen, die es mit Gründen zu etablieren gilt. Die Diskurse um materielle Gerechtigkeit, rechtliche Inklusion und damit verbunden einer unversehrten Sozialisation, die als Stufen der Anerkennung die politischen und sozialen Konflikte einer Gesellschaft durchziehen, werden von den Tendenzen einer Privatisierung der Öffentlichkeit dergestalt begleitet, daß Konfliktlösungen im Licht von Persönlichkeiten besehen werden. Der Bundeskanzler, der durch Einsatz seiner Persönlichkeit Konzerne vor dem Konkurs bewahrt, macht keine Politik, sondern überdeckt die politische Auseinandersetzung um Arbeitslosigkeit im Stadium gesteigerter und verschärfter wirtschaftlicher Konkurrenz und damit einhergehenden Arbeitsplatzverlusten durch intuitiv inspirierte und charismatisch gestützte Reparaturingriffe. Es kommt zur Etablierung eines diskursiven Dispositivs, in welchem die Plausibilität von Sachlösungen an Personen und nicht an Ideen, Konzepte oder Argumente geknüpft wird.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Beobachtung einer Emotionalisierung öffentlicher Diskurse. Das Ausspielen der *personality*-Karte erfordert von den auf der öffentlichen Szene handelnden Personen die Evozierung von Gefühlen – dies in der doppelten Hinsicht, daß die betreffende Person bei dem umworbenen Publikum 'gute' Gefühle erzeugen und gleichzeitig selber Emotionen zeigen muß.<sup>55</sup> Das Unterhaltungsbedürfnis großer Teile des Publikums läuft mit auf Verkaufserfolg angewiesenen massenmedialen Strategien und von Wählerzustimmung abhängigen politischen Protagonisten zu einer Diskursituation zusammen, in welcher die Kommunikation von Gefühl eine aussichtsreiche Vorgehensweise darstellt. In solcher Lage erscheint die rationale Überprüfung von Geltungsansprüchen als ein geradezu 'fühlloses' Unternehmen. Ein 'kalter Rationalismus' wird als Ursache für die bedrohlichen Gegenwartstendenzen 'empfunden'. Für emanzipatorische Anerkennungsansprüche, welche nicht ohne Argumentation auszukommen vermögen, bedeutet dies eine strukturelle Blockade. Denn wenn emotionale Persönlichkeiten mit Charisma zum ausschlaggebenden Kriterium für die Entwicklung gesellschaftlicher Tendenzen werden, läßt sich in dem so privatisierten Raum der Öffentlichkeit kaum noch ein normativ anspruchsvoller und von Persönlichkeitsmerkmalen gelöster Diskurs denken.

*Sexualisierung der Öffentlichkeit.* Was bereits Foucault in *Der Wille zum Wissen* analysiert hat, spielt bei der Strukturanalyse gegenwärtiger Öffentlichkeit eine Rolle, welche man in einer eingehenderen Untersuchung zu überprüfen hätte: die gesteigerte gesellschaftliche Bedeutung der Sexualität und eine damit einhergehende Sexualisierung öffentlicher Diskurse. Vor allem im Bereich der Werbung ist es

---

<sup>55</sup> Das öffentliche Auftreten von Personen wie Tony Blair, Helmut Kohl oder Gerhard Schröder mag diesen publikumswirksamen Umgang mit Gefühlen illustrieren.

eine stets jugendlich verstandene Sexualität, welche Aufmerksamkeit erzeugen und die Attraktivität von Kraftfahrzeugen, alkoholischen Getränken, Aktienerwerb, Dividenden und politischen Parteien steigern soll. Was *sexy* ist, ist *in*. Dieses sehr simple 'Prinzip' ist als eine diskursbegleitende Struktur so fest in der Erfahrung etabliert, daß es auch die Bearbeitung politischer und gesellschaftlicher Fragen berührt. Die *lifestyle*-Diskurse der Gegenwart recodieren den Körper als Träger eigener quasi-diskursiver Eigenschaften, und Dynamik ist das sexuelle Attribut, das überzeugen soll.<sup>56</sup> Politische Parteien in der programmatischen Krise bemühen sich nicht so sehr um neue Programmatiken als vielmehr um ein jugendliches Imago. Es wird 'verschlankt' und 'fit gemacht' für eine rein pragmatisch verstandene Zukunft. Auch mit dem Dispositiv der Sexualität, durch das sich der Einzelne als Begehrenssubjekt zu konstituieren lernt, ist ein Strukturelement gegeben, welches als eine Ordnung die diskursive Überprüfung von Geltungsansprüchen begleitet. Die dadurch verursachte Vermischung von Anerkennungskonflikten (um Gerechtigkeit, rechtliche Inklusion usw.) mit libidinösen Diskursstrukturen kann empirisch als Hindernis für die Entfaltung von Publizität in einem normativ anspruchsvollen Sinn beschrieben werden.

Diese etwas grob geschnitzten strukturellen Merkmale sollten zunächst als mögliche empirische Forschungsfelder für eine kritische Analyse der Öffentlichkeit mit Hilfe des angebotenen theoretischen Maßstabs skizziert werden. Es spricht einiges dafür, daß die Strukturmerkmale der Öffentlichkeit nicht einfach so nebeneinander herlaufen. In einer vorsichtigen Hierarchisierung kann man sagen, daß der Aspekt der Ökonomisierung eine zentrale Stellung einnimmt und die anderen Strukturmerkmale aus der Tendenz einer Durchdringung öffentlicher Rede mit ökonomistischen Inhaltspartikeln hervorgehen. Die Merkmale der Entpolitisierung, Ästhetisierung, Privatisierung und Sexualisierung der Öffentlichkeit führen aber auch ein diskursives Eigenleben mit eigenen seriellen Gesetzmäßigkeiten diskursiver Praxis. Die Verbindung zwischen strukturellen Merkmalen öffentlicher Diskurse soll im folgenden durch den Zusammenhang von Ökonomisierung und Ästhetisierung kurz aufgezeigt werden.

Die Kritik der Öffentlichkeit soll nicht deterministisch verfahren, aber sie soll jene Präfigurationen öffentlicher Diskurse nachzeichnen, mit denen ein kommunikatives Handeln im Horizont von Geltungsansprüchen zu rechnen hat.

---

<sup>56</sup> Als im US-Präsidentenwahlkampf 1996 der republikanische Kandidat, Robert Dole, von einem Rednerpodest stürzte, weil die marode Brüstung zusammenbrach, bemühte sich der Gestürzte, obschon eine ältere Person, sportlich, dynamisch und lächelnd wieder auf die Beine zu kommen. Seine Sorge galt dem medial verbreiteten Bild des Sturzes, das seine körperliche Fitness und Attraktivität und damit seine Eignung für das Präsidentenamt in Frage gestellt hätte. Präsident wurde bekanntlich Bill Clinton, der es nicht versäumt hatte, sich seinerseits öffentlich als 'Langstreckenläufer' zu inszenieren.

## 2. Ökonomisierung und Ästhetisierung der Öffentlichkeit

Die Rede vom Ende der großen Erzählungen, wie sie in den achtziger Jahren etwa von Jean-François Lyotard etabliert wurde, hat zweierlei vor Augen geführt. Zum einen konnte, bereits vor dem historisch evidenten Zusammenbruch der spezifisch modernen Dichotomie Kapitalismus versus Sozialismus beziehungsweise der daran angehängten 'System'-Konfrontationen, gezeigt werden, daß die diesem wesentlich zweipoligen Weltbild zugrunde liegenden Meta-Erzählungen ihre verbindliche Kraft eingebüßt haben. Zumindest in den Gesellschaften westlichen Zuschnitts sind unverbrüchliche Gewißheiten über den eigenen Sozialzusammenhang ebenso unplausibel geworden wie emanzipatorische Hoffnungen bezüglich einer von Heteronomie und materieller Not befreiten Welt. Zum anderen verweist die in mancher Hinsicht plausible These vom Ende der großen Erzählungen doch auf nichts anderes als die Notwendigkeit großer Erzählungen. Denn der Plausibilitätsverlust der erzählten 'Metaphysik' des 19. und 20. Jahrhunderts führt, wie man heute sieht, nicht zum Aufbruch in ein neues Zeitalter des *sapere aude*, in dem die Menschen, nunmehr frei von ideologischen Schranken, die seit der Aufklärung entbehrensreich errungenen Elemente der Emanzipation dazu nutzen, nun endlich doch noch – modern zu werden. Vielmehr bricht sich das Bedürfnis nach übergeordneten, nicht durch kommunikatives Handeln und dialogische Reflektion, sondern durch bloße Übernahme gewonnenen Sinnkonstrukten aufs neue Bahn.

In diesem Sinn läßt sich heute vielleicht eine formlose und eher untergründige, aber alles durchdringende und strukturgebende Meta-Erzählung des Ökonomischen identifizieren. Nach der Abstufung aller gesellschaftlichen Alternativen zur vorherrschenden Produktionsweise eines spezifisch kapitalistischen Marktes in den Rang von Randständigkeit scheint eine Ära der umfassenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche angebrochen zu sein. Diese Tendenz ist in den gesellschaftlichen Diskursen als eine Ökonomisierung der Öffentlichkeit auszumachen. Der Gedanke einer Ökonomisierung öffentlicher Diskurse impliziert das, was Foucault vor Augen hatte, als er davon sprach, die moderne Vernunft sei von einer Ethik zur Natur geworden (vgl. PuG: 131). Eine solche Bemerkung weist in die Richtung, in der man eine zur diskursiven Totalität aufgespreizte historische Erscheinung wie die fortgeschrittene 'Marktgemeinschaft' untersuchen muß, um die spezifischen Defizite dieser Formation aufzudecken.

Die Öffentlichkeit sieht sich heute dem Druck eines diskursiven Dispositivs ausgesetzt, das alle Diskurse, Themen und Akteure sachzwanghaft in eine ökonomistische Perspektive nötigt. In den diskursiven Kreisläufen der Wissenserzeugung und der Normativität zeigen sich die strukturellen Merkmale von Wissensordnungen und Machtdispositiven hier als kontraargumentative Dominanz ökonomisierten Redens, mit denen sich die illokutionären Bindungsenergien kommunikativen Handelns konfrontiert sehen. Universalistisch ausgerichtete Ansprüche auf Anerkennung materieller Gerechtigkeits- oder rechtlicher Inklusionsperspektiven zeigen sich – unter freiheitlichen Bedingungen – partikularen Ansprüchen auf materiellen Vorteil oder privilegierten Status gegenüber als *diskursiv* unterle-

gen. Ein ökonomistisches Diskursdispositiv nötigt noch die Kritik strukturell zur Ausübung einer diskursiven Praxis, welche den normativen Kern der Argumentation affiziert und in den Präferenzrahmen strategisch-ökonomischen Handelns einbindet. Am Beispiel des Wohlfahrtsstaates wird sichtbar, was das bedeutet.

Das wohlfahrtsstaatliche Dispositiv spielte in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit die Rolle einer vertrauten Wahrheit. Zwar sah sich dieser gesellschaftliche Großkompromiß stets Angriffen von politisch rechts wie links motivierten Argumentationen ausgesetzt. Jedoch vermochten weder Versuche einer vulgärliberalistischen Aufkündigung sozialer Sicherungspolitiken noch kapitalismuskritische Bewegungen das Modell eines 'rheinischen Kapitalismus' zu erschüttern. In den Manifestationen öffentlicher Diskurse stellte sich stets aufs neue heraus, daß der alt-bundesrepublikanische Wohlfahrtsstaat mit einer, sei es 'falschen', massenhaften Zustimmung rechnen durfte.

Man darf vermuten, daß diese Zustimmung mit dem Stand der Anerkennungsverhältnisse in einer bestimmten historischen Anordnung zusammenhing. Auf der Anerkennungsstufe der Solidarität konnte ein Mindestmaß materieller Gerechtigkeit dergestalt herbeigeführt werden, daß der überwiegende Anteil der Bevölkerung von der kapitalistischen Restauration des Wirtschaftssystems nach dem Zweiten Weltkrieg profitierte. Mit der materiellen Armut geriet zugleich die ursprüngliche Ungerechtigkeit in Vergessenheit, die dem Kapitalverhältnis als solchem innewohnt, und damit marginalisierten sich auch die Antriebsenergien für weitere Anerkennungsschübe bezüglich der Verteilung materiellen Besitzes. Auf der Anerkennungsstufe des Rechts wurde auf der Basis des Grundgesetzes und einer bis heute vorbildlichen Verfassungsgerichtsbarkeit ein rechtlicher Inklusionsmechanismus etabliert, der langfristig ein durchgreifendes Bewußtsein der Einzelnen als anerkannte und formal gleiche Rechtssubjekte zur Folge hatte. Schließlich wurden in der Anerkennungsstufe 'Liebe', sofern in ihr die Voraussetzungen für die Teilnahme am öffentlichen Leben gelegt werden und insofern hier gesellschaftliche Strukturen relevant sind, durch zunehmende Befreiung von überkommenen traditionellen Restbeständen einer autoritären gesellschaftlichen Lebenswelt Bedingungen wirksam, die dem Einzelnen eine wie immer geartete individuelle gesellschaftliche Entwicklungsperspektive eröffneten.

Spätestens seit 1989 erfährt das breit angelegte und lebensweltlich fest verankerte Vergesellschaftungsmodell des Wohlfahrtsstaates Erosionserscheinungen, die auch die Anerkennungsverhältnisse berühren, dies allerdings anders, als man vielleicht aus einer geschichtsphilosophischen Perspektive erwartet hätte. Auf dem Feld materieller Gerechtigkeitsfragen ist ein deutliches Ungleichgewicht dadurch entstanden, daß nicht nur die Einkommensdisparitäten sich stark vergrößert haben, sondern daß nunmehr ein sich strukturell wandelndes Wirtschaftssystem eine neue 'Klasse' von überflüssigen Individuen produziert, welche auf niedrigstem Niveau nicht nur arbeits-, sondern auch gänzlich chancenlos sind. Auf dem Feld rechtlicher Inklusion ist sowohl im Zuge der Aushöhlung positiver Teilhabeberechte durch Strukturprobleme des Wohlfahrtsstaates als auch durch die unübersichtlichen rechtlichen Herausforderungen seitens einer multiethnischen Gesellschaft und verschiedenster individueller Lebensentwürfe eine Situation entstanden, in der neue Ausschlüsse produziert und damit Anerken-

nungsdefizite geschaffen werden. Schließlich greifen diese Prozesse, in dem sie auf Familie und Freundschaftsverhältnisse durchwirken, auch in die Anerkennungsstufe 'Liebe' ein, indem bereits durch externe Sozialisationsfaktoren ein starkes Gefälle bezüglich Chancengleichheit und Aussichten auf persönliches Glück entstehen.

Diese neue Situation, die bis an die Gegenwart heranreicht, hat die Struktur und Materialität öffentlicher Diskurse erheblich verschoben. Die gesellschaftspolitischen Diskurse werden heute nicht von emanzipatorischen Ansprüchen vorangetrieben, wie es vor dem Hintergrund einer freiheitlichen Zivilgesellschaft und der dynamisch-progressiven Anlage des Grundgesetzes denkbar wäre. Vielmehr ist es zu öffentlich sehr wirksamen Infragestellungen des wohlfahrtsstaatlichen Dispositivs selber gekommen. Die Topographie des öffentlichen Raums hat sich gewandelt.

Angestoßen durch den Zusammenbruch des bürokratisch-diktatorischen Sozialismus, einem kaum vorhersehbaren *Ereignis*, kam eine großflächige diskursive Umgestaltung der Öffentlichkeit in Gang. Vorher hatten sich noch die konservativen Gegenspieler wohlfahrtsstaatlicher Politiken wohl oder übel an einer Ordnung des Diskurses zu orientieren, in der sozialstaatliche Maßnahmen wegen der Ungleichheit der Chancen und der daraus resultierenden materiellen Disparitäten als unstrittig galten. Die Sozialpolitiken konservativer Parteien seit Kriegsende zeugen von der Wirkungsmächtigkeit dieser Wissensordnung. Zudem waren in dem konsentierten wohlfahrtsstaatlichen Dispositiv Machtverhältnisse anzutreffen, die auf der normativen Ebene die Wissenstatsachen der Diskursordnung zu bestätigen schienen. Kapitaleseitige soziale Macht übte sich in einer diskursiven Selbstbeschränkung, deren Bedeutung erst nach dem Ende des wohlfahrtsstaatlichen Konsensus richtig abzusehen ist.

Seit den Wandlungen dieses vertrauten Dispositivs sind diskursive Prozesse anders strukturiert, und dieselben Geltungsansprüche sind von anderen Voraussetzungen geprägt. Nunmehr bricht sich eine ökonomisierte Wissensdisposition Bahn. In dieser Formation beruft man sich auf eine bloß formal verstandene Gleichheit aller Einzelnen, wenn man 'übermäßige' soziale Sicherungssysteme kritisiert und betont die Fruchtbarkeit eines Wirtschaftssystems, in dem egoistische Nutzenkalküle absolute Priorität genießen. Diese Wissensanordnung wirkt auf der Ebene der Machtverhältnisse moralisierend. Denn jetzt wird die fiktionale Figur der 'Unternehmerpersönlichkeit' tugendhaft, die das Glück in die eigenen Hände nimmt. Zugleich bekommen Lebensverläufe, die sich an solchem Handlungsvorbild nicht orientieren (können), eine negative moralische Färbung. Diskussionen um den Wohlfahrtsstaat gruppieren sich jetzt wie selbstverständlich um die Phänomene von Trittbrettfahrertum und 'Mitnahmeeffekten'. Schließlich wirken sich die diskursiven Verschiebungen hin zu einem Ökonomismus öffentlicher Diskurse auch auf der subjektiven Ebene einzelner Personen aus. Durchprägt von Diskursordnungen und Normativitätsverhältnissen müssen 'Lebensweisen', insofern sie überindividuellen Ensembles entgegentzukommen haben, den neuen 'Seinstatsachen' in Form von Erfahrungshorizonten

und Handlungsdispositionen Rechnung tragen. Das bereits erwähnte Stichwort von der 'flexiblen Arbeitnehmerpersönlichkeit' mag diesen Gedanken illustrieren.<sup>57</sup>

Das Phänomen der Ökonomisierung zeigt sich zunächst im Bereich der kapitalistischen Ökonomie selbst, wo sich unter Bedingungen fortgeschrittener Kapitalakkumulation und weiter beschleunigender Waren- und Finanzströme auch das fieberhafte Streben nach permanenten Produktivitätszuwächsen verstärkt. Vom ökonomischen System ausgehend gelangt die buchstäbliche Ummünzung möglichst aller zur Verfügung stehenden materiellen und kulturellen Ressourcen in verwertbare Quantitäten mit Effizienzpotentialen als strukturelles Merkmal in die Kanäle gesellschaftlicher Kommunikation. Das ökonomistische Diskursdispositiv dringt potentiell in alle gesellschaftlichen Bereiche vor.<sup>58</sup>

Dabei muß voran geschickt werden, daß Effizienzsteigerung hier nicht eine Erlangung gleicher Resultate mit geringerem Aufwand meint. Statt dieser freiheitsheischenden Vorstellung dominiert vielmehr die Absicht, mit möglichst gleichem oder geringerem Aufwand höhere Resultate über das Notwendige hinaus zu erzielen. Diese Form des Effizienzdenkens arbeitet nicht der Erlangung größerer Freiheiten vom menschlichen Joch der Notwendigkeiten, sondern der Realisierung ökonomischen Mehrwerts entgegen. Abgesehen davon, daß dieses Prinzip eines 'Immer mehr!' wegen der damit verbundenen Kostenexternalisierung die ökologischen Kapazitäten mittlerweile des ganzen Planeten überstrapaziert und sich somit langfristig selber zu zerstören droht, sichern seine Existenz nicht so sehr systemisch induzierte ökonomische 'Sachzwänge' als vielmehr produktive diskursive, aber anonyme Legitimationsstrategien. Deren sachlicher Gehalt läßt sich in nüchternen Quantitäten zum Ausdruck bringen. Dadurch läßt sich verdeutlichen, daß die öffentlich erzeugte 'Diskursatmosphäre' den faktischen Gegebenheiten mitunter diametral entgegenstehen kann.

Seit Bestehen der Bundesrepublik herrscht in Deutschland ein beständiges Wirtschaftswachstum unter kapitalistischen Produktionsbedingungen. Mit Hilfe eines auf keynesianischen Axiomen beruhenden sozialstaatlichen Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit konnte die Wirtschaftsleistung bis heute stetig gesteigert werden. Das machte sich bis zum Ende der siebziger Jahre auch in einer Steigerung des persönlichen Einkommens in weiten Teilen der Bevölkerung bemerkbar. Zwei Entwicklungen sind es, die dieses Modell aus dem Gleichgewicht brachten. Zum einen zeigt sich seit den frühen siebziger Jahren aufgrund des systembedingten Produktivitätszuwachses eine strukturelle Arbeitslosigkeit, die tendenziell immer weitere Teile der Bevölkerung aus den ökonomisch ruhigen Gefilden einer Mittelschichtexistenz in die rauhe Wirklichkeit materieller Not zurückverweist. Zum anderen zieht der Zu-

---

<sup>57</sup> Bis in die Sprachlichkeit intimer privater Beziehungen vermag der Ökonomismus öffentlicher Diskurse vorzudringen, wenn dort etwa von 'Beziehungsarbeit' oder 'in die Beziehung investieren' die Rede ist.

<sup>58</sup> Die staatliche Verwaltung betreibt ein ausgedehntes *Outsourcing* von Dienstleistungen. Rundfunkbeiträge werden mit Hinblick auf 'Quotentauglichkeit' produziert. Öffentliche Verkehrssysteme sollen gewinnorientiert arbeiten. Die Qualität in Lehre und Forschung an Hochschulen und Universitäten soll an individuelle Vergütung gekoppelt werden. Positive Teilhaberechte in Form von Sozialleistungen werden an die Bedingung der 'Leistungsbereitschaft' von 'Leistungsempfängern' geknüpft. Theater müssen ihre künstlerische Qualität anhand von Zuschauereinnahmen legitimieren. Gymnasien sollen ihre Absolventinnen und Absolventen ein Jahr schneller 'dem Arbeitsmarkt zur Verfügung' stellen.

sammenbruch der bipolaren Nachkriegswelt seit 1989 eine Entfesselung kapitalistischer Dynamik nach sich, in deren Folge vor allem seitens der großen Wirtschaftsunternehmen der Ruf nach besserer Wettbewerbsfähigkeit unter Bedingungen einer ökonomischen Globalisierung immer lauter wird.

Diese Entwicklungen ziehen Diskussionen nach sich, die politisch sehr bedeutsam sind und darauf abzielen, den sozialstaatlichen Kompromiß zugunsten einer neoklassischen und scheinbar normativ bereinigten Version von Volkswirtschaft aufzukündigen. Es entsteht ein selbstbezügliches Szenario von bloß behaupteten Fakten und scheinbar logisch daraus resultierenden Schlüssen. Dieses allgemein bekannte Szenario suggeriert, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse immer schlechter würden. Das Wirtschaftswachstum gerate ins Stocken, Lohnarbeit sei zu teuer. Den Unternehmen entstünden Nachteile in einem Wettbewerb um Absatzmärkte, der sich bis in alle Winkel der Erde erstreckte. Die Ursache für die verkündete Misere liege aber nicht nur in der unausweichlichen 'Naturtatsache' der Globalisierung, sondern vor allem auch in einem kostenintensiven sozialstaatlichen Arrangement, welches überdies den Anreiz zur Arbeitsaufnahme stark verringere und eine Kultur des Trittbrettfahrtums ermutige. Der Staatsinterventionismus sozialdemokratischer Provenienz, der in diesem Zusammenhang zu beklagen sei, führe darüber hinaus zu einer Hemmung von Unternehmertätigkeit, was wiederum jenes Wirtschaftswachstum bremse, dem allein man die Lösung drängender sozialer Probleme zutraue.

Aus der neoklassischen Perspektive lassen sich alle Maßnahmen, die angesichts dieses Szenarios notwendig seien, aus dem Axiom der *invisible hand* ableiten, welches einer schnellen und um moraltheoretische Überlegungen verkürzten Lektüre von Adam Smith entnommen wird. Die unsichtbare Hand eines freien Marktes ist es diesen Hoffnungen zufolge, welche die allseitig vorausgesetzten egoistischen Nutzenkalküle zum Insgesamt einer florierenden Wirtschaft zusammenlaufen lasse. Daher sei alles staatliche Handeln daraufhin zu überprüfen, inwiefern es die Etablierung freier Märkte unterstütze. Aus diesem Blickwinkel liegen die Hauptursachen für ein gehemmt unternehmerisches Engagement in einem aufgeblähten und bürokratischen Sozialstaat. Als eine Reaktion auf den 'teuren' Sozialstaat forcieren neokonservative Stimmen seit Ende der siebziger Jahre die Perspektive, zur Stärkung des Unternehmertums beziehungsweise der Angebotsseite der Volkswirtschaft die steuerlichen Belastungen für die Kapitaleseite deutlich abzusenken.<sup>59</sup> Vor allem durch die Streichung sozialstaatlicher Leistungen soll dieser Nettotransfer öffentlicher Gelder bewerkstelligt werden. Durch die erweiterten Finanzspielräume sollen sich Investitionsanreize für die Unternehmenseite ergeben. Die Wirtschaft könne sich, so die Vorstellung, auf deregulierten Märkten dann frei entfalten. Es komme zu 'mehr Wachstum' und damit zu einer Steigerung der Zahl der Arbeitsplätze, was wiederum für ein Sinken der Arbeitslosenquote und langfristig, bei zunächst erwartetem Lohnverzicht, für steigende Einkommen Sorge. Somit komme die neoklassische Variante der Wirtschaftspolitik *per saldo* allen Teilen der Bevölkerung zugute.

---

<sup>59</sup> Vgl. dazu János Ladányi und Iván Szelényi. Jenseits von Wohlfahrtsstaat und Neokonservatismus. Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. In: Transit, Nr. 12/1996, 113-126.

Für einen Moment scheint es angebracht, diesem neoklassischen Sprachspiel mit einer Art Gegenargumentation zu antworten. Erst der Einsatz eines diskursiven Kontrastmittels verdeutlicht, indem man auf die propositionalen Gehalte von Aussagen sieht, die kontraargumentative Wirkungsmächtigkeit des neoklassischen Dispositivs. Man könnte daran zum einen die behaupteten Fakten und zum anderen die axiomatischen Grundlagen bestreiten. Die Behauptung, der Wirtschaft gehe es 'immer schlechter'<sup>60</sup>, konnte sich im Rahmen der Konjunkturschwäche Anfang der neunziger Jahre und vor dem Hintergrund einer enttäuschten Erwartung exponentiellen Wirtschaftswachstums etablieren. Faktisch ist aber seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ein kontinuierliches lineares Wachstum zu verzeichnen, welches bis heute zu einem Höchststand der Wirtschaftsleistung geführt hat. Da das Wirtschaftswachstum aber als Prozentzahl jeweils in Bezug zu den Daten des Vorjahres gesetzt wird, muß die Steigerungsrate bei stetig anwachsendem Berechnungssockel tendenziell absinken. Eine fallende Prozentzahl der Wachstumsquote gilt im öffentlichen Diskurs als 'schlecht', auch wenn eine Steigerung um 2 % in den neunziger Jahren einen erheblich größeren Zuwachs bedeutet als etwa 5 % in den sechziger Jahren. Von der Annahme, *der* Wirtschaft gehe es 'immer schlechter', ist es nicht weit zu den Folgeschlüssen, der Preis der Arbeitskraft sei zu hoch und die sozialen Sicherungssysteme zu teuer und zu aufwendig. Beide Faktoren würden die wirtschaftliche Aktivität hemmen und damit, in den Denklinien des '*invisible hand*-Theorems', die Entfaltung allgemeinen Wohlstandes.

Die These, Deutschland sei ein sogenanntes 'Hochlohnland' und die Sozialversicherungssysteme zu teuer, erweist sich aber weder im europäischen Vergleich noch mit Blick auf die zunehmenden Einkommensdisparitäten zwischen Arbeit und Kapital als plausibel. Denn durch den starken Produktivitätsfortschritt fließt tendenziell immer mehr wirtschaftlicher Wert der Kapitaleseite zu.<sup>61</sup> Wenn die Quantität der Arbeitsleistung stetig zugunsten des Kapitaleinsatzes in Form von Maschinen und verbesserter Organisation sinkt, führt das zwangsläufig zu einer Schwächung der sozialen Sicherungssysteme, welche aus dem Wert der Arbeit in Form von Sozialversicherungsbeiträgen gespeist werden. Für den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme müßte bei gesteigerter Produktivität dem Faktor Arbeit ein höheres Einkommen pro Zeiteinheit zukommen, was eine Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich bedeuten würde. Da das nicht geschieht, ja bei den derzeitigen Diskursverhältnissen geradezu kategorial ausgeschlossen scheint, fließt mit jedem Produktivitätsfortschritt dem Kapital eine höhere Summe an Gewinnen zu. Durch das 'bloße Funktionieren' des kapitalistischen Produktionsprinzips, welches auf stetem Produktivitätsfortschritt in einer Konkurrenzsituation mit wachsender Akkumulation beruht, kommt es – bei gleichbleibenden gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen – zu einer strukturellen Verschlechterung für die Arbeitsseite und damit für die Ausstattung der sozialen Systeme. Diese geraten finanziell in Bedrängnis und erwecken den Eindruck, 'zu teuer' zu sein.

---

<sup>60</sup> Vgl. zum folgenden Norbert Reuter. Finanzierungsprobleme des Sozialstaats. Die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme hängt von der Primärverteilung ab – eine fragile Grundlage In: Sozialer Fortschritt, Nr. 6/7 1997, 133-137.

<sup>61</sup> 1960 waren 56 Mrd. Arbeitsstunden zur Erwirtschaftung des westdeutschen Sozialproduktes erforderlich, 1996 waren es nur mehr 44 Mrd. Arbeitsstunden für ein dreimal höheres Sozialprodukt. Vgl. ebd., 135.

’Zu teuer‘ sind die sozialen Sicherungssysteme also nur relativ in Bezug auf den beschriebenen Mechanismus, der durchaus auch unter kapitalistischen Bedingungen durch eine politische Neudefinition des Verhältnisses von Kapital und Arbeit korrigiert werden könnte. Die öffentlichen Debatten legen jedoch eine andere Sichtweise nahe. Hier scheint es so, als sei der Wohlfahrtsstaat wegen der ’verschwenderischen‘ Verteilung von Geldern an öffentliche Einrichtungen und Minderbemittelte zu kostspielig. Die Kombination dieser diskursiv erzeugten ’Tatsache‘ mit dem Faktum mehrerer Millionen Arbeitsloser, welche die öffentlichen Haushalte noch einmal erheblich mehr belasten, verfestigt die Annahme, die Krise ’des‘ Systems sei durch ungünstige Bedingungen für das Unternehmertum im herkömmlichen wohlfahrtsstaatlichen Arrangement verursacht. An diese durch bloße Diskursproduktion beglaubigte Diagnose schließen neoklassisch inspirierte Politiken mit den oben angedeuteten angebotsorientierten Vorschlägen zur ’Wirtschaftsbelebung‘ mittels Streichung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und Steuersenkungen für Unternehmen an.

Die Steuersenkungsstrategie wurde bekanntlich in der konservativen Ägide der achtziger und neunziger Jahre in Deutschland massiv betrieben. Der behauptete Effekt trat hingegen nicht ein. Bis heute herrscht, allgemein sichtbar, eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Und die zerstörte Hoffnung auf höhere staatliche Einnahmen durch den behaupteten *boom* führte zu noch erheblich eingeschränkteren finanziellen Spielräumen für die öffentliche Hand. Es zeigte sich, daß Investitionsanreize nicht von den erzielten (und durch Steuersenkungen stark angestiegenen) Gewinnen, sondern von den Absatzerwartungen abhängen. Die Unternehmen nutzten die erweiterten Finanzspielräume angesichts einer durch relativ niedrige Masseneinkommen schwachen Binnennachfrage konsequenterweise für weitere technische Rationalisierungen sowie für lukrative Engagements auf den internationalen Finanzmärkten. Die Senkung der Arbeitslosigkeit und ’*trickle-down*-Effekte‘, die als Legitimationsgrundlage für die neoklassische Wirtschaftspolitik dienten, blieben aus. Von der Maxime, die Reichen und die Starken stärker machen zu wollen, damit die Armen weniger arm und die Schwachen stärker werden, erwies sich nur die erste Hälfte als richtig.<sup>62</sup>

Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verschwand aber keineswegs mit der sich abzeichnenden Ergebnislosigkeit für den überwiegenden Teil der Bevölkerung. Mit der Abwahl der meisten konservativen Regierungen im westlichen Europa in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre gingen auch sozialdemokratische und grüne Parteien dazu über, zentrale Annahmen neoklassischer Wirtschaftspolitik zu übernehmen. Dabei erfolgt die Festigung der diskursiv erzeugten ’Faktizitäten‘ neoklassischer Provenienz häufig mit dem Hinweis auf die internationale Konkurrenzsituation, in der sich Wirtschaftsunternehmen und damit die nationalen Volkswirtschaften befinden. Dieses Argument wird bekanntlich unter dem Schlagwort ’Globalisierung‘ zusammengefaßt.

Auch hier mag es aufschlußreich scheinen, einen kurzen Blick auf den empirischen Gehalt der da-

---

<sup>62</sup> Vgl. János Ladányi und Iván Széleányi. *Jenseits von Wohlfahrtsstaat und Neokonservatismus*. A. a. O., 119f.

mit behaupteten Faktizitäten zu werfen.<sup>63</sup> 'Globalisierung' ist ein im allgemeinen öffentlichen Diskurs erstaunlich wenig hinterfragtes Schlagwort.<sup>64</sup> Mit Globalisierung ist zumeist eine fortgeschrittene weltweite Vernetzung von Produkt- und Finanzmärkten gemeint. Dieser allgemeine und ungenaue Begriff reicht hin, um zur Folgerung zu gelangen, Globalisierung ermögliche Wirtschaftsunternehmen eine nahezu grenzenlose internationale Mobilität. Der von der neoklassischen Theorie geforderte Abbau wohlfahrtsstaatlicher Arrangements, verbunden mit Vergünstigungen für die Kapitaleseite der Produktion, erhält durch die mit der allgemein geteilten Annahme eines umfassenden Globalisierungsprozesses verbundenen Abwanderungsdrohungen seitens großer Wirtschaftsunternehmen starke diskursive Wirkungsmächtigkeit.

Die zweifellos stattfindende Internationalisierung von Wirtschaftsstrukturen ist ein Resultat des Akkumulationsprozesses, dessen Gesetzmäßigkeiten bereits Marx beschrieben hat. Bei dem, was also schon lange als Tendenz kapitalistischen Wirtschaftens bekannt ist und heute, als handele es sich um einen neuen Sachverhalt, unter dem Schlagwort Globalisierung verhandelt wird, geht es jedoch zunächst um regional begrenzte Trends, die die wirtschaftliche und technologische Leistungsfähigkeit etwa der Bundesrepublik Deutschland bislang nicht einschränken.

Sowohl im Außenhandel als auch bei der Auslandsproduktion und der Auslandsforschung zeigen sich seit langem stabile Trends einer Regionalisierung der Weltwirtschaft. Dabei zeichnen sich mit Europa, Nordamerika und dem asiatisch-pazifischen Raum vor allem drei Großregionen ab, innerhalb derer der überwiegende Teil des Welthandels, der Weltproduktion und der Forschungsbemühungen angesiedelt ist.

Insgesamt zeigen sich beim Grad der Internationalisierung der Wirtschaft starke sektorale Differenzen zwischen verschiedenen Branchen. Zwar ist die Bundesrepublik Deutschland wegen der geringen Rohstoffvorkommen und einem begrenzten Binnenmarkt traditionell auf Im- und Exporte angewiesen. Das gereicht ihr aber bis heute nicht zum Nachteil. Die deutsche Wirtschaft ist führende Technologieproduzentin in Europa und meldet hinter den USA und Japan die drittmeisten Patente weltweit an. (Die Zahl der Patentanmeldungen spielt als diskursives Druckmittel ebenfalls eine bedeutende Rolle.) Selbst bei Akzeptanz der kapitalistischen Wirtschaftsprämissen ergeben sich also auf der sachlichen Ebene keine gravierenden Anhaltspunkte für die behauptete Bedrohung durch einen als 'naturgesellschaftlichen Vorgang'<sup>65</sup> apostrophierten Prozeß der Globalisierung. Faktisch lassen sich starke Globalisierungstendenzen des Kapitals lediglich auf den internationalen Finanzmärkten beobachten. Dort kommt es zu immer schnelleren Umsätzen von immer höheren Summen, was wegen des Grades

---

<sup>63</sup> Zum Stand der Globalisierungstendenzen vgl. im folgenden Hans-Hagen Härtel, Rolf Jungnickel u. a. Grenzüberschreitende Produktion und Strukturwandel – Globalisierung der deutschen Wirtschaft. Baden-Baden 1996; ferner: Ulrich Dolata. Das Phantom der Globalisierung. Die Internationalisierung der deutschen Wirtschaft konzentriert sich auf die europäischen Nachbarländer. In: Frankfurter Rundschau, 30.01.1997.

<sup>64</sup> Eine seriöse wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den zahlreichen Facetten dieses schillernden Begriffes ist dagegen mittlerweile in Gang gekommen. Vgl. z. B. Schwerpunkt: Globalisierung, Medien und Demokratie. In: DZPhil., Nr.6/1997, 879-941; auch: Hauke Brunkhorst, Matthias Kettner (Hrsg.). Globalisierung und Demokratie Wirtschaft, Recht, Medien. Frankfurt am Main 2000.

<sup>65</sup> Oskar Negt. Ironie der Geschichte oder: Der Kaiser ist nackt. Rede bei den Römerberg-Gesprächen in der Frankfurter Paulskirche. In: Frankfurter Rundschau, 04.07.1998.

der damit verbundenen Virtualisierung von Werten und der Intransparenz des Finanzsektors unvorhersehbare Krisenszenarien mit schweren volkswirtschaftlichen Schäden heraufbeschwört. Diese die Gesellschaften bedrohende Entwicklung einer Bereicherung weniger Wohlhabender auf Kosten der breiten Masse der Weltbevölkerung hat jedoch wenig mit den Standort- und Sozialstaatsdebatten zu tun, welche sich auf die Güterproduktion und damit auf die materielle Reproduktion der Gesellschaft beziehen.

Wenn man zu diesen bisweilen drögen Faktizitäten schließlich noch die axiomatischen Schwierigkeiten hinzuzieht, die aus der neoklassischen Ökonomieauffassung erwachsen, komplettiert sich das Bild einer kontraargumentativ etablierten Ordnung des Diskurses bestimmter ökonomischer Präferenzen. Die drei zentralen Ausgangsannahmen neoklassischer Orthodoxie bestehen darin, daß Geldeinkommen und Reichtumbildung die maßgeblichen Faktoren für menschliches Wohlergehen bilden, daß der Mensch ein rationaler Nutzenmaximierer sei und daß freie Märkte eine optimale Zuordnung der Ressourcen gewährleisten, da sie Angebot und Nachfrage in einer Volkswirtschaft in ein Gleichgewicht bringen. Diese Grundannahmen vermögen unabhängig von ihrem sachlichen Plausibilitätsgrad diskursiv eine breite Wirkung zu erzielen, da wirtschaftliche Diskurse in hohem Maße einer ökonomischen 'Pfadabhängigkeit' unterliegen und einmal akzeptierte Prämissen unabhängig von ihrem faktischen Gehalt lange Zeit als Diskursgrundlage akzeptiert werden können.<sup>66</sup>

Amartya Sen konnte sehr anschaulich zeigen, daß die Lebensgüter, welche für menschliches Wohlergehen verantwortlich sind, zu einem großen Teil nicht-ökonomischer Natur sind.<sup>67</sup> Schon ab einem geringen materiellen Besitz gibt es keinen signifikanten Zusammenhang mehr zwischen materiellem Wohlstand und menschlichem Wohlergehen im Sinne von Lebensglück.

Ist schon die Annahme unplausibel, wonach die Individuen immer weitere materielle Bereicherung anstreben, weil sie sich davon Glück und persönliches Heil erhoffen, so gilt das ebenso für die Behauptung, der Mensch als *homo oeconomicus* sei wesentlich ein rationaler Nutzenmaximierer. Diese fade Anthropologisierung eines ökonomistisch reduzierten Konzepts der menschlichen Person betrachtet das Individuum als eine Monade, der alle soziale Umwelt zur bloßen Bedingung für das eigene strategische Handeln geworden ist. Eine solche Sichtweise blendet aber unhintergehbare und apriorische intersubjektive Sozialbezüge aus, in die jedes Individuum konstitutiv eingebunden ist. Die immer schon gegebene Intersubjektivität nötigt das Individuum von einer rein nutzenorientierten Haltung zu einer 'Mischkalkulation' sozialen Handelns, in die stets auch moralisch-ethische Überlegungen und Präferenzen einfließen.

Bereits seit den achtziger Jahren gibt es Versuche im Feld der experimentellen Wirtschaftswissenschaft, welche die utilitaristischen Grundannahmen vom Individuum erschüttert haben. Ernst Fehrs Untersuchung aus neuerer Zeit kann dies veranschaulichen. Ein Proband (a) erhält 100 Schweizer Franken mit der Auflage, das Geld mit einer Person (b) zu teilen. Nur wenn (b) mit dem Teilungsvor-

<sup>66</sup> Vgl. dazu Heino Heinrich Nau. Wirtschaftlichen Wandel verstehen lernen. Grenzen des neoklassischen Paradigmas: Plädoyer für eine koevolutionäre Sichtweise. In: Frankfurter Rundschau, 21.12.1999.

<sup>67</sup> Vgl. Amartya Sen u. a. The Standard of Living. Cambridge 1987.

schlag einverstanden ist, dürfen beide Seiten ihren jeweiligen Anteil für sich behalten. Wenn (b) ablehnt, geht die ganze Summe für beide verloren. Dieses Planspiel sieht in seinem papiernen neoklassischen Ausgang vor, daß (a) in den meisten Fällen (b) einen Franken zugestehen und 99 Franken behalten wird. Diese extrem ungleiche Aufteilung wird (b), so die Annahme, akzeptieren, da ein Franken für ihn besser ist als nichts. Tatsächlich gab sich von vielen Probanden keine Person (b) mit weniger als 20–30% des Ausgangsbetrages zufrieden. Offensichtlich ist das Empfinden für Gerechtigkeit und Angemessenheit ein intrinsischer Bestandteil jeder Verhandlungssituation. Der theoretische *homo oeconomicus* muß wohl eher als ein *homo reciprocans* konzeptualisiert werden.<sup>68</sup> Extrem nutzenorientierte Einstellungen schlägen in das Gegenteil von Effizienz spätestens dann um, wenn die Akteure der sozialen Umwelt ihrerseits mit der ökonomischen Nutzenmaximierung ernst machten. Der Zustand der Zivilisiertheit ist nichts anderes als ein Resultat der Mischung von Möglichkeiten ökonomischen Handelns mit ökonomisch nutzlosen, aber moralisch notwendigen Grundsätzen der Bändigung von Egoismus. Ohne Steuergesetze, Straßenverkehrsordnung, zivilisiertes Verhalten in Warteschlangen, freundschaftliche Loyalitäten und andere völlig selbstverständliche Begrenzungen egoistischen Nutzenkalküls würde das Handeln nach Effizienzkriterien zu äußerster Ineffizienz führen. Diese moralischen Konnotationen einer praktischen Vernunft schließt die neoklassische Ökonomie prinzipiell aus ihren Axiomen aus und macht damit ihre Füße tönern.

Schließlich wird bei genauerer Betrachtung auch das axiomatische Vertrauen in die Kraft freier Märkte fragwürdig. Die neoklassische Wirtschaftstheorie setzt als gegeben, daß freie Märkte eine optimale Zuordnung der Ressourcen gewährleisten, da sie Angebot und Nachfrage in einer Volkswirtschaft in ein Gleichgewicht bringen. George Soros hat in sicherlich populärwissenschaftlicher Manier, aber dafür in der Praxis der Finanzmärkte gezeigt, daß diese Annahme falsch ist.<sup>69</sup> Denn sie basiert auf der Zusatzannahme umfassender Information. Wären alle Teilnehmer an einem Markt über alle Angebote und die Nachfragesituation vollständig informiert, könnten sich die Ressourcen bedarfs- und ökonomiegerecht verteilen. Diese statische Annahme ist aber schon deshalb unplausibel, weil Nachfrage und Angebot nicht unabhängig voneinander gegeben sind. Soros hat sein Milliardenvermögen an den internationalen Finanzmärkten durch den psychologischen Umstand erzielt, daß die Erwartungen bezüglich bestimmter ökonomischer Entwicklungen die Entwicklungen selber beeinflussen. Angebot und Nachfrage beziehen sich zirkulär aufeinander, was wiederum vollständige Information der Marktteilnehmer und damit ein marktförmig erzielbares Äquilibrium grundsätzlich ausschließt. Angesichts dieses Psychologismus der Märkte, die nur scheinbar als autopoietische und selbstreferentielle Systeme funktionieren, wird die von interessierter Seite geförderte Vorstellung, man müsse zur maxi-

---

<sup>68</sup> Fehr führte seinen Versuch unter anderem auch mit Personen in Rußland und Indonesien durch, für die 100 Schweizer Franken ein mehrfaches Monatsgehalt darstellen. Das Resultat war dasselbe wie in der saturierten Schweiz. Vgl. dazu Wolfgang Uchatius. Der Mensch, kein Egoist. In: DIE ZEIT; Nr. 23, 31.05.2000. Zu den begrifflichen Konfusionen um den *homo oeconomicus* vgl. auch Amartya Sens berühmten Aufsatz über *Rational Fools*, dt.: Rationale Trottel: Eine Kritik der behavioristischen Grundlagen der Wirtschaftstheorie. In: Stefan Gosepath (Hrsg.). Motive, Gründe, Zwecke. Theorien praktischer Rationalität. Frankfurt am Main 1999, 76-102.

<sup>69</sup> Vgl. George Soros. Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr. Berlin 1998.

malen Effizienz (= allgemeine Wohlstandssteigerung) jegliche politisch motivierte Regulierung unterlassen, sachlich unplausibel. Ist also schon der Kapitalismus als Produktionsprinzip nur in einer wie immer sozialstaatlich gebändigten Form in der Lage, wohlfahrtsstaatliche Effekte zu zeitigen, so gilt das erst recht für das Distributionsprinzip des Marktes, welches nur in einer politisch-gesellschaftlich gebändigten Form nicht zu eklatanten Fehlverteilungen von Ressourcen führt.

Lediglich cursorisch und in grober Weise sind hier Fluchtlinien neoklassischen Redens sowie möglicher Gegenrede markiert worden. Wenn man die Positionen dieser vielerorts wortreich ausgetragenen Dispute auf der Ebene propositionaler Gehalte betrachtet, wird sehr deutlich, daß es eher die Foucaultsche Wahrheit einer sozial eingeübten Erfahrung denn Wahrheit in der Dimension von Geltungen ist, welche der gesellschaftlichen Öffentlichkeit ihren diskursiven Stempel auferlegt. Die Topographie des öffentlichen Raumes verdeckt als strukturelles Ensemble die normativen Quellen, aus denen sich seine diskursiven Flüsse speisen. In der Normalität des öffentlichen Alltags laufen normative Bezüge zwar stets bei aller Kommunikation mit und sorgen dafür, daß in der *longue durée* historischer Abläufe bloß vorgeschützte propositionale Gehalte ihrer mangelhaften Substanz entkleidet werden können. Die atemlosen Verläufe einer von Zeitnöten getriebenen und kurzfristigen Diskurskonjunkturen folgenden gesellschaftlichen Gegenwart begünstigen jedoch im Regelfall die Dominanz diskursiver Materialitäten gegenüber propositionalen Gehalten.

Auf der Achse des Wissens hat sich vor dem Hintergrund des skizzierten Szenarios eine Diskursordnung entwickelt, in welcher die quantifizierende Sichtweise kapitalistischer Ökonomie nahezu vollends etabliert ist. Ein Paradigma von Produktion und Konsum hat sich in den gesellschaftlichen Lebensvollzügen soweit zu einem andere Optionen verdrängenden 'Modell' verdichtet, daß die Ökonomie der Tauschwerte tendenziell alle gesellschaftlichen Diskurse affiziert. 'Wissen' bedeutet hier, daß es zu dem liberalistischen Muster individueller Präferenzverfolgung keine nennenswerte Alternative gibt. Die Materialität dieses massenhaft reproduzierten Diskursdispositivs (in Nachrichtenmedien, *talk shows*, Werbebotschaften, Sozialpolitiken, Kulturinstitutionen...) verleiht ihm eine Plausibilität, die argumentativ nicht abgedeckt ist. Diese Materialität funktioniert zunächst über Wörter und Begriffe. 'Wettbewerbsfähigkeit', 'Modernisierung', 'Flexibilität', 'Freiheit', 'Globalisierung', 'Arbeitsmarkt', 'Abgabenlast', 'Investor', 'Erstarrung', 'Wachstum', 'Produktivität', 'Deregulierung', 'Wirtschaftsstandort', 'Humankapital', 'Preis-Leistungsverhältnis', 'Kulturstandort' und so weiter sind Termini, die zum materialen Vokabular öffentlicher Diskurse geworden sind, ohne daß ihre Referenzen seitens ihrer Verwender argumentativ aufgeklärt werden müßten. Der Geltungsanspruch auf Wahrheit, der mit diesen Wörtern erhoben wird, bleibt diskursiv abgeschattet. Eine kritische Prüfung ist von den Strukturen einer diskursiven Praxis überlagert. (Andere Begriffe wie 'Umverteilung', 'soziale Gerechtigkeit', 'Sozialhilfe', 'Arbeitszeitverkürzung', 'Ökosteuer', 'Vergesellschaftung' und 'Wohlfahrtsstaat' erfreuen sich nicht in gleichem Maße einer solchen diskursiven Unterstützung und müssen daher ungleich höhere Argumentationslasten tragen.) In einer eingehenden Untersuchung

müßte detailliert beschrieben werden, wie es zunehmend 'wahr' und politisch wirksam werden konnte, daß nach langem Erwerbsleben eine staatliche Altersversorgung nicht mehr erwartet werden darf, daß die Gründe für Arbeitslosigkeit heute zunächst einmal bei den Betroffenen selber zu suchen sind, daß Tarifverträge und garantierte Löhne und Arbeitszeiten wirtschaftliche Aktivität behindern und so fort.

Auf der Achse der Macht muß man mit bestimmten Normativitätsverhältnissen rechnen, welche die diskursive Behandlung moralisch-praktischer Fragen nachhaltig berühren. Dabei hat sich eine Bestimmung sozialer Kräfteverhältnisse heute ins Unbestimmte einer Post-Klassengesellschaft verflüchtigt. Soziale Herrschaft, die mehr als hundert Jahre lang von dem personalisierbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit bestimmt war, ist heute verstreut in bisweilen schwer zu identifizierende Kraftfelder. Machtverhältnisse präsentieren sich in komplexen strategischen Situationen. Sie sind den Wissensdispositionen inhärent. Die eben angedeuteten Begriffsfelder des öffentlichen Diskurses bringen nicht nur eine Wissensordnung, sondern auch Machtverhältnisse zum Ausdruck, welche sich zunächst auf der Mikroebene von Wörtern und Begriffen bemerkbar machen. So wurde beispielsweise im angelsächsischen Sprachraum aus dem Wort *homeless* für Obdachlose der Ausdruck *rough sleeper*. Diese begriffliche Verschiebung macht jemanden, der auf Grund persönlicher Schicksalsschläge und eines Verlierer produzierenden ökonomischen Konkurrenzdispositivs Obdach und Habe verloren hat, zu einer Person, welche gewissermaßen aus freien Stücken, jedenfalls in eigener Verantwortung dafür optiert hat, unter freiem Himmel zu leben und auf materiellen Besitz zu verzichten. Mit derartigen semantischen Verschiebungen sind unweigerlich normative Aspekte berührt. Denn während die *homeless person* noch ein Thema für die Frage nach gesellschaftlichen Verantwortlichkeiten darstellt, kann der *rough sleeper* nicht länger mit solchem Entgegenkommen rechnen.<sup>70</sup>

Nicht nur in dieser Mikroperspektive und dort auf vielfältige Weise hat sich ein ökonomistisches Diskursdispositiv in die Normativitätsverhältnisse eingegraben. Das Ethos des Produzierens um des Produzierens willen und des Konsumierens um des Konsumierens willen durchgreift dabei das Streben nach Anerkennung. Anerkennungsdiskurse, die ihrem Wesen nach emanzipativ strukturiert sind, werden auf diese Weise – wenigstens zeitweilig – konformistisch überlagert. Das Streben nach Anerkennung materialer Gerechtigkeitsansprüche kann sich dann Ausdruck verleihen durch Forderungen lediglich nach materieller Gleichgestelltheit anstelle von substantieller Gerechtigkeit. Die Individuen passen sich in Diktion, Begrifflichkeit und Sprachduktus den zeitgemäßen Forderungen nach mehr Status, mehr Besitz und so weiter an.

Würden alle Diskurse um normative Geltungs- und gesellschaftliche Anerkennungsansprüche im Modus 'reinen' kommunikativen Handelns ausgetragen werden können, müßte sich vor dem Hintergrund der Universalisierbarkeit gültiger Normen ein anderes Diskursprofil ergeben (auch wenn *immer* Diskursordnungen und Machtverhältnisse bestehen). Interessengruppen, politische Parteien und auch einzelne Akteure würden dann den verallgemeinerbaren Anteil ihrer Ansprüche in den Mittelpunkt der

---

<sup>70</sup> Vgl. Nikolas Rose. Powers of Freedom. A. a. O., 268.

Debatten rücken müssen, da bei einer bloßen Interessenvertretung nicht mit dem Entgegenkommen der jeweils anderen Akteure zu rechnen wäre. Der Modus kommunikativen Handelns implizierte dann eine Diskussion der von Diskursordnung und Normativitätsverhältnissen bereits durchsetzten Begriffe selber. Eine solche Überprüfung ist zwar auch in der gesellschaftlichen Realität jederzeit möglich. Eine Analyse der Mikrophysik von Begrifflichkeiten, Begriffsverwendungen, Redewendungen etc. würde aber zu Tage fördern, wie sich Wissensordnung und Machtrelationen strukturell so etablieren, daß in der Regel eine diskursive Praxis nicht ohne weiteres verlassen werden kann.

Auf der Achse der Subjektivität schreibt sich eine diskursivierte Ökonomisierung in eine erfahrungsstrukturierte Individualität ein. Jede Berührung mit öffentlichen Diskursen, sei es rezeptiv oder aktiv, legt einen Gebrauch etablierter Begrifflichkeiten und eine intuitive Befolgung von Normativitätsverhältnissen nahe. Eine Untersuchung von Konsum-, Lebens- und Sprechgewohnheiten im Sinne einer Analytik des Alltags würde zeigen, wie das Sprachverhalten von Einzelnen durch etablierte Diskursensembles beeinflusst wird. Jede souveräne Aneignung von Subjektivität im Rahmen einer 'Lebensweise' kann zunächst nur von dem vorgefundenen, ermöglichenden und beschränkenden gesellschaftlichen Paradigma ausgehen. Es wäre eine soziologische Analyse etwa vom Zuschnitt Bourdieuscher Untersuchungen, welche die spezifisch ökonomistischen Charaktermerkmale dieses Paradigmas in der Gegenwart zu Tage fördern würde.<sup>71</sup>

Verkörpert bereits die Ökonomisierung der Öffentlichkeit eine Krise der Politik im Stadium gesteigerter marktgesellschaftlicher Ausdehnung, so gilt das auch für jene Phänomene, die hier unter der Bezeichnung 'Ästhetisierung der Öffentlichkeit' rubriziert werden. Das ökonomistische Diskursdispositiv drängt eine originär auf normative Prämissen angewiesene Politik so weit aus dem Bereich gestaltbarer materialer Inhalte, daß seitens der Akteure Ausweichbewegungen stattfinden. Wie zwischen Scylla und Charybdis finden sie sich in einer Lage wieder, in welcher einerseits ökonomische Strukturen 'Systemzwänge' mit hohen sozialen 'Folgekosten' evozieren und andererseits politisches Gegensteuern gegen Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und andere Nebenfolgen kapitalistischen Wirtschaftens erwartet wird. Den damit verbundenen Legitimationsproblemen einer auf Wählerstimmen angewiesenen Politik begegnen die Protagonisten auf der öffentlichen Szene in Zeiten fehlender reformpolitischer Perspektiven durch Ästhetisierungsstrategien. Die propositionalen Gehalte von politischen Aussagen werden dabei durchsetzt von einer augenblickhaften und unmittelbaren Präsenz diskursiver Produktivität in Form von Redewendungen, charismatisch angelegten Personenkonzepten oder visuellen Strategien. Die Form der öffentlichen Rede gerät unversehens zum Inhalt selber, und dieser Kategorienwechsel vom argumentativen Diskurs zur Sinnlichkeit der Wahrnehmung von Politik eröffnet die Bandbreite eines ästhetischen Dispositivs, welches sich als Strukturmerkmal dem öffentlichen

---

<sup>71</sup> Vgl. etwa Pierre Bourdieu u. a. *Der Einzige und sein Eigenheim*. Hamburg 1998.

Raum einschreibt.<sup>72</sup>

Auch das Strukturmerkmal der Ästhetisierung hat präfigurativen Charakter, das heißt, es kann nicht einfach voluntaristisch hintergangen werden. Begünstigt durch die Vorgabe eines inszenatorischen Rahmens seitens selektierender Massenmedien ist die Überlagerung sachlicher Relevanzkriterien politischer Themen durch strukturelle Merkmale wie 'emotionaler Gehalt', 'Prominenz der Akteure', 'Moralisierbarkeit', 'visuelle Eindringlichkeit' oder 'Möglichkeit zu effektvoller Dramatisierung' unausweichlich geworden.<sup>73</sup> Das ist vor allem an den Öffentlichkeitsstrategien 'alternativer' gesellschaftlicher Bewegungen wie der Grünen Partei zu erkennen. Trat diese zunächst mit dem Anspruch auf, die Beförderung politischer Reformansätze auch durch ein alternatives Konzept von Öffentlichkeit verfolgen zu wollen, mußten im Laufe der Zeit mehr und mehr Zugeständnisse an die strukturellen Zwänge eines ästhetischen Diskursdispositivs gemacht werden. In Analogie zu kommerziellen Werbekampagnen betreiben mittlerweile auch die Grünen ein professionelles *polit marketing* (Sigrid Baringhorst), welches eben nicht bloße Form ist, sondern die argumentative Haltung zu ehemals radikaldemokratischen, gesellschaftskritischen oder bewußt utopisch orientierten Politiken nachhaltig durchgreift und verändert. Die Hoffnung auf gesellschaftliche Reformen wird dadurch verschoben in Ästhetizismen sinnlich wahrnehmbarer symbolischer Politik, welche den Legitimationsdruck angesichts der eigenen normativen Vorgaben lindern sollen. In dem Moment, wo sich professionell und kommerziell organisierte Sozialkampagnen an einer konsumistischen Sozialmoral zu orientieren beginnen, ist der ökonomistische Einschlag in normative Diskurse unverkennbar, und die Ästhetisierung öffentlicher Diskurse ergibt sich als eine Folge ihrer Ökonomisierung.

Die Ästhetisierung der Öffentlichkeit als strukturelles Merkmal von Diskursen zielt mittels der Sprache und der suggestiven Kraft von Bildern auf die Wahrnehmung von Rezipienten. Was sich sinnlich in die individuellen und kollektiven Gedächtnisse einschreibt, hat Chancen, kontraargumentativ Wissensordnungen, Normativitätsverhältnisse und Subjektkonstitutionen zu definieren. In bezug auf das Strukturmerkmal der Ästhetisierung hätte eine Analytik der Öffentlichkeit sich der Sprache<sup>74</sup>, den in der Öffentlichkeit produzierten 'Visiotypen'<sup>75</sup>, einer Mikrophysik der Selbstdarstellung von Personen im öffentlichen Raum<sup>76</sup> sowie der diskursiven Bedeutung von Ästhetisierungs- und Inszenie-

---

<sup>72</sup> Diese Tendenz ist besonders gut in den Wahlkämpfen und auf Parteitag von politischen Parteien sozialdemokratischer Provenienz sichtbar. Die unausweichliche Erschöpfung des semantischen Potentials sozialdemokratischer Politik angesichts der Strukturprobleme im beginnenden 21. Jahrhunderts führt zu einer stetig gehegten und aufwendig konzeptualisierten, jedoch bloß surrogativen Rhetorik der Erneuerung, deren konkrete politische Ausgestaltung eher Resultat pragmatischer Reaktionen auf systemische Funktionserfordernisse denn Reformpolitik ist.

<sup>73</sup> Vgl. Sigrid Baringhorst. Symbolische Politik. Politische Kampagnen neuen Typs als Medium kritischer Öffentlichkeit. In: Transit, Nr. 13/1997, 42-56.

<sup>74</sup> Vgl. z. B. Erhard Eppler. Kavalleriepferde beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache. Frankfurt am Main 1992.

<sup>75</sup> Vgl. Uwe Pörksen. Logos, Kurven, Piktogramme oder Die Weltwirkung der Visiotype. In: Jahrbuch des Kulturwissenschaftlichen Instituts am Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen. Essen 1996, 109-130 sowie ders. Wie wirklich ist die Wirklichkeit? Visuelle Regie und politische Öffentlichkeit. In: Frankfurter Rundschau, 26.09.1998.

<sup>76</sup> Vgl. etwa Astrid Schütz. Politik oder Selbstdarstellung? Beispiele von Politikerauftritten. In: Michael Jäckel, Peter Winterhoff-Spurk (Hrsg.). Politik und Medien. Analysen zur Entwicklung der politischen Kommunikation. Berlin 1994, 193-209.

rungsstrategien im ganzen zu widmen.<sup>77</sup> Dabei ergäben sich vielerlei politiktheoretische, semiologische und ikonographische Aspekte des ästhetizistischen Diskursdispositivs der Öffentlichkeit<sup>78</sup> und mithin ein 'phänomenologisch' reiches *panel* von Beschreibungsmodalitäten zur Erfassung dessen, was hier an verschiedenen Stellen Topographie des öffentlichen Raumes genannt wurde.

Diese Beschreibung einer Topographie der Öffentlichkeit wird zur kritischen Diagnose jedoch erst, wenn man sie im Zusammenhang mit dem vorgestellten theoretischen Maßstab entwickelt. Denn es ist eine zunächst offene Frage, inwiefern ästhetizistische Diskursstrukturen, welche als strukturelle Präfigurationen ja stets vorhanden sind, das kommunikative Handeln tatsächlich so zu überlagern vermögen, daß der Artikulation von emanzipatorischen Anerkennungsansprüchen Hindernisse entgegenstehen, welche die Rede von einer pathologischen Situation plausibel erscheinen lassen.

Auf der Achse des Wissens produziert das ästhetische Diskursdispositiv über Bilder und sprachliche Materialitäten 'Wahrheiten' ohne argumentative Deckung. Die Ministerin, die vor den Kameraaugen der Öffentlichkeit einen Autobahnabschnitt eröffnet oder der Vorstandsvorsitzende, der besorgt vom 'scheuen Reh des Kapitals' spricht, das man nicht vertreiben dürfe, die Schlauchboote von *Greenpeace*, die sich wagemutig riesigen Walfangschiffen entgegenwerfen, die Parteivorsitzende, welche sich der Kritik durch Sprachspiele entzieht, schaffen bei Rezipienten im öffentlichen Raum ästhetisch geprägte Auffassungen von Wirklichkeit. Die diskursive Überprüfung von Geltungsansprüchen, die bei der Artikulation und Ausbalancierung von Anerkennungsverhältnissen konstitutiv ist, wird von dieser ästhetischen Anordnung aus Wörtern und Bildern überlagert. Die tiefgreifenden gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart bleiben auf diese Weise im Schwebestand, sie sind nur noch ungefähr in der massenmedial generierten Szenerie einer ästhetisierten Öffentlichkeit.

Auf der Achse der Macht werden durch Ästhetisierungserscheinungen Normativitätsverhältnisse hergestellt, in denen unter kommunikativen Prämissen illegitime Einflußverhältnisse akzeptanzfähig gemacht werden. Mit großem inszenatorischen Aufwand gestalten beispielsweise politische Parteien Wahlkämpfe und Parteitage, bei denen von vornherein auf ästhetische Kriterien von Dramaturgie und Inszenierung gesetzt wird. Da diese Reklamefeldzüge von professionellen Agenturen durchgeführt und nach den Gesetzmäßigkeiten der 'Mediengesellschaft' ausgerichtet werden, kommt es zu einer merkwürdig anmutenden 'Gleichschaltung' von politischen Strömungen, welche die nach wie vor dahinter stehenden Normativitätsverhältnisse verdeckt. Jene Kraftverhältnisse Foucaultschen Typs, welche die Gesellschaft durchziehen und welche Gegenstand von Anerkennungskämpfen sind, werden durch Strategien des Ästhetischen verschleiert, welche die diskursive Prüfung von Geltungsansprüchen strukturell überlagern.

Auf der Achse des Subjekts schließlich bleiben die Einzelnen von Strategien der Ästhetisierung nicht ausgenommen. Durch den täglichen Konsum von Ästhetizismen aller Art in Werbung, Politik

---

<sup>77</sup> Vgl. dazu z. B. die Arbeiten von Thomas Meyer. *Politik als Theater. Die neue Macht der Darstellungskunst*. Berlin 1998; ders. *Die Transformation des Politischen*. Frankfurt am Main 1994.

<sup>78</sup> Für diese analytische Aufteilung vgl. Sabine R. Arnold, Christian Fuhrmeister und Dietmar Schiller. *Politische Inszenierungen im 20. Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht*. Wien 1998.

und im öffentlichen Raum der Städte wird man früh in eine Haltung eingeübt, die es schwer macht, einer bunten Öffentlichkeit mit medialem Kurzzeitgedächtnis jenen Realitätssinn und jene Urteilskraft entgegenzusetzen, die für das Funktionieren von demokratischen Gemeinwesen unumgänglich sind. Allerdings ergeben sich durch die Möglichkeiten, unter freiheitlichen Bedingungen das Konzept einer eigenen 'Lebensweise' entwickeln zu können, auch zahlreiche Kreativitätsspielräume, die ästhetischen Dispositive der Öffentlichkeit zu nutzen, ohne sich von ihnen entmündigen zu lassen.

Eine empirisch reiche Untersuchung hätte als eine Art 'Phänomenologie' der Öffentlichkeit sicherlich starke Differenzierungen vorzunehmen. Solche Anstrengung zielte darauf ab, einerseits die Existenz der strukturellen Präfigurationen 'Ordnung des Diskurses', 'Machtverhältnisse' und 'Subjekt' im Foucaultschen Sinne *als solche* in öffentlichen Diskursen neben deren normativen Implikationen aufzuzeigen. Andererseits müßte die Analyse die jeweiligen historischen Konkretionen dieser Präfigurationen beschreiben, um sie vor dem Hintergrund des konstruierten normativen Maßstabs als Kritik auszuweisen.

Zunächst wären verschiedene Abstufungen der Öffentlichkeit nach Reichweite und Wirksamkeit zu unterscheiden. Der Habermassche Vorschlag einer Unterscheidung nach räumlichen (lokalen, regionalen, nationalen, internationalen), sachlichen (Themenschwerpunkte, Sachbereiche) und kommunikationsspezifischen (episodischen, veranstalteten, abstrakten) Ebenen der Öffentlichkeit erwiese sich hier als hilfreich (vgl. FuG: 452). Diese Differenzierung zöge weitere Unterscheidungen zwischen auf der öffentlichen Bühne handelnden Personen, einem vermittelnden Journalismus und Rezipientenkreisen nach sich, zudem Unterscheidungen zwischen Textsorten wie Interviews, Reden, *talk shows*, Presseerklärungen, Zeitungsartikeln, Rundfunkbeiträgen etc. Durch alle diese Ebenen und Zwischenebenen, an allen Knotenpunkten dieses komplexen öffentlichen Netzwerks kann man je konkret ansetzen und den Spuren struktureller Diskursmerkmale folgen.

Die kritische Diagnose der Öffentlichkeit unter dem Aspekt der Ökonomisierung läuft auf einen dreifachen Befund hinaus. Auf der Anerkennungsstufe 'Solidarität' setzen sich die unter argumentativen Gesichtspunkten nicht haltbaren Prämissen neoklassischer Provenienz derart in Wissensstrukturen und Machtverhältnissen fest, daß die Auflösung von substantiellen Ungerechtigkeiten (ökonomische Ausbeutung und kulturelle Hegemonieansprüche) durch einen öffentlichen Diskurs unter freiheitlichen Bedingungen verhindert wird. Das gilt in ähnlichem Ausmaß für die Anerkennungsstufe 'Recht', auf welcher über Diskursordnungen und Machtverhältnisse Exklusion und Entrechtung verstetigt werden. Schließlich induzieren diese Zustände auf der subjektiven Ebene eine Überhöhung des Individuellen, die die Reziprozität von Subjekt und soziomoralisch strukturierter Umwelt aus dem Blick geraten läßt. Die Ökonomisierung öffentlicher Diskurse zeitigt eine Situation, in der emanzipatorische Anerkennungsansprüche von Gruppen und Individuen nicht nur zurückgewiesen, sondern strukturell unartikulierbar werden.

Unter dem Aspekt der Ästhetisierung der Öffentlichkeit gelangt man – nicht losgelöst von der Analyse der Ökonomisierung, aber auch nicht damit zusammenfallend – zu einem ähnlichen Befund. Hier setzen sich auf der Anerkennungsstufe 'Solidarität' die rhetorischen Surrogate von Politik derartig in den Gründen von Wissensordnung und Normativitätsverhältnissen fest, daß in einem Diskurs um materiale Ungerechtigkeiten Anerkennungsansprüche gar nicht mehr adäquat formuliert werden können, weil die Mechanismen der Aufmerksamkeitserzeugung und der massenmedialen Artikulation von Themen eine diskursive Überprüfung von Geltungsansprüchen strukturell in starkem Maße begleiten.<sup>79</sup> Das läßt sich unter veränderten Vorzeichen auch für die Anerkennungsstufe 'Recht' aussagen, wo angesichts Emotionen freisetzender ästhetisierter Bilder- und Sprachpolitik der sachlich relevante Kern beispielsweise einer rechtlichen Integration von ethnischen Minderheiten argumentativ nicht mehr erreichbar ist.<sup>80</sup> Auf der Anerkennungsstufe 'Liebe' schließlich ist es dagegen eine offene Frage, inwiefern eine ästhetisierte Sphäre des Öffentlichen die Einzelnen zu politischer und kultureller Teilnahmslosigkeit 'auffordert' oder im Gegenteil Kreativpotentiale individueller Lebensführung freisetzt.

Da die Sprache unter posttraditionalen und freiheitlichen Bedingungen das einzige Mittel ist, das in sozialen Auseinandersetzungen zu Gebote steht, sind öffentliche Diskurse angesichts einer zu starken Überlagerung kommunikativen Handelns durch die Materialität der Kommunikation von schwerwiegenden Konsequenzen bedroht. Der Auflösung von Solidaritätsstrukturen (durch Besitzindividualismus, Desintegration mittels hoher Einkommensdisparitäten usw.) folgen rechtliche Dysbalancen (Aushöhlung positiver Teilhaberechte, restriktive Strafgesetzgebung etc.) und schließlich lebensweltlich aus der Sicht der Individuen schwer meisterbare Lebensbedingungen (familiäre Desintegration, Kriminalität, Alkoholismus usw.).

Insgesamt steht man vor der problematischen Situation, die gesellschaftlich verursachten und kritischen Problemlagen nicht in geeigneter Weise diskursiv bearbeiten zu können, weil die allgemeine Öffentlichkeit, in der das allein möglich wäre, keine Arena für handlungsfolgenrelevante und letztlich normativ orientierte Diskurse darstellt. Dieser Befund ist der Kern einer Kritik der Öffentlichkeit, die verfolgt, wie sich die gesellschaftlichen Diskurse um das Zentrum der materiellen Reproduktion anordnen.

---

<sup>79</sup> So zentrieren sich im Feld der sozialen Kämpfe um das Verhältnis von Kapital und Arbeit heute die Debatten um eine leere Phraseologie, bei der es um die Besetzung einer ungefähr vermuteten gesellschaftlichen 'Mitte' geht. Die Ideologien von 'rechts' und 'links', hinter denen sich noch eine eindeutig identifizierbare Semantik verbarg, sind, ohne daß der in ihnen codifizierte gesellschaftliche Grundkonflikt beseitigt wäre, hinter einer Bilder- und Metaphernwelt ästhetischer Inszenierungsstrategien verschwunden.

<sup>80</sup> Die Unterschriftenkampagne der hessischen CDU gegen das Bundesgesetz zur doppelten Staatsbürgerschaft von in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern im Landtagswahlkampf 1999 sei hier als Beispiel erwähnt.

### 3. Kritik der Zukunft und mögliche Anschlüsse

„Wer eine Sache verteidigt, die der Geist des Zeitalters als veraltet und überflüssig abtut, begibt sich in die ungünstigste Position. Seine Argumente klingen schwächlich beflissen. Ja aber, bedenken Sie doch, sagt er, als trachte er, solchen etwas aufzuschwatzen, die es nicht wollen.“<sup>81</sup> Man könnte kaum treffendere Worte finden als jene Adornos, mit denen dieser bereits 1962 die schmalen Aussichten einer sozialphilosophisch angeleiteten Gesellschaftskritik umreißt. Ebenso zerrissen, verschraubt und dennoch entschlossen mutet aber auch Adornos Rechtfertigung für das kritische Unternehmen an: „Die ungeminderte Dauer von Leiden, Angst und Drohung nötigt den Gedanken, der sich nicht verwirklichen durfte, dazu, nicht sich wegzuwerfen.“<sup>82</sup>

Das Spannungsfeld, das sich zwischen der vermeintlichen Obsoletheit der Gesellschaftskritik und einer Wirklichkeit sich hoch auftürmender gesellschaftlicher Probleme erstreckt, ist ein Feld der Schwierigkeiten. Einer fundamental ansetzenden Kritik fehlt heute nahezu jegliche begriffliche Plausibilität. Vor allem aber fehlt ihr jene normative Emphase, die für ein solches Vorgehen erforderlich wäre. „Leiden, Angst und Drohung“, aus denen sich diese Emphase bilden müßte, haben sich aus der diskursiven Sphäre der Gesellschaft zurückgezogen. Für jeden sichtbar sind Massenarbeitslosigkeit, das Elend in den U-Bahnhöfen, fortschreitende Naturzerstörung und militärische Bedrohung in den diskursiven Dispositiven einer strukturell mediatisierten Öffentlichkeit auf eigentümliche Weise unsichtbar geworden. Es ist zur Zeit einfach nicht zu sehen, daß sich in solcher Lage noch einmal Allianzen bilden könnten zwischen einer kritisch-akademischen Intelligenz und jenen Marginalisierten, die ihr Heil längst eher in schattenwirtschaftlichen Existenzen denn in Gedanken an politisch-gesellschaftliche Veränderungen hin zu ‚mehr Gerechtigkeit‘ suchen. Die Hoffnung auf durchgreifende politische Umwälzungen ist auch hier längst verflogen oder zynisch geworden.

Darüber hinaus ist die Kritik heute gründlich stigmatisiert von der starken normativen Kraft des Faktischen und den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts. Was ersteres angeht, so scheint das, was ist, derzeit von so unumstößlicher Evidenz zu sein, daß eine grundsätzliche Kritik der Ökonomie, eine Kritik der Kultur und eine Kritik der Politik nichts auslöst als eben jenes Gefühl, da trachte jemand, „solchen etwas aufzuschwatzen, die es nicht wollen.“ Was letzteres betrifft, so ist man zu Recht skeptisch gegen jegliche emanzipatorisch ambitionierten Denkmodelle, die mit Tugendzumutungen einhergehen und solche universalistischen Ansprüche enthalten, die, als praktische Politik, in Unterdrückung und Unfreiheit münden müssen. In diesen Zusammenhang der Stigmatisierung von Kritik gehört auch ein erhebliches Maß an subjektivem und objektivem Zynismus, welcher sich in der saturierten Welt breitgemacht hat. Durch das Reflexivwerden aller reflexiven semantischen Gehalte der Moderne zeichnet sich kaum noch ein Gedanke ab, der nicht schon in vielfachen Wendungen geäußert, durchdacht und korrumpiert wurde und daher, nochmals formuliert, zwangsläufig nur noch ironisch oder

---

<sup>81</sup> Theodor W. Adorno. Wozu noch Philosophie? In: ders. Ges. Schriften 10. 2. Kulturkritik und Gesellschaft II. Frankfurt am Main 1977, 459-473; hier: 459.

<sup>82</sup> Ebd., 470.

skeptisch unter Verdacht beäugt und rezipiert werden kann. So ist es zum Beispiel in politischer Hinsicht ohne weiteres möglich, sich zum vielfach beschriebenen und nicht mehr ernsthaft bestreitbaren Faktum massiver und globaler Naturzerstörung zynisch zu verhalten, was jenen fatalistischen und Ressourcen vergeudenden Konsumismus befördert, dem man *qua* gesellschaftlicher Mitgliedschaft strukturell anzuhängen genötigt ist. Ebenso stellt es kein Problem dar, über die desintegrierenden Kräfte sozialer Ungerechtigkeit hinwegzusehen, indem man sich seitens der politischen Akteure auf Komplexität oder Sachzwang beruft und damit einem objektiven Zynismus Vorschub leistet. Diese nüchterne Abgeklärtheit gegenüber den gesellschaftlichen Dingen ist es auch, die allen wissenschaftlichen Versuchen einer normativen Fundierung von Gesellschaftstheorie *a priori* Plausibilität entzieht. Der Umstand, daß im 20. Jahrhundert weidlich Mißbrauch mit emanzipatorisch motivierten normativen Theorien betrieben wurde, spornte nicht die szientifische Neugier an, sondern sorgte für eine allgemeine Erlahmung kritischer Theorie beziehungsweise der darauf verwendeten theoretischen Energie.

Was aber die Gesellschaftskritik nahezu vollends an den Rand ihrer Möglichkeiten bringt, ist heute schließlich der Mangel an plausiblen begrifflichen Fundamenten. Weder der Rekurs auf eine mit vielfältigen Problemen behaftete Kritik der politischen Ökonomie Marxscher Provenienz noch der Bezug auf anthropologische Prämissen oder romantisch inspirierte Vergesellschaftungsideale können, wo es diese Bezüge überhaupt noch gibt, über diesen offensichtlichen Mangel kritischer Gesellschaftsanalyse hinwegtäuschen. Um solche begrifflichen Fundamente zu errichten, müßte man angeben, auf welche normativen Bezüge eine Kritik sich stützen kann, um Plausibilität für sich zu beanspruchen. Ein kontrafaktischer Entwurf antizipierter gesellschaftlicher Zustände von Gerechtigkeit und Freiheit hätte die der bestehenden Gesellschaft selber innewohnenden emanzipatorischen Potentiale anzuzeigen. Sodann müßte sich ein Beschreibungsmodus entwickeln, in dem die strukturellen Barrieren verdeutlicht werden könnten, die emanzipatorischen Bestrebungen zum jeweiligen Zeitpunkt im Wege stehen. Schließlich wäre es die Aufgabe zeitgenössischer Kritik, einen Übergang zu gesellschaftlicher Praxis zu markieren, das heißt, es müßte wenigstens ansatzweise gezeigt werden, aus welchen gesellschaftlichen Ressourcen mögliche Gegenbewegungen zum bestehenden Modus der Vergesellschaftung gestaltet werden könnten.<sup>83</sup>

Diese drei Kernelemente einer plausiblen Kritik sind heute nur ansatzweise, aber eben nicht als kohärentes Projekt mit dem Rückenwind geteilter Überzeugungen vorhanden. Auf der ersten Stufe theoretischer Fundierung wurde im Rahmen dieser Arbeit Habermas' Rekonstruktion eines normativen Begriffs der Öffentlichkeit nachgezeichnet, welcher für eine demokratisch und rechtsförmig konstituierte soziale Gemeinschaft elementar bleibt. Die normativen Grundlagen dieser historischen Formation sind unhintergebar geworden. Und damit ergibt sich wie von selbst, das heißt: aus den Formationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, eine Folie der Kritik. Wenn es nämlich als allgemein anerkannt

---

<sup>83</sup> Zu diesen Erfordernissen an kritische Theoriebildung vgl. Axel Honneth. *Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose*. Frankfurt am Main 1994, 81ff.

gelten darf, daß das demokratische Gemeinwesen nicht nur ein soziales Faktum, sondern normativ begründbar und in der Form einer Verfassung codifizierbar ist und ferner dieses Gemeinwesen auf eine Öffentlichkeit als zentrale Diskursinstanz angewiesen bleibt, folgt daraus die notwendige Ermöglichung der Teilnahme aller von politischen und gesellschaftlichen Prozessen betroffenen Individuen. Wenn weiterhin klar ist, daß zu einer Teilnahme am öffentlichen Leben ein gewisses Maß an materieller Sicherheit gehört, kann man sagen: es ist das demokratisch verfaßte Gemeinwesen selber, welchem die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit als Bedingung für die Wahrnehmung der Freiheit zu demokratischer Teilhabe inhärent ist.

Die aktuelle Wirklichkeit der demokratischen Verfaßtheit, aus der die Notwendigkeit sozialer Gerechtigkeit folgt, führt zur zweiten Stufe eines kritischen Projekts. Es muß nämlich diejenigen strukturellen Blockaden aufzeigen, welche ungeachtet der *bloß begrifflichen* Notwendigkeit einer Gleichzeitigkeit von demokratischem Gemeinwesen und sozialer Gerechtigkeit in der gesellschaftlichen Realität Widersprüche erzeugen. Die derzeit gesellschaftlich aktuellen Weisen der materiellen und kulturellen Reproduktion, welche sich im öffentlichen Raum diskursiv abbilden, stehen, das gilt es für eine Kritik zu zeigen, in einem Widerspruch zu den normativen Erfordernissen demokratischer Verfaßtheit. Nur wenn die Dynamik der Anerkennungsverhältnisse, welche aus sich heraus emanzipativ ausgerichtet ist, plausibel als durch strukturelle Kontingenzen gebremst oder gar ins Gegenteil verkehrt beschrieben werden kann, besteht die Möglichkeit einer handlungsfolgenrelevanten Debatte über Grundlagen der Vergesellschaftung, die unter den gegenwärtigen Vorzeichen zur Natur geronnen scheinen. In der vorliegenden Arbeit wurde mit Hilfe einer auf Foucaults Ideen zurückgreifenden Analytik der Öffentlichkeit versucht, diese strukturellen Blockaden in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit anzudeuten und in Bezug zur ersten Stufe der Kritik, nämlich einer normativen Fundierung der Kritikansprüche selber, zu setzen.

Was den dritten Schritt einer Beschreibung aktueller gesellschaftlicher Potentiale zur Überwindung struktureller Blockaden betrifft, gestaltet sich die Suche schwierig. Dabei steht dem Betrachter oder der Betrachterin schon die Fragestellung im Weg. Denn es ist heute unplausibel geworden, breite solidarische Bündnisse aus dem Zeitalter einer Klassengesellschaft zu erwarten, in deren Gestalt ein gesellschaftliches Makrosubjekt auf sich selber einwirken könnte. Der Zusammenbruch der DDR war vielleicht das letzte, aber bereits richtungs- und perspektivlose, große Raunen einer Menge unterdrückter Individuen, die sich darin einig waren, nicht länger von einer dekadenten Pseudo-Avantgarde regiert werden zu wollen. Mit der Vollendung dieser, wie es Habermas ausgedrückt hat, 'nachholenden Revolution', ist aber auch auf dem Gebiet der früheren DDR eine geradezu beängstigende normative Ruhe eingeleitet. Selbst der Niedergang ganzer Landstriche mit 20 – 25 % Arbeitslosigkeit und großen Zukunftsängsten mündet bislang nicht in irgendwie geartete Zusammenschlüsse sozialen Protests, sondern eher in Ressentiment, Fremdenhaß, Gewaltbereitschaft oder -akzeptanz. Genau dieses 'Gefühl' aber, daß nämlich passieren kann, was will, ohne daß dies größere und dauerhafte gesellschaftliche Protestbewegungen hervorzurufen vermag, sorgt für die Ermüdung einer Gesellschaftskri-

tik, in der alles schon gesagt, alles schon getan, aber aufgrund derer nichts Durchgreifendes geschehen ist.

Immer weitere Pendelbewegungen sind möglich zwischen der eingangs zitierten schwächlichen Beflissenheit kritischer Argumente, mit denen man sich lieber nicht umgibt und der hartnäckigen Tatsache, daß sich die von menschlicher Hand kommenden Bedrohungen einfach nicht aus der Welt debattieren lassen. Diese Bedrohungen sind jedoch, und das sollte mit dem hier verfolgten Ansatz demonstriert werden, in den Dispositiven der Öffentlichkeit so eingelagert, daß die gegenwärtigen diskursiven Strukturen der normativen Kraft kommunikativen Handelns stark entgegenwirken. Damit bleiben 'Leiden, Angst und Drohung' zwar als Spannungszustände in der Gesellschaft erhalten, sie sind aber zugleich keiner diskursiven Lösung in einer aufklärenden und emanzipativ fungierenden Öffentlichkeit zugänglich.

Ein Schritt nach vorn besteht in dieser Lage vielleicht in Pierre Bourdieus Projekt einer praktisch orientierten Sozialphilosophie, welche in einen zwar nicht neuen, aber notwendigen intellektuellen Interventionismus mündet. Bourdieu geht bekanntlich davon aus, daß die soziale Welt, auch wenn sie in ihrer Faktizität überevident erscheinen mag, letztlich keine Substanz hat, sondern immer nur von Handlungen und handelnden Individuen generiert und dargestellt wird. Diese handelnd geschaffenen Tatsachen, die sich mit ihren Darstellungen und Beschreibungen in einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu einer kritikresistenten Topographie verfestigt haben, gilt es mit der Kraft von Argumenten anzugehen.<sup>84</sup> Solch bescheidene Strategie, welche sich zudem ja immer nur innerhalb der diskursiven Dispositive selber bewegen kann und damit deren strukturellen Zwängen ausgesetzt ist, baut dennoch darauf, daß es neben strukturellen Blockaden, so mächtig sie sein mögen, die Kraft des Arguments, die illokutionären Bindungskräfte verständigungsorientierter Rede gibt. Ohne politische Interventionen, ohne die mühsame Arbeit in der gesellschaftlichen Praxis, in der immer Widerständigkeiten, Uneinsichtigkeit und Zaudern dominieren, ist alles Argumentieren aber letztlich ergebnislos. Bourdieus politische Interventionen zeugen von einer Emphase, von der Gesellschaftskritik schon immer abhängig war, der Emphase eines 'Dennoch!'

Was die Kritik heute auszeichnen muß, ist ein gewisses Maß an Bescheidenheit, das von der Ungewißheit der Voraussetzungen und der Vagheit der Erfolgsaussichten diktiert ist. Klar scheint heute nur, daß die zentralen Herausforderungen der Gegenwart bislang ohne überzeugende Antwort geblieben sind, daß die Politik offenbar die Sphäre der Ökonomie nicht im Sinne sozialer Gerechtigkeit zu ordnen vermag, daß die Biosphäre extremen menschlich verursachten Belastungen ausgesetzt ist, daß soziale Verwerfungen und große Migrationsströme ungelöste ethnisch-kulturelle Integrationsprobleme nach sich ziehen und so fort. An den sozialen Pathologien (welche ja die ökologischen Zerstörungen nach sich ziehen) wird sich die Kritik reorientieren müssen. Denn diese Pathologien, hinter denen sich nichts anderes als die konkrete Erfahrung von Leid und Not verbirgt, stellen den Stein des Anstoßes

---

<sup>84</sup> Bourdieus gemeinsam mit anderen verfaßte Studie über *Das Elend der Welt*, in der auf vielen Hundert Seiten die drastischen sozialen Folgen des fortgeschrittenen Kapitalismus dokumentiert sind, sei als Beispiel für die simple, aber notwendige Strategie einer 'véridiction' erwähnt. Vgl. Pierre Bourdieu u. a. *Das Elend der Welt*. Konstanz 1997.

dar, der den Impuls zur Kritik erst auslöst. In den letzten Jahrzehnten hat sich die politische Theorie stark ausdifferenziert. Diese notwendige und der Theorieentwicklung innewohnende Entwicklung hat jedoch, so scheint es, die Orientierung an sozialen Pathologien ermüden lassen. Von einem fruchtbaren Wettbewerb um die adäquateste Analyse ist man zu einem Streit der 'Schulen' gelangt, bei dem mehr über Unvereinbarkeiten als über Konvergenzen in bezug auf den Gegenstand der Kritik die Rede ist. Wenn es auch künftig die Perspektive der Gesellschaftskritik geben soll, so muß man hinter theoretische Verhärtungen zurücktreten und die sozialpolitischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts im Auge behalten. Nur dann wird man ökonomische Ausbeutung, rechtliche Exklusion und sozial verursachte Pathologieerscheinungen *theoretisch* im Blick behalten können. Eine Analyse der 'seriellen Struktur' (Foucault) der sozialen Wirklichkeit in Verbindung mit einer normativ gehaltvollen Vorstellung von gelungenen Modi der Vergesellschaftung kann einen Beitrag dazu leisten, den Zustand emphaselosen emanzipatorischen Stillstands zu überwinden, von dem niemand anzugeben weiß, ob er ein 'Ende' oder einen 'Anfang' von etwas markiert.

Der Entwurf für eine Perspektive der Kritik, der mit dieser Arbeit vorgestellt wurde, mündet in abschließende Überlegungen zu möglichen Anschlüssen. Die Architektonik von normativen Theorieelementen, strukturell interessierter Diskursanalyse und empirischer Orientierung ist auch in dieser Nachbetrachtung mit Blick auf den Gegenstand *Öffentlichkeit* zu verstehen. Sofern sich im Raum der Öffentlichkeit normative, strukturelle und kontingente Merkmale vereinigen, muß ihnen bei einer Kritik analytisch Rechnung getragen werden.

Die *diskursive Analyse* öffentlicher Sprachverwendung kann sowohl begrifflich als auch empirisch weitergeführt werden. Das komplizierte Verhältnis, das formalpragmatisch und diskursanalytisch zu unterscheidende Merkmale miteinander eingehen, muß in einer Weise beschrieben werden, die transparent macht, daß die Modi des Sprechens und der Textproduktion mit sozialer Praxis eng verflochten sind. Das alltägliche Sprechen ist mit einer Normativität durchsetzt, die sich in einer diskursiven Topographie materialisiert, welche über Wahrnehmungsweisen und Erfahrung auch Handlungsmuster präfiguriert. Robert B. Brandoms fundamentaler Ansatz einer die Grenzen zwischen Pragmatik und Semantik transzendierenden Sprachphilosophie könnte sich in dieser Hinsicht als sehr hilfreich erweisen.<sup>85</sup> Eines der Ziele in Brandoms weitgefächerter sprachphilosophischer Analyse besteht darin, „hinreichende Bedingungen dafür anzugeben, daß ein System sozialer Praktiken als ein System spezifisch sprachlicher Praktiken gilt, in dem Sinne, daß eine Redeweise etabliert wird, die auf erkennbare Weise Ausdrücken, Handlungen und Einstellungen, die in diesen Praktiken entsprechend enthalten sind, propositionale Gehalte verleiht“.<sup>86</sup> Indem Brandom die Bedeutung propositionaler Sprachgehalte durch ihren Gebrauch erklärt, vermag er jene unhintergehbare implizite Normativität zu erhellen, die sich morphologisch in Begriffen und Redegewohnheiten niederschlägt und damit der sprachlich gestalteten

---

<sup>85</sup> Robert B. Brandom. *Expressive Vernunft. Begründung, Repräsentation und diskursive Festlegung*. Frankfurt am Main 2000.

<sup>86</sup> Ebd., 40.

sozialen Praxis immanent ist. Im selben Maße, wie zu sehen ist, daß soziale Praktiken als sprachlich ausgedrückte Praktiken identifizierbar sind, wird deutlich, daß erst die spezifischen Weisen der Rede, hier der öffentlichen Rede mitsamt ihren Einbettungen in mediale Dispositive, über bestimmte damit erzeugte propositionale Gehalte auch normative Einschätzungen hervorrufen.

Die mit Foucault beschriebenen präfigurativen Strukturelemente – Wissensordnung, Machtverhältnisse und Subjektkonstitutionen – sowie ihre Konkretionen auf den Feldern der Ökonomie, des Ästhetischen, der Lebenswelt und der Politik lassen sich mit der 'pragmatischen Semantik' Brandoms zusammenbringen, sofern in ihnen der Begriff der Erfahrung eine zentrale Rolle spielt. Erfahrung als „kulturelle Korrelation von Wissensbereichen, Normativitätstypen und Subjektivitätsformen“ (Foucault) ist nämlich genau jene normative Implikatur eingeschrieben, die Brandom durch die Analyse des Sprachgebrauchs den propositionalen Gehalten einer versprachlichten sozialen Praxis zuschreibt. Dieser Weg verläuft in die Richtung, genauer zu beschreiben, was die strukturellen Präfigurationen Foucaultscher Provenienz bewirken, wenn sie das kommunikative Handeln durchgreifen und was das für die soziale Praxis bedeutet.

Mit Brandoms Verbindung von inferentieller Semantik und formaler Pragmatik läßt sich aber auch jene Flanke der Habermasschen Pragmatik für Ergänzungen öffnen, die sich für Diskursverzerrungen Foucaultschen Typs als unempfänglich erwiesen hat. Die Explikationsprobleme, die sich aus den formalistischen Idealisierungen der Sprechakttheorie Habermas' bezüglich einer Kritik von Diskurspathologien ergeben haben, können mit Brandom für einen Import diskursanalytischer Strukturelemente aufbereitet werden. Denn durch die Einbeziehung semantischer Analyse in die Pragmatik wird jene 'nicht-logische' und strukturelle Ebene der Sprachverwendung als perspektivische Lücke sichtbar, die von den diskursanalytischen Elementen Foucaults konkret ausgefüllt werden kann. Die Schwierigkeiten, die daraus erwachsen, die normative und strukturelle Ebene öffentlicher Diskurse *gleichzeitig* berücksichtigen zu müssen, um eine angemessene Kritik formulieren zu können, werden damit vielleicht wenigstens operationalisierbar.

Empirisch könnte die diskursive Analyse öffentlicher Sprachverwendung weitergeführt werden, indem man im Foucaultschen Sinne 'Stammbäume' von Aussagen und Aussageketten beschreibt und unter Berücksichtigung ihrer Einbettung in ein massenmediales Ensemble die normativ relevante Dimension von Wissenstypen und Machtrelationen freilegt. Eine solche 'Empirik' der Öffentlichkeit könnte einen weiteren Beitrag zur Klärung des Verhältnisses von formalpragmatischer und diskursanalytischer Sichtweise leisten. Durch eine Beschreibung tatsächlich realisierter Aussagen im öffentlichen Raum würde genauer erkennbar, wie aus der Sicht der Beteiligten die strukturellen Präfigurationen des Diskurses *als solche* in die Dispositionen und Ausgangsunterstellungen der Rede (der Textproduktion) einbezogen werden und wie aus der Sicht einer sozialtheoretisch relevanten Beschreibung *ex post* sich diese Präfigurationen historisch konkret und diskurstopographisch, aber damit eben auch: normativ signifikant auswirken.

Bezüglich des Begriffs der *Öffentlichkeit* wird auch weiterhin Mühe darauf verwendet werden müssen zu zeigen, daß selbst bei weitergehender gesellschaftlicher Ausdifferenzierung der öffentliche Diskurs im dargelegten normativen Verständnis *die* zentrale Instanz für Verständigungsprozesse über praktische und theoretische Fragen bleiben wird. Mehr noch muß man über diese defensive Haltung hinausgehen und verdeutlichen, daß nur eine normativ verstandene (und von den Akteurinnen und Akteuren auch so gewußte) Öffentlichkeit eine Dynamik weitergehender extensiver Demokratisierung zu entfachen und prozessual in Gang zu halten vermag. Man kann die Beschränkungen, die Habermas durch systemtheoretische Importe in die Gesellschaftstheorie der Reichweite des Konzepts der Öffentlichkeit beschert hat, zurückweisen, ohne die Differenzierungen, die mit einer auf öffentliche Debatten angewiesenen bürgerlichen Demokratie erreicht worden sind, zu negieren. Auf lange Sicht gesehen drängen die aus sich heraus normativ geprägten öffentlichen Diskurse auch die Bereiche der materiellen Reproduktion und der staatlichen Administration in weitere Legitimationsnöte, die von diesen als 'Subsysteme' nur unzureichend charakterisierten Sphären nicht in der Sprache der Effizienz beantwortet werden können. In dem Maße, wie die Ausgangsdifferenzen der bürgerlichen Gesellschaft zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit, zwischen Kapitalbesitzern und Lohnabhängigen, zwischen verschiedenen Klassen mit entsprechenden symbolischen Reproduktionsformen in der Gegenwart zunehmend obsolet oder undurchsichtig werden, wird die Bedeutung der Öffentlichkeit als deliberativer Instanz zur Ermittlung adäquater Situationsbeschreibungen, aus denen angemessene Handlungsstrategien resultieren können, ansteigen. Es bleibt in diesem Zusammenhang eine aktuelle Aufgabe, die diskursiven Blockaden, die in Form struktureller Präfigurationen in öffentlichen Diskurse eingelassen sind, zu analysieren, um auf diese Weise einen theoretischen Beitrag in praktischer Absicht zu leisten.

Die *Theorie der Anerkennung* wurde in dieser Arbeit als gesellschaftstheoretischer Hintergrund für eine Kritik öffentlicher Diskurse vorgeschlagen. Das Modell eines Kampfes um Anerkennung, dessen Szene der öffentliche Raum bildet, erklärt eine entscheidende Triebfeder sprachlicher Auseinandersetzung, welche sich zwischen rationalisierbaren Geltungsansprüchen und 'nicht-logischen' Präfigurationen hindurch bewegt. Nur in einer sprachlich konstituierten und damit öffentlichen sozialen Praxis ist es den Individuen möglich, in formaler Hinsicht als gleichberechtigte Rechtssubjekte und in bezug auf ihre konkreten Fähigkeiten und Eigenschaften als Teilnehmerinnen und Teilnehmer des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses zu Selbstachtung und Selbstschätzung zu gelangen, dies, indem sie Geltungsansprüche artikulieren und diskursiv abarbeiten.

Im Rahmen weiterer Überlegungen in bezug auf Öffentlichkeit wäre zu überlegen, wie man zu einer Unterscheidung von 'richtigen' und 'falschen' Anerkennungsansprüchen gelangen könnte. Soziale Wertschätzung und rechtliche Inklusion sind zunächst formale Kategorien, die keine näheren Bestimmungen beinhalten. In posttraditionalen Gesellschaften können sich Anerkennungsverhältnisse in vielen Ausprägungen entfalten, die nicht unbedingt emanzipatorischen Ansprüchen genügen. Das liegt –

unter anderem – daran, daß auch Anerkennungsverhältnisse von Machtbeziehungen und Wissensstrukturen Foucaultschen Typs durchzogen sind. Machtrelationen und die damit zusammenhängenden propositionalen Gehalte des Wissens können 'falsche' Anerkennungsverhältnisse erzeugen, zum Beispiel dergestalt, daß in der Anerkennungsstufe der Solidarität ein individuelles Streben nach 'immer mehr Besitz' statt gerechter Verteilung gesellschaftlichen Wohlstands als Ziel zur Erlangung von Selbstschätzung der Individuen diskursiv, das heißt in den stillschweigenden Präfigurationen öffentlicher Diskurse, ausgegeben wird. Der Kampf um Anerkennung als Triebfeder gesellschaftlicher Entwicklung verläuft nicht 'von alleine' in emanzipatorischer Richtung, sondern kann wiederum in 'falsche' Anerkennungsverhältnisse münden.

Um dieses Problem begrifflich einzukreisen, gilt es ein reflexives Verständnis von Anerkennung zu entwickeln. Um 'richtige' von 'falscher' Anerkennung zu trennen, ist eine kommunikative Interpretation der Theorie erforderlich. Erst ein universeller Diskurs (mit allen wiederum kommunikativen und präfigurativen Merkmalen) könnte unter Einbeziehung potentiell aller Standpunkte Klärung über 'richtig' und 'falsch' der Anerkennungssituation herbeiführen. In diese Richtung weist zum Beispiel Hans Herbert Kögler's Vorschlag eines 'radikalen Dialogs', mit dessen Hilfe sich falsche Anerkennungsverhältnisse als solche identifizieren lassen könnten.<sup>87</sup> Eine konsequente und diskursive Beherrschung des Umstands der Reziprozität aller Vergesellschaftung und der daraus folgenden moralischen und ethischen Konnotationen kann zur Ermittlung 'richtiger' (im Sinne von emanzipatorisch ausgeprägter) Anerkennungsverhältnisse führen. Die Vorstellung eines 'radikalen Dialogs' geht zusammen mit dem, was Foucault in Berkeley als das 'Wahrsprechen des Anderen' ('Parrhesia') bezeichnet hat.<sup>88</sup> Eine politische Praxis des 'Wahrsprechens' in radikal dialogischer Absicht befände sich jenseits der Brücke, die von der Theorie der Anerkennung ausgeht und in die Praxis emanzipatorischer öffentlicher Diskurse führt.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß es im Rahmen einer hier nur angedeuteten Untersuchung der Strukturelemente öffentlicher Diskurse nötig wäre zu zeigen, *wie genau* sich Ökonomisierung, Ästhetisierung, Entpolitisierung, Intimisierung und andere Merkmale auf die Entfaltung kommunikativer Potentiale in der Öffentlichkeit auswirken. Für das Thema der *Ökonomisierung* gilt die Spurensuche etwa solchen Überlegungen, die der vorgeschlagenen Analyse öffentlicher Diskurse entgegenkommen, indem sie sozialphilosophisch motiviert die Auswirkungen des heute selbstverständlich gewordenen kapitalistischen Dispositivs lebensweltlich ins Auge fassen. Hartmut Rosas Ansatz zu einer ethischen Kapitalismuskritik zielt in diese Richtung.<sup>89</sup> Rosa kritisiert, indem er das naturalistisch geronnene kapitalistische Produzenten-/Konsumentenparadigma als unumgebares und allgemein ver-

---

<sup>87</sup> Vgl. Hans Herbert Kögler. Dialog und Anerkennung. Theorieskizze über das Reflexivwerden der Macht. In: Erwin Hasselberg u. a. (Hrsg.). Der Dialogbegriff am Ende des 20. Jahrhunderts. Berlin 1996, 3-18.

<sup>88</sup> Vgl. Michel Foucault. Diskurs und Wahrheit. Die Problematisierung der Parrhesia. Berkeley-Vorlesungen 1983. Berlin 1996.

<sup>89</sup> Vgl. Hartmut Rosa. Kapitalismus und Lebensführung. Perspektiven einer ethischen Kritik der liberalen Marktwirtschaft. In: DZPhil. Nr. 5/1999, 735-758.

bindliches gesellschaftliches Dispositiv beschreibt, eine tiefgreifende Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Durch ein bestimmtes Zeitmanagement, durch bestimmte Formen von Sozialbeziehungen und durch bestimmte Erscheinungen von Freizeit und Konsum erfahren die Individuen eine tiefgreifende Prägung ihrer personalen Identität durch die kapitalistisch dominierte 'Hintergrundkultur'. Ein Prozeß der weitergehenden Demokratisierung, welcher im Hinblick auf den dynamischen Charakter freiheitlicher Verfassungen erwartbar wäre, kommt durch diese 'Ontologisierung' einer partikularistischen Ethik zum Erliegen. Demokratietheorien werden hinterrücks dadurch ausgehöhlt, daß Fragen der individuellen Lebensführung von einem nur scheinbar gegenüber ethischen Fragen neutralen Marktmodell der Vergesellschaftung ohne Zutun der Beteiligten 'beantwortet' werden. Rosa fordert daher eine „Re-Politisierung der Frage nach dem guten Leben“<sup>90</sup>. Vor dem Hintergrund der Fähigkeit der kapitalistischen Kultur, sich „jeder reflexiven Artikulation und Diskussion zu entziehen“<sup>91</sup> wäre im Rahmen einer Kritik öffentlicher Diskurse zu klären, inwiefern das diskursive Dispositiv der Öffentlichkeit von ökonomistischen Merkmalen durchsetzt ist, die die kommunikativen Voraussetzungen für eine nötige Re-Politisierung des Ethischen beeinflussen. Rosas Überlegungen deuten auf einen Weg hin, über die 'dispositiv verursachte' ethische Ausrichtung individueller Lebensführung Zugang zu ökonomistisch ausgeprägten Modi des Redens und Handelns zu gewinnen.

Bezüglich des Phänomens einer *Ästhetisierung* der Öffentlichkeit, um noch ein weiteres Thema zu nennen, wäre die Hinzuziehung einer Theorie des Inszenatorischen erforderlich.<sup>92</sup> Es sind die nicht-argumentativen Weisen der Erzeugung von Plausibilität, die durch Wissensdispositive und Machtrelationen im Zusammenhang mit einer ästhetisierten Öffentlichkeit konstituiert und verfestigt werden. Inszenierung im öffentlichen Raum ist ein ästhetisches Verfügbarmachen von Wirklichkeit, bei dem – wie Lutz Huth in Anlehnung an Roland Barthes sagt – 'mythische' Rezeptionsweisen des Erlebens, Staunens und Fasziniertseins die rationalistischen Rezeptionsweisen des Verstehens und Erkennens durchdringen. Erst ein genauer Blick auf solche 'mythischen' Rezeptionsweisen würde einen dezidierten diskursanalytischen Zugang zu den strukturellen Präfigurierungen einer ästhetisierten Öffentlichkeit öffnen.

Es bleibt, auch wenn angesichts der gegenwärtigen Tendenzen kein Anlaß zu besonderem Optimismus besteht, nur die Möglichkeit, durchaus unzeitgemäß das emphatische Versprechen der Aufklärung im Auge zu behalten, demgemäß eine Welt ohne aberwitzige Unvernunft im Gewande von Rationalität für uns möglich scheint. Die Rede, in der wir die Welt beschreibend erzeugen, ist das Maß, an dem man ablesen kann, wie weit wir damit gekommen sind.

\*\*\*

---

<sup>90</sup> Ebd., 756.

<sup>91</sup> Ebd., 758.

<sup>92</sup> Vgl. dazu etwa Lutz Huth. Theorie und Formen des Inszenatorischen. Vorlesung an der Hochschule der Künste Berlin. Ms. 1995.